strategie
konferenz

Reader zur Strategiekonferenz

am 10. April 2022

DIE LINKE.
LANDESVERBAND HAMBURG

Inhaltsverzeichnis

Leitfragen / Spielregeln für eine konstruktive Diskussion
Ablauf
Diskussionspapier **Landesvorstand**: „Aufgaben für DIE LINKE. Hamburg in 2022“
Alexandra Szczesniak: Ausarbeitungen, Gedanken, Thesen für die Strategiekonferenz am 27.11.2021 in Hamburg
Andreas Grünwald: Wahlniederlage Konsequenzen Sozialistisches Profil
Anne Pipenbrinck: Wir müssen uns modernisieren - drängende Probleme im Spannungsfeld linker Politik und Ideologie
Berno Schuckart-Witsch: Bedeutungslosigkeit abwenden – aber wie?
Bewegungslinke Hamburg: Beitrag zur Strategiekonferenz
Christiane Schneider: Emanzipation, Solidarität und Grundrechte
Christiane Schneider: Der russische Okkupationskrieg gegen die Ukraine
Geraer Sozialistischer Dialog: Wer aus den Wahlergebnissen schlau werden und Konsequenzen ziehen will, muss die Gesellschaft zu verstehen suchen
Gerald Kemski-Lilleike: Wir müssen in der Gesellschaft wirken!
Gernot Wolter: Leben mit Die LINKE - eine schwierige Beziehung
Gunhild Berdal, Alexander Benthin, Artur Brückmann, Kerstin Fremder-Sauerbeck, Kristian Glaser, Jörg Günther, Bernd Hartz, Franziska Hildebrandt, Victoria Mader, Florian Muhl, Heike Wokon: Thesen zur Auswertung der Bundestagswahl 2021
Hartmut Obens: Die Krise der Partei, Putins Krieg und die Wiederbelebung der LINKEN
Hartmut Ring: Zur Debatte der Wahlniederlage
Heinz-Dieter Lechte: Wie kann sich Deutschland verteidigen
Heinz-Dieter Lechte: Wer, was, wohin, wie?
Helli Laab: Wo steht die Linke. und wo steht sie sich im Weg
Holger Griebner: Linke Strategie für Frieden und Sozialismus statt Barbarei
Jochen Hanisch: Krise der Links-Partei – ein Debattenbeitrag
Jochen Kroll: Zur Strategiedebatte bei der Partei 'Die Linke'
Manfred Goll (†): Konsequenzen aus der Bundestagswahl
Regine Brüggemann und **Hartmut Obens**: Thesen zum Neubeginn der politischen Bildungsarbeit der Hamburger LINKEN
Rolf Schümer (KV Stendal): Neuer Aufbruch für uns und unser Land
Sabine Ritter: Einige Thesen anlässlich der Strategiekonferenz am 27.11.2021
Sabine Ritter und **Hartmut Obens**: „Wider alle Querfrontambitionen“ – Zur Rolle der LINKEN in Coronazeiten und danach
Tilman Rosenau (†): Aus dem Beschluss zur Strategiekonferenz des Landesvorstands
Torsten Teichert: Perspektiven für die Zukunft der LINKEN als linke Volkspartei - Wer? Was? Wohin? Wie?
Beschluss des **Landesparteitags** am 25./26.3.22: Aufgaben der LINKEN

strategie
konferenz

DIE LINKE.
LANDESVERBAND HAMBURG

Liebe Genoss:innen,

herzlich willkommen zu unserer **Strategiekonferenz** im Bürgerhaus Wilhelmsburg!

Spätestens das schlechte Wahlergebnis zur Bundestagswahl 2021 hat gezeigt: DIE LINKE muss sich und ihre Argumentation zur Durchsetzung ihrer Ziele infrage stellen und ihre Strategie kritisch hinterfragen. Als Mitgliederpartei wollen wir dies im Hamburger Landesverband mit euch als Mitgliedern der LINKEN tun. **Deswegen sind wir heute hier.**

Ausgehend von **Eingangsreferaten** zum Thema „Wo steht DIE LINKE“, über kurze beispielhafte **Inputs aus unterschiedlichen, beispielhaften Bereichen von praktischen Aktionen linker Politik** wollen wir vor allem mit euch in **drei Arbeitsgruppen** diskutieren, wen wir ansprechen wollen, was Schwerpunkte sein könnten, was wir erreichen wollen, wohin die Reise mit dieser Gesellschaft und der LINKEN gehen soll und was sinnvolle Mittel sind, um unsere Ziele zu erreichen. Uns geht es nicht darum, fertige Antworten zu liefern, sondern miteinander, jenseits des Entscheidungsdrucks von Parteitagen, Argumente zu hören und uns auf neue Ideen einzulassen.

Das heutige **Programm** findet ihr auf der übernächsten Seite. Außerdem enthält dieser Reader sämtliche **Text-Beiträge**, die bis zum 7. April per E-Mail eingereicht worden sind. Richtschnur für unsere Debatte – und auch für die Papiere – sind unsere **Leitfragen**, die ihr auf der nächsten Seite findet.

Bitte beachtet unser **Hygienekonzept**:

- **3G**: Einlass nur nach Vorlage eines **negativen** Coronavirus-**Test**nachweises bzw. nach Vorlage eines **Impfnachweises** oder eines **Genesenennachweises** nach §10h HmbSARSCoV-2-EindämmungsVO!
- Gäste mit **Erkältungssymptomen** sind vom Besuch des Bürgerhauses leider ausgeschlossen.
- Im Bürgerhaus gilt **zu jeder Zeit** die Pflicht zum Tragen einer **FFP2-Maske**. Diese darf **nur bei Ansprachen und Vorträgen** durch die sprechende Person **abgelegt** werden.
- Auf der Website des Bürgerhauses findet ihr das vollständige Hygienekonzept: https://www.buewi.de/vermietung/corona

strategie
konferenz

DIE LINKE.
LANDESVERBAND HAMBURG

Leitfragen

1.) Wen wollen und können wir als LINKE erreichen und organisieren? Welche Schwierigkeiten bestehen für uns diese Gruppen für eine gemeinsame Politik zu organisieren und wie lösen wir diese Schwierigkeiten auf? (WER?)

2.) Welche Inhalte müssen wir in welcher Weise vorantreiben? Welche Schwerpunkte setzen? Dies könnte beispielsweise an Hand einer der folgenden Themen erörtert werden:

- Alternativen zur Ausbeutung von Mensch und Natur
- Soziale Gerechtigkeit, bessere Arbeitsbedingungen, bessere soziale Absicherung (Rente, Erwerbslosigkeit, Mieten …), Abwälzung der Kosten der Krise / Krisenlasten und Gegenwehr
- Krieg und Frieden / Aufrüstung und Militarisierung der Außenpolitik
- Antifaschismus / Menschen und Grundrechte / Antirassismus / Wie schaffen wir es, gegen Ungleichheitsideologie und Diskriminierungen gleiche Rechte und Solidarität zu setzen?
- …

Was treibt die Menschen, die wir erreichen wollen und können um? Welchen Gebrauchswert hat DIE LINKE? (WAS?)

3.) Welches gesellschaftliche Ziel verfolgen wir? Wo wollen wir hin und wie stellen wir uns die emanzipierte Gesellschaft vor? Kurz-, mittel- und längerfristig? (WOHIN?)

4.) Wie beschreiten wir erfolgreich den Weg zu unserem Ziel? Wie setzen wir unsere Forderungen durch und um? Wie kann die Partei in diesem Zusammenhang aktiver gestaltet werden? Wie kann sie für Mitglieder, Bürgerinnen und Bürger, auch für Bürgerinitiativen und Bewegungen nützlicher sein? Wie ergänzen sich parlamentarische und außerparlamentarische Aktivitäten? Mit welchen Schwierigkeiten sind wir dabei konfrontiert und wie gehen wir mit diesen um? (WIE?)

Spielregeln für eine konstruktive Diskussion

- Jede Meinung zählt, alle sind wichtig!
- Nicht mitmachen ist erlaubt!
- Lachen ist erlaubt, auslachen ist verboten!
- Beleidigungen sind verboten!
- Mit und nicht über Personen reden!
- Persönliches nicht weitererzählen!
- Fair, angemessen und freundlich verhalten!
- Andere Meinungen respektieren!
- Argumentieren, nicht schreien!
- Zuhören und ausreden lassen!
- Sprache, die jeder versteht!

Ablauf

10:00 Uhr	**Begrüßung**, Keyvan Taheri (Landessprecher)
10:15–13:00 Uhr	**Wo steht die LINKE?** • Input 1 (24 Minuten): Janis Ehling (Mitglied des Parteivorstands, Bewegungslinke) • Input 2a (8 Minuten): Metin Kaya; Themenkomplex Wahlniederlage, Ursachen, Konsequenzen • Input 2b (8 Minuten): Torsten Teichert; Themenkomplex sozialökologische Transformation "contra" soziale Frage • Input 2c (8 Minuten): Hartmut Ring; Themenkomplex Neupositionierung Friedenspolitik Bundesparteitag / Anforderungen **Praxisinputs** – je 4-5 Minuten • BR Gesundheitsbereich, Bevo Eimsbüttel – Nina Geier (angefragt) • Linksaktiv Altona – Klaus Peter Berndt / Daniel Friedrich • Aktion „Rote Zelte“ – Angelika Traversin • Volksinitiative gegen Rüstungsexporte – Victoria Mader **Diskussion** – ca. 90 Minuten • Plenum • Redezeit pro Teilnehmenden: 3 Minuten
13:00–13:30 Uhr	**Pause** (mit Snacks und Getränken)
13:30–15:30 Uhr	**Arbeitsgruppen** zu den Leitfragen Gruppe 2 • Moderation: **Keyvan Taheri** • Protokoll: **Heike Sudmann** • Input 1 (10 Minuten): **Christiane Schneider** • Input 2 (10 Minuten): **Andreas Grünwald** • Diskussion (100 Minuten): **alle** Gruppe 3 • Moderation: **Suzana Kamperidis** • Protokoll: **Therèse Fiedler** • Input 1 (10 Minuten): **Gerald Kemski** • Input 2 (10 Minuten): **Julian Georg** • Diskussion (100 Minuten): **alle** Gruppe 4 • Moderation: **Sabine Ritter** • Protokoll: **Sabine Heimfeld** • Input 1 (10 Minuten): **David Stoop** • Input 2 (10 Minuten): **Uli Ludwig** • Diskussion (100 Minuten): **alle**
15:30 Uhr	**Interview** zur Ergebnissicherung • Interview: Sabine Böddinghaus und Żaklin Nastić • Moderator:innen der AGs: Keyvan Taheri, Suzana Kamperidis und Sabine Ritter
Ab 16:00 Uhr	**Ausklang** mit Getränken und „Feedbackwand“ im Foyer

strategie konferenz

DIE LINKE. LANDESVERBAND HAMBURG

Liebe Genossinnen und Genossen,

mit euch gemeinsam möchten wir Leitideen, Schwerpunkte und Aufgaben für die LINKE in Hamburg für unsere Arbeit bis in den Herbst diskutieren und entwickeln. Als Diskussionsvorschlag übergeben wir euch das untenstehende Papier aus der Diskussion im Landesvorstand, um gemeinsam auf unserem Parteitag in die Diskussion und zu gemeinsamen Ergebnissen zu kommen. Insofern freuen wir uns auf eure Vorschläge mit welchen gemeinsamen politischen Schwerpunkt-Aktionen, mit welchen gemeinsamen zugespitzten Forderungen wir im kommenden Frühjahr in eine gute gemeinsame kampagnenförmige Praxis als Landesverband kommen.

Aus unserer Sicht sind die drei zentralen Grundideen unseres Grundsatzprogrammes hierfür eine gute Grundlage:

- Individuelle Freiheit und Entfaltung der Persönlichkeit für jede und jeden durch sozial gleiche Teilhabe an den Bedingungen eines selbstbestimmten Lebens und Solidarität – das gilt uns als erste Leitidee einer solidarischen Gesellschaft. Darin ist die Dominanz des Profits überwunden, und verlässliche und gute Lebensbedingungen für alle sind das Ziel des Wirtschaftens.
- Unterordnung der Wirtschaft unter die solidarische Entwicklung und den Erhalt der Natur – das betrachten wir als zweite Leitidee. Sie erfordert einen sozialökologischen Umbau zu nachhaltiger Entwicklung anstelle profitorientierten Wachstums.
- Die Verwirklichung dieser beiden Dimensionen ist ein längerer emanzipatorischer Prozess, in dem die Vorherrschaft des Kapitals durch demokratische, soziale und ökologische Kräfte überwunden wird und die Gesellschaft des demokratischen Sozialismus entsteht.

Mit solidarischen Grüßen
Euer Landesvorstand

Aufgaben für DIE LINKE. Hamburg in 2022

Solidarität

In unserem Programm werden drei Grundideen verknüpft:

- *Individuelle Freiheit und Entfaltung der Persönlichkeit für jede und jeden durch sozial gleiche Teilhabe an den Bedingungen eines selbstbestimmten Lebens und Solidarität – das gilt uns als erste Leitidee einer solidarischen Gesellschaft. Darin ist die Dominanz des Profits überwunden, und verlässliche und gute Lebensbedingungen für alle sind das Ziel des Wirtschaftens.*
- *Unterordnung der Wirtschaft unter die solidarische Entwicklung und den Erhalt der Natur – das betrachten wir als zweite Leitidee. Sie erfordert einen sozialökologischen Umbau zu nachhaltiger Entwicklung anstelle profitorientierten Wachstums.*
- *Die Verwirklichung dieser beiden Dimensionen ist ein längerer emanzipatorischer Prozess, in dem die Vorherrschaft des Kapitals durch demokratische, soziale und ökologische Kräfte überwunden wird und die Gesellschaft des demokratischen Sozialismus entsteht.*

(Erfurter Programm DIE LINKE, 2011)

Das Jahr 2022 wird ein Jahr von gesellschaftlichen Umbrüchen werden, da die Krisen des globalen Kapitalismus keine Zeit mehr erlauben, diese weiter zu vertagen oder nur ungenügend anzugehen: Der menschengemachte **Klimawandel** erfordert ein Umsteuern und einen radikalen Wandel der Produktion, Verteilung und des Verbrauchs von Waren und Dienstleistungen, um den Ausstoß von klimaschädlichen Treibhausgasen in die Atmosphäre radikal zu reduzieren. **Die Zuspitzung internationaler Konflikte**, Aufrüstung und Drohgebärden zwischen den großen Machtblöcken nehmen bedrohliche Züge an und erfordern

diplomatische Lösungen aus Basis des Völkerrechts und weltweiter Abrüstung. Die zunehmende **Spaltung zwischen Arm und Reich** in der Welt, innerhalb Europas, innerhalb Deutschlands und in der Hamburger Stadtgesellschaft, führen zu Armut, Leid Elend und Tod und hindern bei der Lösung der Herausforderungen, vor denen die Menschheit steht. Die Katastrophe der **Corona Pandemie** stellt weltweit alle Ebenen von Politik vor zusätzliche Herausforderungen, um Todesfälle zu verhindern und die gesellschaftliche Gesundheitsfürsorge und -vorsorge vor dem Kollaps zu bewahren und zu erweitern. Klimapolitik, Friedenspolitik, Gesundheitspolitik, Umverteilung und Soziale Gerechtigkeit sind zusammenhängende gesellschaftliche Großprobleme aber auch Herausforderungen für die nationale und lokale Politik, für die Zivilgesellschaften und Individuen.

Für DIE LINKE ist das bestimmende Prinzip, um diese vor uns stehenden Aufgaben zu lösen, das einer umfassenden Solidarität: Politik, einzelne Maßnahmen und individuelles Handeln bemessen wir also daran, inwiefern sie dazu beitragen können, eine gemeinsame Lösung der drängenden Probleme für alle Menschen zu erreichen und inwiefern die Lasten aber auch Benefits für und durch diese Lösungen gerecht verteilt werden.

Antworten, die das Prinzip der Solidarität infrage stellen, wissenschaftsfeindlich gesellschaftliche Probleme wie eine Pandemie, Klimawandel, Kriegsgefahr oder soziale Spaltung leugnen oder gar Sündenböcke und Feindbilder für einzelne nicht mehr zu leugnenden Auswirkungen der Krisensituation präsentieren, lehnen wir ab. Denn sie verhindern die Lösung der Probleme. Und diese Antworten grenzen aus und zerstören so das Grundprinzip einer solidarischen Gesellschaft, bei der es auf das Wohlergehen eines jeden Individuums ankommt.
Antworten, die sich politisch nur auf einzelne Aspekte reduzieren, verkennen, wie stark inzwischen, die oben angedeuteten Problemkreise miteinander verwoben sind und das gesellschaftliche System insgesamt reformbedürftig ist.
Antworten, die das Leitprinzip einer notwendigen gesellschaftlichen Solidarität auf Einzelne und individuelles Handeln reduziert, verkennen, wie sehr inzwischen der gesellschaftliche Zusammenhalt der demokratischen Zivilgesellschaft durch Abbau von Sozialleistungen, Privatisierung von öffentlicher Daseinsvorsorge und eine Umverteilungspolitik zugunsten von Reichen und Vermögenden beschädigt wurde. Die Herstellung der Bedingungen für eine solidarische Gesellschaft ist vor allem auch eine öffentliche und staatliche Aufgabe, die gute öffentliche Institutionen, öffentliche Investitionen aber auch Umverteilung durch eine sozial gerechte Steuerpolitik erfordern. Internationale Kooperation und Interessenausgleich aber auch Mobilisierung von Entwicklungsmöglichkeiten für alle Menschen gehören ebenso dazu.

Die Ampelpolitik in Berlin wird dieser Herausforderung nicht gerecht. Der Koalitionsvertrag bringt eine nachholende Modernisierung des Landes. Aber an entscheidenden Punkten versagt die Ampel: Fortschritt gibt es vor allem, solange er wenig kostet – und Konzernen und Reichen nicht weh tut. Der Fortschritt der Ampel lässt die Menschen außen vor, die weniger Geld und keine starke Lobby haben. Da Steuererhöhungen für Reiche und Konzerne ausgeschlossen sind und alle Ausgaben vom FDP-Finanzminister überprüft werden sollen, drohen sogar Kürzungen. Macron hat in Frankreich gezeigt, dass diese Politik ein echter Booster für die extreme Rechte ist.

DIE LINKE in Hamburg steht für die Stärkung dieses Kampfes für eine umfassende Solidarität. Im Kontakt mit den Menschen vor Ort in Sozialberatungen, bei Impfaktionen oder der Beteiligung an und in zivilgesellschaftflichen Organisationen von Flüchtlingsinitiativen, außerparlamentarischen Bewegungen und Bündnissen, Gewerkschaften und Vereinen, Volksinitiativen für mehr Solidarität in der Gesellschaft, in Vereinen und Bürger:inneninitiativen und an vielen Orten mehr. Wir sind Viele und müssen uns lautstark für die Rechte anderer, insbesondere von Bedürftigen und Arbeitnehmer: innen einsetzen, indem wir Veranstaltungen und Aktionen planen, uns mit Gewerkschaften, Bündnissen und Organisationen vernetzen und die

Menschen auf der Straße und an den Haustüren informieren und aufklären. Und durch unsere Arbeit in den Parlamenten, mit guten und konkreten Vorschlägen für eine andere, sozialere und solidarischere Politik, die die Ideen und Probleme unserer Arbeit in der Gesellschaft aufnimmt.

Konkret wollen wir uns in Hamburg im Jahr 2022 vor allem folgenden Schwerpunkten als Landesverband zuwenden:

- Im **Kampf gegen die Corona Pandemie** wollen wir den Kampf für Solidarität vor Ort und international sowie, den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken. Der **Kampf für mehr soziale Gerechtigkeit** und den solidarischen Ausgleich der gesellschaftlichen Lasten der Pandemie sind für uns zentral. **Ebenso stellen wir uns der Formierungsversuchen der Rechten – aktuell vor allem in, mit und durch „Impfskeptiker-Demonstrationen“ entgegen.**
- Den **Kampf für mehr bezahlbaren Wohnraum** führen wir fort, da Wohnen als grundlegendes Menschenrecht für alle Menschen sichergestellt sein muss und sich die übergroße Mehrheit der Mieter:innen in Hamburg die explodierenden Mietpreise kaum noch leisten kann und bis hin zur Wohnungs- und Obdachlosigkeit.
- Den **Kampf für Frieden, Abrüstung und den Stopp von Waffenexporten** und eine **solidarische Flüchtlingspolitik wollen** wir auch lokal in Hamburg führen.
- Der Kampf gegen den Klimawandel erfordert auch auf Hamburger Ebene ein **Konzept für einen sozialen, ökologischen <u>und</u> solidarischen Umbau der Stadtgesellschaft.** Hieran müssen und wollen wir als Oppositionskraft an Ideen und Konzepten arbeiten, da weder der rotgrüne Senat im konkreten Hamburger Regierungshandeln noch die Ampelkoalition eine Politik voranbringen, die den solidarischen Zusammenhalt der Gesellschaft stärken und die Lösung der Klimakrise so hinreichend ermöglichen.

Soziale Gerechtigkeit, gerechte Verteilung, solidarische Wende

Hamburg ist eine tief gespaltene Stadt, und das in vielerlei Hinsicht. Nirgendwo in Deutschland ist die Millionärsdichte höher: Knapp 1.000 Hamburger:innen verdienen mehr als eine Million Euro pro Jahr. Gleichzeitig leben mehr als 285.000 Bürger:innen in Armut. Darunter besonders viele mit Migrationshintergrund, Alleinerziehende und Erwerbslose. Doch auch wer arbeitet, ist vor Armut nicht sicher. Befristete Jobs, Leiharbeit, Mini- und Midi-Jobs, erzwungene Teilzeit und prekäre Solo-Selbstständigkeit reichen längst nicht immer zum Leben. Immer mehr Rentner:innen sind auf Grundsicherungsleistungen angewiesen – mehr als in jedem anderen Bundesland. Auch aufgrund steigender Miet-, Energie- und HVV-Preise geraten immer mehr Menschen in eine Armutsspirale und sind ganz oder teilweise von der sozialen und kulturellen Teilhabe ausgeschlossen.

Dies ist die Bestandsaufnahme auf unserem Wahlprogramm zu Bürgerschaftswahl 2020. Die Folgen der Corona überraschen nicht: Die Krise hat soziale Ungerechtigkeiten verschärft, ärmere Menschen sind von der Pandemie besonders stark betroffen. Die Verlierer:innen der Pandemie und der geplanten Ampel-Politik sind die Armen und Bedürftigen. Die Bewohner:innen von Hamburgs ärmeren Stadtteilen waren besonders häufig von Covid-19 Infektionen betroffen. Die COVID-19 Sterblichkeit lag in benachteiligten Regionen zum Teil 50-70% höher. Die Pandemie wirkt wie ein Brennglas und lenkt den Blick auf bestehende Missstände. Und sie verschärft die Spaltung der Stadtgesellschaft:
Gerade in Hamburg sind überproportional viele Minijobs weggefallen, durch die dramatisch gestiegenen Zahlen hat Langzeitarbeitslosigkeit an Brisanz gewonnen. Nirgendwo sonst in Deutschland sind die Ausbildungszahlen – Minus 13,5% - stärker zurückgegangen als in Hamburg. Die Zunahme von psychischen und physischen Auffälligkeiten von Kindern und Jugendlichen, Ängsten, Sorgen und Nöten von Familien, Konflikte, Stress sowie von häuslicher und sexualisierter Gewalt sind ebenso Folge der Pandemie.

DIE LINKE fordert vom Hamburger Senat:

- Ein **Mindestkurzarbeitergeld von 1200 Euro** für Vollzeitarbeitsverhältnisse und die **Ausweitung des Kurzarbeitergelds in Höhe von 90 % für Minijobs** sicherzustellen.
- Die Aufstockung der **Altersgrundsicherung mit einem bedarfsdeckenden Ortszuschlag**.
- Die **geförderten Beschäftigungsverhältnisse** nach dem Teilhabenchancengesetz um 3000 Plätze auszuweiten und gezielt öffentliche Stellen für Langzeitarbeitslose zu schaffen.
- Investition in eine **staatlich gestützte Ausbildung**, insbesondere in den Branchen, in den pandemiebedingt besonders viele Ausbildungsplätze wegefallen sind.
- Stärkere **Förderung Stadtteilgesundheitszentren** wie die Poliklinik auf der Veddel.
- Den bedarfsgerechten Ausbau der **psychotherapeutischen Hilfe für Kinder und Jugendliche**.
- Neben der Verstärkung der Bemühung – insbesondere in den ärmeren Stadtteilen – mit Aufklärungs- und Impfteams die Impfquote zu steigern muss der **öffentliche Gesundheitsdienst nachhaltig und dauerhaft ausgebaut** werden.
- Massive Ausweitung der **Unterstützung von Frauenhäusern** und Beratungsstellen
- **Schuldnerberatungsstellen, soziale Beratungsangebote in den benachteiligten Stadtteilen** auszubauen und kostendeckend zu finanzieren.
  Die LINKE Hamburg wird sich aber auch mit **kostenlosen Beratungsangeboten, „DIE LINKE hilft!“**, im Bereich ALG II, Sozialhilfe, Grundsicherung im Alter und Erwerbsminderungen verstärkt engagieren.

Es bleibt es für uns dabei: Zur Finanzierung wichtiger auf Bundessebene zu beschließender Maßnahmen ist Umverteilung von oben nach oben durch eine **Vermögensabgabe** und eine **Steuerreform zugunsten der kleinen und mittleren Einkommen** erforderlich sowie die **Beendigung der Schuldenbremse** – zugunsten von solidarischen Zukunftsinvestitionen – erforderlich, um der sozialen Spaltung der Gesellschaft entgegenzuwirken und die Zukunftsaufgaben anzugehen:

Wir fordern auf Bundesebene:

- Die Erhöhung des **Mindestlohnes auf 13,– Euro** und dessen regelmäßige Anpassung an die Lebenshaltungskosten,
- Einführung einer **bedarfsdeckende, individuelle und sanktionsfreie Mindestsicherung von 1.200 Euro**,
- die Einführung einer solidarischen **Bürger:innenversicherung**,
- dauerhaft **500,– Euro pro Monat mehr für Pflegepersonal**,
- die Schaffung von **250.000 Sozialwohnungen** pro Jahr

„Stadtentwicklungs- und Wohnungspolitik“

Im Bürgerschaftswahlkampf 2020 haben wir gefragt: „Wem gehört die Stadt?“. Hamburg hat rund 715.000 Mietwohnungen und weist nach Berlin die geringste Eigentümer:innenquote auf, das heißt: Knapp 80% aller Wohnungen werden von den Eigentümer:innen nicht selbst bewohnt, sondern vermietet. So gesehen ist die Antwort klar: **Diese Stadt gehört den Mieter:innen .** Doch die Mieten sind zu hoch, die übergroße Mehrheit der Mieter:innen kann sich eine Wohnung nicht oder kaum noch leisten und fühlt sich unter Druck gesetzt. Das betrifft selbst Menschen mit einem mittleren Einkommen und darüber.

Die Hamburger:innen brauchen eine Erleichterung bei der Mietenbelastung – und zwar schnell. Aber ein Mietenstopp reicht nicht – die teilweise spekulativ überteuerten Mieten müssen wieder auf ein Normalmaß gesenkt werden. Leider bleibt die Ampel-Koalition dabei hinter den sowieso geringen Erwartungen zurück. Städten wie Hamburg wird nicht einmal die Möglichkeit eingeräumt, die Mieten im eigenen Ermessen zu regulieren. Hier bleibt die Forderung nach einer bundesweiten Regelung aktueller denn je. Doch kein Projekt hat bundesweit den Mieter:innen einer Großstadt so massiv geholfen wie der Berliner Mietendeckel. Für uns ist

es zwingend nötig, dass in überhitzte Wohnungsmärkte wie Berlin und Hamburg mit solchen klaren Vorgaben eingegriffen wird. Daher werden **wir auch weiterhin aus Hamburg Druck ausüben, damit die gesetzlichen Regelungen für einen Mietendeckel im Bund geschaffen werden.** Der bundesweite Mietendeckel bleibt für uns eine zentrale Forderung, für die wir auch in Hamburg weiter mobilisieren. Parallel dazu braucht es kurzfristige Lösungen, um den Druck der hohen Mieten zu reduzieren. **Unmittelbar handeln kann die Stadt bei der städtischen Wohnungsbaugesellschaft SAGA:**

- Senat und Bürgerschaft sollen einen Mietendeckel für SAGA-Wohnungen beschließen.
- Der **Anteil des geförderten und preisgebundenen Mietwohnungsbaus muss bei der SAGA** erhöht werden.
- **Organe der SAGA** sollten dahingehend gestaltet werden, dass Mieter:innen-Organisationen vertreten sind und eine Sperrminorität bekommen, um **mehr Mitbestimmung** zu ermöglichen und Zweckänderungen und Rückabwicklungen zu verhindern

Insgesamt muss die SAGA reformiert werden, hin zu einer städtischen Wohnungsbaugesellschaft, die vor allem die Haushalte mit niedrigem Einkommen mit Wohnraum zu versorgt. Wir wollen, dass die SAGA-Mieter:innen dauerhaft geschützt werden: kein Verkauf, keine Orientierung am Mittelwert des Mietenspiegels, eine sozial orientiere Belegungs- und Mietenpolitik. Ggf. muss die Rechtsform geändert werden.

Parallel brauchen wir eine soziale Wohnungsbauoffensive. Unsere Stadt braucht keine neuen Wohnungen für über 20 EUR Nettokalt pro Quadratmeter! **Als LINKE werden wir uns auch weiterhin einmischen machen und Neubauvorhaben in den Bezirken und im Landesverband kritisch begleiten.**

Doch es gibt einen zentralen Hebel, der sich direkt auf die Situation in der Stadt auswirkt und kurzfristig Handlungsmöglichkeiten bietet: die städtischen Flächen. **Wir unterstützen tatkräftig die Forderungen der Volksinitiativen „Keine Profite mit Boden und Miete“, grundsätzlich keine städtischen Grundstücke und Wohnungen mehr zu verkaufen und gleichzeitig auf städtischen Grundstücken ab sofort ausschließlich bezahlbare Wohnungen zu bauen!** Wir begrüßen und unterstützen auch **die Initiative „Hamburg enteignet“**, die sich nach dem erfolgreichen Volksentscheid „Deutsche Wohnen & Co enteignen“ in Berlin auf dem Weg gemacht hat, auch in Hamburg die Wohnungen großer profitorientierter Wohnungskonzerne wie Vonovia zu vergesellschaften und damit dem Markt zu entziehen.

Weil die großen Konversionsflächen langsam aufgebraucht sind, geht die Baupolitik des Senats zunehmend auf Kosten von Grünflächen und damit auch von Umweltschutz. Wir fordern daher die Aufnahme einer **Ökobilanzierung** in die Hamburgische Bauordnung, mit der Abrisse von Gebäuden versagt werden kann, wenn ihre Entwicklung im Bestand besser für unsere Umwelt ist. Zudem darf es keinen Grünfraß mehr geben, so lange nicht die anderen Wohnungsbaupotenziale voll ausgeschöpft wurden, wie es beispielsweise die Volksinitiative **„Rettet Hamburgs Grün – Klimaschutz jetzt“** fordert.

Wir wollen Obdachlosigkeit bis 2030 abschaffen. Statt Geld in temporäre Unterkünfte für Obdachlose mit Security-Personal an der Tür zu stecken, fordern wir Investitionen in dezentrale Unterbringungen und Wohnraum für obdachlose Menschen. **Housing First** muss zum Leitgedanken in Hamburg werden. Damit keine:r bis dahin auf der Straße erfriert, fordern wir kurzfristig die Anmietung von Zimmern in Hotels, Pensionen und Jugendherbergen, sowie die voraussetzungslose Vergabe von Wohnraum an Bedürftige. Das alles muss mit niedrigschwelligen Hilfsangeboten und aufsuchender Sozialarbeit begleitet werden.

Internationale Solidarität. Frieden statt Waffen. Asylrecht ist Menschenrecht!

An der polnisch-belarussischen Grenze zeigen sich wie bereits seit Jahren auf den griechischen Inseln und in Südosteuropa die Auswirkungen der Außen-, Wirtschafts- und Klimapolitik der westlichen Industrienationen in ihrer ganzen Grausamkeit. Den Schutzsuchenden werden humanitäre Hilfe und ihre grundlegendsten Menschenrechte verwehrt. Der belarussische Präsident Lukaschenko hat mit seinen eigennützigen und leeren Versprechungen Tausende von Menschen in eine ausweglose Lage gebracht. Aber auch die polnische Regierung tritt die Menschenrechte der Geflüchteten und internationales Recht mit Füßen. Die EU und die Bundesregierung machen sich durch ihre Duldung illegaler polnischer Pushbacks, der polnischen Einrichtung einer Sperrzone, in die weder Journalist:innen noch Ärzt:innen, Hilfsorganisationen oder internationale Beobachter:innen gelassen werden, an der humanitären Katstrophe, die sich dort abspielt, mitschuldig. Die EU-Kommission plant, das Asylrecht erheblich aufzuweichen und schnellere Abschiebungen zu erlauben. Die Geflüchteten, die Schutz vor Krieg, Gewalt und der Zerstörung ihrer Heimat suchen, werden damit zum politischen Spielball gemacht. Viele von ihnen sind vor den Regime-Change-Kriegen der Nato (Bsp. Irak), den Angriffskriegen des Nato-Mitglieds Türkei in Nordsyrien und dem Nordirak, aufgrund der ungerechten Weltwirtschaftsordnung oder der Umweltzerstörung in ihren Heimatländern geflohen. Auch mit ihren exzessiven Rüstungsexporten in Kriegs- und Krisengebiete sind die westlichen Industrienationen erheblich an der Schaffung von Fluchtursachen beteiligt. Sie tragen Verantwortung für die Menschen an der polnisch-belarussischen Grenze, genau wie für die Corona-Toten in so genannten Entwicklungsländern. Auch die Weigerung, die Impfstoffpatente endlich aufzuheben, tötet!

Hamburg versteht sich laut Präambel seiner Verfassung als Mittlerin zwischen allen Erdteilen und Völkern der Welt. Dass aus Hamburg Rüstungsgüter in alle Welt geliefert werden, auch etwa an die Türkei oder an Mitglieder der Kriegskoalition gegen den Jemen, wird diesem Anspruch keinesfalls gerecht. Der Handel darf allein friedlichen Zwecken dienen. Wir fordern einen sofortigen Stopp aller Rüstungsexporte über den Hamburger Hafen. Die Stadt Hamburg hat Platz und muss sich zur Aufnahme von Geflüchteten bereit erklären.

Alles deutet darauf hin, dass auch die Ampel-Koalition keinen Politikwechsel vollziehen wird – ganz im Gegenteil. Aufrüstung und der Export von Rüstungsgütern werden weiterverfolgt und sogar verschärft, ja auch bewaffnete Drohnen möchte die Ampel für Deutschland beschaffen und die US-Atomwaffen auf deutschem Boden belassen.

DIE LINKE Hamburg fordert:

- Dass das Asylrecht weder auf nationaler noch auf EU-Ebene weiter ausgehöhlt, sondern stattdessen wieder voll in Kraft gesetzt wird
- Den Sofortigen Stopp aller Pushbacks
- Finanzielle Unterstützung und politische Durchsetzung der **humanitären Hilfe für Geflüchtete** an den EU-Außengrenzen
- Familienzusammenführungen und Aufnahme der an den Grenzen festsitzenden Geflüchteten
- **Hamburg hat Platz** und muss sich zur Aufnahme von Geflüchteten, die an der polnisch-belarussischen Grenze festsitzen, bereit erklären
- Den sofortigen **Stopp aller Rüstungsexporte**. Stopp aller Rüstungsexporte über den Hamburger Hafen. Wir unterstützen die Volksinitiative gegen Rüstungsexporte über den Hamburger Hafen
- Ein Eintreten für das **Menschenrecht auf Frieden** im Sinne der Santiago-Erklärung
- Diplomatie statt Aufrüstung und Krieg
- Die sofortige **Aufhebung der Impfstoffpatente**, damit ein globaler Kampf gegen die Pandemie endlich möglich wird.

Ausarbeitungen, Gedanken, Thesen für die Strategiekonferenz am 27.11.2021 in Hamburg
Alexandra Szczesniak, die Linke – OV Bramfeld-Steilshoop, Farmsen-Berne

Leitfragen
In den vier Arbeitsgruppen sollen die gleichen vier Fragen zusammenhängend diskutiert und abgewogen werden:

WER?
1.) Wen wollen und können wir als LINKE erreichen und organisieren? Welche Schwierigkeiten bestehen für uns, diese Gruppen für eine gemeinsame Politik zu organisieren und wie lösen wir diese Schwierigkeiten auf? (WER?)

WAS?
2.) Welche Inhalte müssen wir in welcher Weise vorantreiben? Welche Schwerpunkte setzen? Dies könnte beispielsweise an Hand einer der folgenden Themen erörtert werden:

Alternativen zur Ausbeutung von Mensch und Natur
Soziale Gerechtigkeit, bessere Arbeitsbedingungen, bessere soziale Absicherung (Rente, Erwerbslosigkeit, Mieten …), Abwälzung der Kosten der Krise / Krisenlasten und Gegenwehr
Krieg und Frieden / Aufrüstung und Militarisierung der Außenpolitik
Antifaschismus / Menschen und Grundrechte / Antirassismus / Wie schaffen wir es, gegen Ungleichheitsideologie und Diskriminierungen gleiche Rechte und Solidarität zu setzen?
…
Was treibt die Menschen, die wir erreichen wollen und können um? Welchen Gebrauchswert hat DIE LINKE? (WAS?)

WOHIN?
3.) Welches gesellschaftliche Ziel verfolgen wir? Wo wollen wir hin und wie stellen wir uns die emanzipierte Gesellschaft vor? Kurz-, mittel- und längerfristig? (WOHIN?)

WIE?
4.) Wie beschreiten wir erfolgreich den Weg zu unserem Ziel? Wie setzen wir unsere Forderungen durch und um? Wie kann die Partei in diesem Zusammenhang aktiver gestaltet werden? Wie kann sie für Mitglieder, Bürgerinnen und Bürger, auch für Bürgerinitiativen und Bewegungen nützlicher sein? Wie ergänzen sich parlamentarische und außerparlamentarische Aktivitäten? Mit welchen Schwierigkeiten sind wir dabei konfrontiert und wie gehen wir mit diesen um? (WIE?)

Wer?	Was?	Wohin?	Wie?
		Namensänderung zur Diskussion bringen: Von „die Linke“ in „Sozialistische Demokratische Volkspartei Deutschlands“ SDVP. Alternativ „Sozialistische Volkspartei für Demokratie und Chancengleichheit“ in der Gesellschaft Deutschlands Linke Flügel gibt es in fast allen Parteien Deutschlands, sogar in der CDU. Mit dem Begriff Sozialismus im neuen Namen, geben wir den Bürgern eine klare Orientierung und Zugehörigkeit, damit gesellschaftliche Sicherheit, die so vielen fehlt. Mit dem Begriff Sozialismus im Namen sind wir noch stärker mit den sozialistischen Kräften und Parteien in Europa immateriell und pragmatisch verbunden. Der Begriff Sozialismus ist in den Parteien Europas weit verbreitet, teilweise sogar mit Regierungsbildung und die Regierungsbeteiligungen europaweit kann sich schon jetzt sehen lassen. Da sollten wir unbedingt **endlich** auch mitmachen. Eine sozialistische Volkspartei bietet auch weiterhin radikaleren linken Kräften oder kommunistischen Einstellungen eine Möglichkeit im gesellschaftlichen demokratischen Umfeld mitzuwirken.	

Wahlniederlage / Konsequenzen / Sozialistisches Profil

Liebe Genossinnen und Genossen,

uns alle beschäftigt der Krieg in der Ukraine. Trotzdem: die Strategiekonferenz wurde ja auch einberufen um die Wahlniederlage vom 26.09. einzuschätzen, denn diese markiert eine tiefe Krise unserer Partei. Tiefer als die von 2002.

Schauen wir daher noch einmal zurück auf die Wahlergebnisse: Wahlforscher unterscheiden zwischen Stammwähler:innen und Wechselwähler:innen. Besonders wichtig sind für linke Parteien die Stammwähler:innen, die Überzeugungstäter. Erst sie geben einer linken Partei ein Fundament. 2009 hatten wir noch 2,5 Millionen Stammwähler:innen. Von diesen gingen in den nachfolgenden 3 Bundestagswahlen bis 2021 50 Prozent verloren. Vor allem Arbeiter, Angestellte, Rentner, Erwerbslose. Mehrheitlich wechselten sie zu den Nichtwähler:innen, zu kleineren Protestparteien und leider auch in Richtung AfD. Zuwächse erzielte die Partei in dieser Zeit vor allem in bürgerlichen und urbanen Milieus. Da haben wir ja nichts dagegen. Doch unter dem Eindruck der Kanzlerwahl Laschet contra Scholz gingen auch diese Wechselwähler:innen wieder verloren. Beides zusammen, vor allem der Verlust in der Stammwählerschaft, drückte die Partei unter die 5 -Prozent.

Wiederholt warnte der Ältestenrat vor einer „Anpassung an und [eine] Teilhabe in politische Herrschaftsstrukturen“ und mit denen das soziale Profil der LINKEN verloren gehe.

Woher kommt dieser Hang zur Integration, den auch linke Parteien immer wieder unterliegen? In den 1970er Jahren hat Wolfgang Abendroth das mal für die SPD untersucht. Als subjektive Träger eines solchen Integrationsprozesses machte er vor allem die hauptamtlich tätigen Parteiarbeiter aus. Die Sogwirkung parlamentarischer Integration, die das bürgerlich-parlamentarische System auf Abgeordnete und ihre Mitarbeiter ausübt. Diese – so die damalige These von Abendroth – würden im Laufe der Zeit eigene Interessen ausbilden, die sich weniger aus der Parteidebatte, aus dem Programm, sondern aus alltagspraktischen Komponenten ihrer parlamentarischer Tätigkeit ergeben. Auch systemoppositionelle Parteien, die das Primat des außerparlamentarischen Kampfes aufgeben, könnten so leicht zu Staatsparteien werden, die v.a. nach Regierungsbeteiligungen streben. Die Schnelligkeit des Umbruchs 1989 / 1990, wie auch dann im Fusionsprozess mit der WASG, ließ es jedenfalls kaum zu Mechanismen zu entwickeln, die einen solchen Prozess behindern.

Nehmen wir die PDS. Sie entstand im Moment ihrer größten Niederlage. Einerseits war sie damit Trägerin sozialistischer Vorstellungen, wie sie vor allem in der DDR gewachsen waren, andererseits konnte sich in den Wirren des Übergangs dann häufig auch die durchsetzen, die möglichst schnell ankommen wollten in dieser neuen Gesellschaft. Das politische Profil der Partei war schon damals sehr brüchig. 2002 scheitere die PDS dann an der 5-Prozent-Hürde bei den Bundestagswahlen. Erst die Agenda-Krise, die zu großen Protesten führte, auch zur Herausbildung der WASG, erbrachte dann eine zeitweilige Stabilisierung. Im öffentlichen Bild, auch im eigenen Selbstverständnis, waren wir fortan die Partei, die für „Soziale Gerechtigkeit“ steht.

Wie sehr sich die LINKE davon inzwischen entfernt hat zeigen die Wahlergebnisse. Auch die berühmten „Kompetenzwerte“. Nicht mal im sozialen Bereich trauen uns die Menschen noch zu, nützlich zu sein.

Sprechen wir über das Wahlprogramm. 160 Seiten stark. Für jede und jeden war da was drin. Aber ergibt sich daraus ein politisches Profil?

Wie stark der Wunsch in Teilen der Fraktions- und Parteiführung inzwischen ausgeprägt ist in Regierungen zu kommen, zeigte sich noch im Wahlkampf mit dem Sofortprogramm kurz vor den Wahlen. Die vier Vorsitzenden aus Partei und Fraktion änderten mal eben die Wahlstrategie. Schaut man sich die damaligen Umfragewerte an, so war genau das dann der Zeitpunkt, wo es mit unserer eh schon geschwächten 7-Prozent-Partei dann richtig in den Keller ging. SPD und Grüne seien gar nicht so schlecht, war die Botschaft in Talksendungen. Man müsse sie nur vor der FDP beschützen. 1.4 Millionen Wählerinnen und Wähler quittierten dies damit, dass sie dann gleich das „gar nicht so schlechte" Original wählten. Fast genauso viele – das wird meist vergessen – wechselten aber auch in eine andere Richtung, besonders in Richtung der Nichtwähler:innen und kleinerer Protestparteien. Alles zusammengerecht samt jenen, die erneut zur AfD gingen, war das ein fast ebenso großer Block.

Die „diversifizierte und sozial gespaltene Gesellschaft"

Christiane Schneider spricht in ihrem Papier von einer „diversifizierten und sozial gespaltenen Gesellschaft", mit teils vereinbaren, teils aber auch schroff entgegengesetzten Interessen. Sie meint damit nicht den Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit, wenn sie erläuternd hinzufügt, dass sich entlang solcher Konfliktlinien politische Bewegungen entwickelt haben, deren unterschiedliche „emanzipatorische Anliegen" die Partei aufgreifen und nach eigenen Maßstäben verarbeiten müsse. Dafür zitiert Christiane das Manifest der Kommunistischen Partei von Karl Marx und wonach die freie Entwicklung jedes einzelnen, die Bedingung für die freie Entwicklung aller sei. Doch was dabei an den Rand rückt, ist der Umstand, dass die Autoren dieses Manifests einen solchen Zustand erst für eine spätere sozialistische Gesellschaft für möglich hielten. Befreit vom Kapitalismus.

Hilfsweise will Christiane deshalb nun den Staat in die Pflicht nehmen. Sie bezieht sich dabei auf die Artikel 1 bis 20 des Grundgesetzes, die neben politische Freiheit, auch „soziale Teilhabe" fordern. Überspitzt formuliert: Christiane will Sozialismus ohne Sozialismus, mit dem bürgerlichen Staat als treibenden Akteur.

Regierungsbeteiligungen, so heißt es weiter, seien gut, wenn mit ihnen eine Ausweitung und konkrete Gestaltung umkämpfter Güter und vor allem emanzipatorische Teilhaberechte zu stärken sind. Einen quantitativen oder qualitativen Maßstab lässt sie dafür freilich vermissen. Reicht ein bisschen Teilhabe für die eine Gruppe, oder soll es mehr sein? Teilhabe soll es aber sein, sonst verweigere Die LINKE Verantwortung für sozialen und demokratischen Fortschritt.

Dass sich die Klasse der Lohnabhängigen, die 90 Prozent der Bevölkerung ausmacht, in modernen kapitalistischen Gesellschaften ausdifferenziert, nicht nur im Lohnniveau, sondern auch in ihren kulturellen und sonstigen Ansprüchen, kann niemand bestreiten. Aber welche Konsequenzen leiten wir daraus ab? Reicht es, dass wir dafür dem Staat, und der in der Betrachtung von Christiane, ja fast schon wie eine neutrale Instanz ausschaut, Lösungsvorschläge machen? Die dieser Staat, weil er so gütig ist, dann umsetzt? Ich halte das für irreal.

In Frankreich erleben wir gerade wie so etwas schon eher geht. Dort holte der linke Präsidentschaftskandidat enorm auf. In dem er die gemeinsamen (!) Interessen der Klasse der Lohnabhängigen betonte. Mehr Demokratie zum Beispiel. Er fordert eine 6. Republik, also nicht weniger als den Sturz des bisherigen politischen Systems, um Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass gesellschaftlich relevante Schichten, auch Bewegungen, in einem Dialog ihre gemeinsame Zukunft bestimmen. Zu seinen Wahlkampfkundgebungen kamen bis zu 100.000 Menschen. Menschen mit unterschiedlicher Hautfarbe, Junge und Alte, Menschen

mit gemeinsamen Interessen und darüber hinaus gehenden auch auseinandergehenden Partikular-Interessen. Gemeinsam schaffen sie sich so einen Raum um in Aktionen und in Debatten diese Widersprüche zu besprechen. Der Kandidat forderte sie dazu auf selbst aktiv zu werden.

Wie erreichen wir gesellschaftspolitische Veränderungen?

Natürlich sind wir für mehr soziale Teilhabe. Für eine Verteidigung und einen Ausbau sozialstaatlicher Leistungen. Dafür stellen wir Anträge in den Parlamenten. Dafür konfrontieren wir die anderen immer wieder mit der Wahrheit und ihren eigenen Unzulänglichkeiten. Aber wir dürfen nicht davon ausgehen, dass wir unsere Anliegen dort durch Aushandlungsaktionen ohne Druck von außen durchsetzen können. Stehen 5000 Menschen vor der Tür, sieht das schon mal anders aus.

Gesellschaftliche Kraft entsteht nicht dadurch, indem wir unterschiedliche Ansprüche einfach unvermittelt nebeneinanderstellen, Solidarität nur als eine moralische Kategorie fassen. Solidarität entsteht aus politischer Verständigung, in gemeinsamen Aktionen. Aus Einsicht in die Notwendigkeit mit anderen solidarisch zu sein, weil es einem auch selber nützt. Eine linke Partei, die den Klassenkonflikt vor lauter Bäumen nicht mehr sehen möchte, damit ihr sozialistisches Ziel aufgibt, wird indes nichts durchsetzen und für Bewegungen auch nicht nützlich sein. Und damit sind wir bei der ersten Leitfrage angekommen: Wer kann Veränderung bewegen? Und welche Rolle spielen wir dafür selbst? Veränderungen können vor allem die von staatlichen Maßnahmen und durch die kapitalistische Ausbeutung betroffenen Menschen selber durchsetzen, indem sie für ihre eigenen Interessen aktiv werden. Unser Rolle als Partei besteht darin dafür zu sagen: schaut mal her, es geht auch anders. Es gibt Alternativen zur Ausbeutung von Mensch und Natur. Alternativen für mehr Demokratie. Wege mit denen wir die Verfügungsgewalt des Kapitals einschränken und mittelfristig auch aufheben.

Im auf dem Landesparteitag beschlossenen Antrag „Aufgaben der LINKEN“ machen wir das etwas konkreter: Regulierung der Arbeitsbeziehungen. Arbeitszeitverkürzung mit Lohn- und Personalausgleich, Rekommunalisierung von Einrichtungen der Daseinsvorsorge, Verbot von Leiharbeit – das und etliches mehr schafft einen Rahmen für viele. Es ist auch eine Voraussetzung dafür dem Rassismus und der Diskriminierung gesellschaftliche Grundlagen zu entziehen. Wir unterstützen Kämpfe für die Enteignung großer Wohnungsbaugesellschaften und es gibt überhaupt keinen Grund, dies quantitativ von vorherein zu begrenzen. Mieten sollen sich generell an den Bestandsmieten orientieren. Wohnungen und Grundstücke in städtischer Hand dürfen nicht verkauft werden. Das schränkt Spekulationsgeschäfte ein.

Und ähnlich ist es in der Klimapolitik. Ohne Konversion der sozialökologisch gefährlichsten industriellen Kapitale, darunter übrigens auch der Rüstungsindustrie, geht Klimapolitik nicht. Dafür müssen Eigentumsfragen aufgeworfen werden. Das beginnt konkret damit indem wir Initiativen unterstützen, die auf städtische Energieversorgungsunternehmen orientieren.

Regierungsbeteiligungen ohne eine vorherige Änderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse führen in eine Niederlage

Vergessen wir nicht: alle wirklich relevanten Veränderungen der letzten Jahrzehnte wurden außerparlamentarisch angeschoben. Was indes ohne eine Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse passiert, wenn wir also nur einseitig auf Regierungsbeteiligungen setzen, können wir überall in Europa – und für die letzten 30 bis 35 Jahre – beobachten: Linke Parteien werden unglaubwürdig und strudeln in verheerende Niederlagen. Das ist die

klare Bilanz aller entsprechenden Versuche in Europa. Wieso glauben wir, dass ausgerechnet die deutsche LINKE klüger ist als alle anderen?

Natürlich: Wählerinnen und Wähler erwarten häufig, dass sich ihre Wahlentscheidung möglichst schnell auch in der Geldbörse bemerkbar macht. Lösen können wir diesen Widerspruch nur mit Massenverankerung und Massenmobilisierung. In den Stadtteilen, in Bürgerinitiativen, in Bewegungen. Aber auch durch die Mobilisierung unserer Wählerinnen und Wähler. Wie weit wir davon entfernt sind, zeigt der Vergleich mit Frankreich.

Die funktionalen Beziehungen zwischen dem Monopolkapital und dem Staat sind heute engere als in früheren Zeiten. Sinkende Profitraten – bei gleichzeitiger Erhöhung der Profitmasse – schränken aus der Sicht des Kapitals den Spielraum für Klassenkompromisse ein. Die bürgerlichen Parteien passen sich nicht zuletzt deshalb inhaltlich-programmatisch immer mehr an. Sie werden austauschbar. Gleichzeitig wird die bürgerlich-parlamentarische Demokratie durch Verfassungsänderungen unterminiert. Eine wichtige Rolle spielen dafür die EU-Normen. Das merken wir bis hinein in die Bezirksversammlungen. In der staatlichen Reproduktion dieser in viele Milieus nicht nur gespaltenen, sondern auch gezielt aufgespaltenen Gesellschaft, schlägt sich dies – das scheint jetzt widersprüchlich zu sein – in einer zunehmenden Parteienpluralität nieder. Doch genau hingeschaut hat das damit zu tun, dass wirklich relevante Interessen für alle Lohnabhängigen immer weniger Berücksichtigung finden. Nischenpolitik kann das nicht kompensieren. Die frühere Parteienkonkurrenz wird so – trotz größerer Pluralität – abgelöst von einer Art assimilativen Zirkulation (jede und jeder kann mit jeden, alles ist austauschbar), die aber in letzter Konsequenz zur Selbstauflösung dieser Parteiensystems treibt. Es wäre vollkommen wahnsinnig, wenn wir meinen daran mit einer 5- oder 10-Prozent Partei allein etwas ändern zu können. Radikale, wirksame Reformen durchzusetzen, das geht nur mit einer Offensive von unten – unter Beteiligung vieler Menschen.

Damit bin ich bei der dritten Frage. Welchen Gebrauchswert hat DIE LINKE? Ihr Gebrauchswert besteht in ihrer Widerständigkeit, in ihrer klaren Abgrenzung zum neoliberalen Parteienquartett. Als politisches Bindeglied in und zwischen sozialen Bewegungen, als nützlicher Faktor für Bewegungen innerhalb der Parlamente. Und sie besteht darin immer wieder auf die Klassenwidersprüche hinzuweisen. Von mir aus auch mit anderen Worten. Formulieren wir in diesem Zusammenhang unsere eigenen Bedürfnisse (!) für ein besseres Leben. Diskutieren wir das mit anderen. So entsteht Offensive von unten. Das wiederum beginnt zum Beispiel mit einer aktivierenden Form von Sozialberatung. Es beginnt mit zunächst kleinen Aktionen zur Verhinderung von Zwangsräumungen oder der Sperre einer Stromzufuhr. Es kann beginnen mit Preisstopp-Aktionen, in einer Zeit galoppierender Inflation. Es kann beginnen mit der Besetzung von leerstehenden Wohnraum. Und es verlangt immer wieder Aufklärung in die Wirkungsweise dieses Systems, das nicht nur uns, sondern viele andere in den Wahnsinn treibt. Das wiederum kombiniert mit radikaler, kompromissloser Friedenspolitik. Zu letzterem dann aber mehr in der Arbeitsgruppe gemeinsam mit Christiane.

(Andreas Grünwald, 07.04.2022)

Wir müssen uns modernisieren - drängende Probleme im Spannungsfeld linker Politik und Ideologie

von Anne Pipenbrinck

Die Linkspartei befindet sich schon seit längerem in einem angespannten Zustand: Abgesehen von den ewigen Strömungsdiskussionen und Grabenkämpfen gibt es tatsächlich Probleme, für die wir keine Antwort haben, weil unsere Geschichte, die Geschichte der Arbeit und altgediente Allianzen der Suche nach den aktuell angemessenen, Lösungen entgegenstehen. Diese betreffen die Transformation der Gesellschaft, der Arbeitswelt und auch ökologische Probleme (Klimakrise, Artensterben)

1. Arbeitwelt und Lebenswirklichkeit

Unser Bild der Arbeitswelt entspricht vielfach dem einer Zeit, die es nicht mehr gibt und die auch nicht wiederkommt. Dies macht sich vor allem bemerkbar, wenn es um den Erhalt bedrohter Arbeitsplätze geht oder um die Spannungsfelder Arbeit/Ökologie und Klimaschutz und technischer Fortschritt

- Überkommene Geschäftsmodelle: Beispiel Karstadt - Karstadt, das Mammut unter den Einzelhandelsgeschäften, funktioniert seit Jahrzehnten nicht mehr. “Der Steuerzahler” subventioniert dieses Geschäftsmodell ebenso lange, wie es in der Krise ist, mit immer neuen Unterstützungsleistungen für den Konzern, der vor ein paar Jahren an einen schattigen ausländischen Investor verkauft wurde (der den Laden auch nicht zum Laufen bringt). Wenn man von den Flagship-Häusern Alsterhaus, KaDeWe und Oberpollinger absieht, die in Metropolen eine sehr zahlungskräftige Kundschaft mit sehr exklusiven und hochpreisigen Warenangeboten lockt, kränkelt dieser Konzern vor sich hin. Mit dem Hinweis auf die bedrohten Arbeitsplätze wurde er sogar während der Corona-Pandemie subventioniert, obwohl diese Zahlungen ausdrücklich nicht für schwach aufgestellte Firmen verwendet werden sollten. Ist es wirklich Aufgabe einer Partei, sterbende, dysfunktionale und aus der Zeit gefallene Geschäftsmodelle mittels Arbeitskampf zu erhalten? Wäre es nicht an der Zeit, sich Neuem gedanklich zuzuwenden oder Modellen, die funktionieren?
- Schädliche Geschäftsmodelle: Beispiel Primark. Der irische Konzern, der trashige Billigst-Mode mit der Qualität und der Haltbarkeit von Plastikmüll in Massen unter das Volk bringt, droht hierzulande mit Entlassungen, und wir als LINKE sind natürlich ebenfalls aufgefordert, uns dem Arbeitskampf anzuschließen. Wirklich? Primark und ähnliche Unternehmen beuten im Globalen Süden gnadenlos Arbeiter:innen aus, die dort unter gefährlichen Bedingungen für einen Hungerlohn schuften - teilweise 80 Stunden /Woche. Die Herstellung der Grundmaterialien (Polyester etc.) verseucht ganze Landstriche, die Endprodukte sind selbst für die Altkleidersammlung zu schlecht. Außerdem pflegt der Konzern auch in Europa eine mehr als zweifelhafte Politik gegenüber seinen Arbeitnehmer:innen. Wer die Bilder von nicht verkaufter Fast Fashion in der Chilenischen Atacama-Wüste kennt, wo diese Textilien noch Jahrhunderte vor sich hinrotten und schädliches Mikroplastik in die Umgebung abgeben werden, der weiß, dass dieses Geschäftsmodell einfach sterben muss. Warum sollten wir also für etwas, das die Welt in sozialer und ökologischer Hinsicht verwüstet, kämpfen? Und was ist mit der viel beschworenen “internationalen

Solidarität”? Haben diese Arbeiter:innen diese nicht verdient? . Wir befinden uns hier in einem Spannungsfeld: Einerseits ist die notwendige sozialökologische Transformation in unserem Programm verankert, andererseits stehen wir arbeitskämpfend vor den Toren auch noch der allerletzten Dreckschleudern.

- Der Arbeiter und die moderne Arbeitswelt
  “Der Arbeiter” oder “die Arbeiterin” wie wir als LINKE sie lieben, hat einen unbefristeten Tarifvertrag und arbeitet am besten produzierend in einem großen Unternehmen. Unsere Politik ist in relevanten Teilen auf diese Menschen zugeschnitten, die uns zum großen Teil überhaupt nicht mehr wählen. Doch was ist mit den anderen? Denen, die tatsächlich in prekären Arbeitsverhältnissen stehen und dafür einen prekären Lohn erhalten?
  - Solo-Selbständige und Pseudo-Subunternehmer: Diese Gruppe, teilweise akademisiert, teilweise nicht, hat sich zumeist ihre Arbeitsbedingungen nicht ausgesucht. Sie sind die Opfer einer Arbeitnehmerpolitik, die feste Arbeitsplätze in freie Mitarbeit umwandelte. Diese Entwicklung ist schädlich für die Menschen, aber es reicht nicht, das nicht gut zu finden. Wo ist unser Angebot an diese Menschen, die ihre aktuelle Situation jetzt verbessert und die nicht unrealistisch erscheint (“Tarifvertrag!)
  - Dienstleistungssektor: Wir haben wieder Dienstboten! Nicht fest im Haus oder fest für uns arbeitend, sondern in Form von Dienstleistern, die unser Essen, unsere bestellten Waren oder unsere Lebensmittel/Getränke liefern. Die Bedingungen sind sattsam bekannt, da die Gewerkschaft FAU sich dieser Menschen annimmt (warum eigentlich nur die FAU?, wo sind denn die anderen Gewerkschaften?). DIE LINKE hat dieses Potential an Wähler:innen nicht erschlossen, es kommt in den innerparteilichen Diskussionen auch gar nicht vor. Dabei sind diese Menschen die, die politischer Unterstützung dringend bedürfen.
  - “Kleine” Gewerbetreibende: Sie sind auch die großen Verlierer der Corona-Krise, und sie waren schon vorher die Verlierer der städtischen Entwicklung, wurden sie doch von finanzkräftigen Ketten und Großfirmen aus den attraktiven Innenstadtlagen verdrängt. Dies bedingte auch die Krise der deutschen Innenstädte, denn es folgte auf ein lebendiges und vielfältiges Angebot inhabergeführter Geschäfte eine einförmige Ödnis, durch die man immer den gleichen Kram in allen Großstädten der Republik findet. Wien machte vor, wie es gehen kann: Mit Bestandsschutz für den inhabergeführten Einzelhandel und Gewerbebetriebe, der außerdem für eine gesunde Durchmischung sorgt. Diese Betriebe sind meist auch Arbeitgeber:innen, die Arbeitnehmer:innen beschäftigen. Doch diese Gruppe wird ebenfalls von der Partei weitgehend ignoriert.
  - Automatisierung und Digitalisierung - Die Haltung des größten Teils der Partei lässt sich wie folgt zusammenfassen: Automatisierung und Digitalisierung böse, muss weg. Geht aber nicht weg, sondern ist gekommen, um zu bleiben. Wir benehmen uns wie Ludditen, wenn es um diese Themen geht (die gleiche Opposition gab es übrigens bereits zu Beginn der Industrialisierung, und mit welchem Erfolg? Eben). Sicherlich, diese Entwicklung kostet Arbeitsplätze. Das betrifft vor allem den Sektor der unqualifizierten und auch der gefährlichen Arbeit. Wie immer man dazu steht, wir werden diese Entwicklung nicht aufhalten. Wir haben aber die Möglichkeit, gerade beim Thema

Digitalisierung zu überlegen, wie die Chancen sind und wie man diese herausstellt und entwickelt. Und die sind gerade im Bereich Bildung und digitale Teilhabe gewaltig. Wenn man sie denn gewillt ist, sie zu erkennen.

- Arbeitsplätze, die es nicht mehr gibt: Gerade im Bereich der un- und niederqualifizierten Arbeitsplätze gab es in der Vergangenheit einen großen Schwund, und diese Tendenz wird anhalten. Dafür entstanden natürlich auch neue: Der früher fest angestellte Hilfsarbeiter wurde heute zur Aushilfe oder zum prekär Beschäftigten im Dienstleistungssektor - Oder zum Langzeitarbeitslosen. Für Ältere, die von diesen Entwicklungen betroffen sind, gibt es diese Möglichkeit nicht. Hier ist das Angebot des Staates: HartzIV und Armutsrente. Wo sind unsere Konzepte, die Fortschritt auch als Möglichkeit für eine lebenswertere Zukunft sehen und entwickeln?
- Der klassische Arbeiter als Zielgruppe - Wir als LINKE konzentrieren uns immer noch auf den klassischen Arbeiter, der idealerweise in einer Gewerkschaft organisiert ist. Doch wie sieht inzwischen die Realität aus? Der klassische Arbeiter mit Tarifvertrag steht im Vergleich zu anderen Arbeitnehmer:innen oft ziemlich gut da. Vielleicht könnte die Bezahlung besser sein, aber er hat einen Festvertrag, Tariflohn und lebt in gesicherten Verhältnissen - bis hin zum Eigenheim, mehrfachen Urlauben im Jahr und mehr als einem PKW (Beispiel: VW). Das Problem ist: Das Anliegen von Menschen in festen Verhältnisse, die ein vernünftiges, gesichertes Leben ermöglichen, ist nicht der Klassenkampf, sondern die Besitzstandswahrung. Dies schlägt sich auch in den Wahlergebnissen dieser Gruppe nieder. Der Großtteil wählt die SPD (wohl auch aus Traditionsgründen), gefolgt von der AfD (Stichwort: gute alte Zeit, Besitzstandswahrung). DIE LINKE liegt bei dieser Klientel bei gediegenen 5% und - unter den Parlamentsparteien - auf dem letzten Platz. Selbst die FDP ist für diese Klientel attraktiver, und das ist auch kein Wunder, denn deren Angebot lautet ebenfalls Besitzstandswahrung. Die kämpferische Arbeiterklasse, die mit Klassenbewusstsein gegen ihre Unterdrückung angeht, ist nicht mehr dort, wo wir sie als Partei immer noch vermuten. Sie wäre ganz woanders, s. o., wenn wir sie als Wählerklientel mit konkreten Angeboten ansprechen würden, anstatt der Arbeiterklasse der Vergangenheit hinterherzulaufen, die es in dieser Form nicht mehr gibt.

Fazit: Wir müssen den Wandel erkennen: in der Gesellschaft, in der Arbeitswelt und in den Anforderungen an eine Politik, die den Menschen dient. Dazu gehört auch das Thema Ökologie und Klimaschutz. Wer meint, diesen Bereich vernachlässigen zu dürfen, der nützt den Menschen nicht, sondern er schadet ihnen. Zu beobachten ist dies nicht mehr nur “ganz weit weg” im Globalen Süden, sondern zunehmend auch bei uns.

Gedanken zur Strategiedebatte DIE LINKE
Hamburg,10.April 2022

Bedeutungslosigkeit abwenden – aber wie?

Fünfzehn Jahre nach der Gründung steht die Zukunft unserer Partei auf der Kippe. Da helfen nicht mehr die Flut noch so elegant formulierter Texte oder gar Parteitagsbeschlüsse. Die Wahrheit ist brutal. unser gesellschaftlicher Einfluss bewegt sich fast auf der null Linie. Auch Berlin, Bremen Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen mit ihren linken Regierungsbeteiligungen entfalten keine bundesweite Ausstrahlung, warum eigentlich nicht ?

Der dramatische Verlust an Zustimmung bei den BT Wahlen 2021 markiert einen langanhaltenden Trend auf den Weg in die Bedeutungslosigkeit der Partei. Verluste fast überall in allen Regionen und Gruppen. Besonders schmerzhaft: in der organisierten Arbeiter:innenschaft wählten nur noch 6 Prozent die Linke von ehemals 17 Prozent. Tendenz weiter fallend, siehe Saarland.

Personelle Konsequenzen für den Niedergang sind nicht feststellbar. Einzig Oskar L. hat auf hier auf seine spezielle Art die Partei verlassen.

Unsere Vielstimmigkeit, auch Pluralismus genannt entfaltet keine positive Ausstrahlung. Die Linke ist gespalten, geschwächt, unfähig innerparteiliche Blockaden aufzulösen.

Erneuerung aber wie?

Fragen an uns gerichtet: Wen interessieren ritualisierte, langweilig und ideenlose Zusammenkünfte noch? Welchen Gebrauchswert für eine dringend notwendige Verankerung in der Hamburger Gesellschaft bieten unser Versammlungen? Wen repräsentieren die Delegierten auf Parteitagen? Wo sind

wir in der Stadtgesellschaft verankert? Was macht uns interessant ?

Gleichwohl: die große Mehrheit in der Partei denkt, dass eine

Sozialistische Partei unverzichtbar ist, allerdings gibt es keinen Konsens über die politische Erzählung.

Eine Erneuerung auf landesverbandlicher Ebene ist vermutlich nicht zielführend.

Benjamin Hoff schlägt vor:

„Der Parteivorstand setzt bereits vor dem Erfurter Parteitag eine zeitlich befristete Kommission ein – er nennt sie »Grundwertekommission« –, die u.a. zu den

Themen:

a) Herausforderungen einer zeitgemäßen linken Außen- und Sicherheitspolitik

b) Linke Beiträge für die »Konferenz zur Zukunft Europas«

c) Erfordernisse sozial-ökologische Industriepolitik

d) […]

eine Auswertung der vorliegenden strategischen und programmatischen Beiträge vornimmt.

Dabei sollen die Gemeinsamkeiten herausgearbeitet werden, um sie zum Gegenstand der politischen Bildungsarbeit der Partei zu machen.

Die bestehenden Streitpunkte werden benannt und in einem transparenten Werkstattprozess zeitlich befristet diskutiert.

Die Ergebnisse dieses Streits werden auf dem nach Erfurt folgenden Parteitag erörtert und entschieden. Diese Abstimmungsergebnisse werden anschließend den Mitgliedern zur Abstimmung vorgelegt.

Die Debatte auf dem Erfurter Parteitag dient in diesem Sinne bereits der Vorbereitung des Klärungs- und Entscheidungsprozesses.“

Auf der Strategiekonferenz in Hamburg könnte eine solche Kommission mit dem Ziel der Zuarbeit zu diesem Projekt eingesetzt werden.

Ohne politische Bildungsarbeit wird die Partei nicht zu einer glaubwürdigen alternativen Erzählung zum gegenwärtigen Kapitalismus finden .

Einmischen, wertschätzend dabei sein, ohne Besserwissertum ein lohnendes Ziel schon jetzt. Erfahrungen gibt es zur Genüge.

Mehr denn je benötigen wir eine glaubwürdige alternative Erzählung zum gegenwärtigen Kapitalismus . Es ist Aufgabe der LINKEN diesen Prozess gemeinsam mit allen fortschrittlichen Kräften anzupacken. Nur lernend und selbstreflexiv werden wir diesen Prozess gestalten können. Statt vermeintliche Wahrheiten zu verkünden, gilt es die konkreten Probleme der Menschen aufzugreifen, die Auseinandersetzung an der Basis zu führen und Siege zu erringen.

Mehr denn je gilt: raus aus den Diskussionszirkeln, auf die Straße, in die Betriebe, an die Wohnungstür**.**

Vereinbarung zur Weiterarbeit:

Die Strategiekonferenz empfiehlt die Einsetzung einer Kommission „Grundlagen einer erneuerten sozialistischen Partei die LINKE“

Berno Schuckart-Witsch

Bewegungslinke

Hamburg

Beitrag zur Strategiekonferenz der LINKEN HAMBURG vom 10.4.2022

Wir wollen hier konkrete Vorschläge für DIE LINKE formulieren. Mit diesen Grundgedanken wollen wir an die Beantwortung der Leitfragen gehen:

1. Wer?

Die breite Mehrheit der Bevölkerung, die nicht über so hohe Kapitaleinkommen verfügt, dass sie ausgesorgt hätte. Dies ist die materielle Basis für eine verbindende Klassenpolitik, trotz sehr unterschiedlicher Lebenslagen.

Verbindenden Klassenpolitik bedeutet auch, politische Gemeinsamkeiten derjenigen zu entwickeln, die Solidarität, Umweltschutz und menschliche Bedürfnisse über Profitinteressen stellen.

Laut eigenem Anspruch sind wir die Partei der Mieter*innen in einer Stadt, in der ca. 75% der Menschen zur Miete wohnen.

Wir wollen uns für von Armut betroffene Menschen stark machen in einer Stadt, in der es etwa 190.000 Bezieher*innen von SGB II Leistungen gibt.

Wir setzen uns gegen Alltagsrassismus und die strukturelle Benachteiligung von Menschen mit sogenanntem Migrationshintergrund ein, die mehr als ein Drittel der Hamburger Bevölkerung ausmachen.

Wir wollen auch Verbesserungen für das knappe Viertel aller Haushalte, wo Alleinerziehende Tag für Tag für das Beste ihrer Kinder kämpfen.

Das aktuelle Steuerkonzept der Linkspartei bedeutet eine Netto-Entlastung für rund 80% der Beschäftigten.

Die von uns geforderte Sicherung der Rente bedeutet Schutz vor Altersarmut.

Unsere Ideen zum Klimaschutz sind im deutschen Parteienspektrum die einzigen, die in der Nähe des 1,5°C-Ziels von Paris bleiben,

und, und, und...

DIE LINKE. Ist programmatisch dazu in der Lage, breiten Schichten der Bevölkerung ein Angebot zu machen, welches ihre soziale und oder ökonomische Situation substanziell verbessert. Das Problem ist also nicht, die Zielgruppe zu finden, sondern die richtigen Worte und Taten, um sie glaubhaft anzusprechen und im Idealfall zu aktivieren.

2. Was?

Wir schlagen vor, dass wir in ganz konkrete Kämpfe für ganz konkrete Verbesserungen gehen.

Ganz konkrete Projekte, für die DIE LINKE. in Hamburg kämpfen kann oder es bereits tut

- Vergesellschaftung großer Wohnungsunternehmen
- 365,-€ Ticket
- Tempo 30 Regelgeschwindigkeit
- Rückführung der Krankenhäuser in städtische/gemeinnützige Hände
- Hamburg Zulage Öffentlicher Dienst
- Hamburger SuE Bündnis (Solidaritätsbündnis Sozial- und Erziehungsdienst Hamburg)
- TV Stud
- Solardachpflicht
- Keine Rüstungsexporte durch den Hamburger Hafen

Diese Liste ist selbstverständlich nicht abschließend. Aber sie bietet uns die Möglichkeit, politische Ziele zu identifizieren, für welche es realistische Chancen gibt, gesellschaftliche Mehrheiten zu gewinnen, da bei den genannten Punkten unterschiedliche Motivationen zum gleichen Ziel führen.

3. Wohin?

Aufgabe der LINKEN ist es, Kämpfe um konkrete Verbesserungen im Hier und Jetzt zu führen. Wir müssen aber auch die Bedingungen der Möglichkeit dieser Kämpfe analysieren und die Frage stellen, wie wir uns eine zukünftige Gesellschaft vorstellen. Die Analyse der Gesellschaft, die von Kapitalismus, militärischen Konflikten, Diskriminierung und Ausbeutung geprägt ist, bringt uns zu der Notwendigkeit, eine alternative Gesellschaftsordnung zu entwickeln und vor allem greifbar zu machen. Begriffe wie “Ökosozialismus” können hilfreich sein, müssen aber mit Leben und Inhalten gefüllt werden, wenn sie nicht zu Worthülsen verkommen sollen.

Der soziale und ökologische Umbau der Gesellschaft bietet Gelegenheit, die Machtverhältnisse auf den Kopf zu stellen. Wir wollen den gesamten Bereich der Daseinsvorsorge und der Infrastruktur unter demokratische Kontrolle bringen.

Ganz allgemein geht es uns um die Demokratisierung aller Aspekte der Gesellschaft und die Beseitigung demokratiegefährdender Machtkonzentrationen.

Den Nutzen dieser Maßnahme müssen wir erweisen.

Exemplarisch können wir den notwendigen Systemwechsel bspw. im Gesundheitswesen, beim Wohnen, der Energiewirtschaft und der Mobilitätswende darstellen. Wohnen, Gesundheit, Energie

und Mobilität sind Grundbedürfnisse, die als erste Bereiche dem Markt entzogen werden sollten. Konkrete Schritte hierzu, wie die Enteignung großer Wohnungskonzerne, die Rekommunalisierung von Krankenhäusern oder den Ausbau d. staatlichen Verkehrsinfrastruktur haben wir bereits detailliert ausgearbeitet und merken: Auch für solch weitgehende Veränderungen gibt es Mehrheiten! Unsere Aufgabe ist es, dieses Level an Konkretion auch in anderen Bereichen auszuarbeiten und eine überzeugende Vision einer anderen, ökologischen, diskriminierungsfreien und sozial gerechten Welt zu entwickeln.

4. Wie?

Für uns ist der Sozialismus die Bewegung der Mehrheit im Interesse der Mehrheit. Grundlegende Veränderungen können wir nicht für andere, sondern nur gemeinsam in gesellschaftlichen Bewegungen erreichen.

DIE LINKE kann mit ihrer aktiven Mitgliedschaft die sozialen Bewegungen spürbar unterstützen, beispielsweise die

* Tarifauseinandersetzungen in den Betrieben

* die Klimastreikbewegung

* die Friedensbewegung

* die Volksinitiativen für Wohnraum

Aktuell finden Tarifverhandlungen im Sozial- und Erziehungsdienst statt und es gibt die Initiative für ein Solidaritätsbündnis die wir unterstützen sollten.

Gegen den Angriffskrieg auf die Ukraine, aber auch gegen die Aufrüstungspolitik der Bundesregierung ist eine radikale Friedensbewegung notwendig. Wir unterstützen den Ostermarsch. Der Appell „Demokratie und Sozialstaat bewahren – Keine Hochrüstung ins Grundgesetz!“ (https://derappell.de) ist eine Möglichkeit, den Stimmen gegen die geplante Aufrüstung mehr Gehör zu verschaffen. Viele Politiker:innen, Künstler:innen, Wissenschaftler:innen, Autor:innen, Gewerkschafter:innen stehen bereits drunter.

Die Initiative „Hamburg Enteignet“ ist dabei, mit Organizing-Konzepten und Rückenwind aus Berlin und dem konkreten Ziel eines Gesetzesentwurfs Bewegung in das Hamburger Wohnungselend zu bringen. DIE LINKE kann tatkräftig unterstützen und helfen, den Unterschied zu machen. Auch die Unterstützung der Initiative „Keine Profite mit Boden und Miete“ ist entscheidend, wenn es zur zweiten Stufe des Volksgesetzgebungsverfahrens kommt.

Die Klimastreikbewegung hat eine neue Generation von Aktivistinnen und Aktivisten geprägt. Wir unterstützen die Aktionen der Klimastreikbewegung.

Wir verstehen gesellschaftliche Bewegungen als Bündnisse, die sich trotz programmatischer Vielfalt darauf verständigen, für gemeinsame Forderungen zu kämpfen. Wir versuchen nicht, Bewegungen unser Programm aufzudrücken, und bieten zugleich einen Austausch über die Möglichkeit einer Welt ohne Ausbeutung, Unterdrückung und Krieg und die Wege dorthin an.

Wir müssen rein in die Vereine, Stadtteilinitiativen, Bewegungen, Volksinis. Zuhören, lernen, Gemeinsamkeiten ausloten und loslegen. Didaktisch müssen wir viel mehr mit Organizing-Konzepten arbeiten, um das Maximum aus unseren Ressourcen herauszuholen.

Und wir wollen und müssen auch parteiintern koordinierter werden. Die Parlamentsarbeit muss die politische Arbeit auf der Straße flankieren und unterstützen.

Emanzipation, Solidarität und Grundrechte

Vorbemerkung

Die erste der vier Leitfragen der Strategiekonferenz lautet: „Wer?“ Das ist die Frage nach den Subjekten gesellschaftlicher Veränderung. Der Kompromiss zwischen den ursprünglichen Fragesteller:innen (also den Verfasser:innen des ursprünglichen Konzeptpapiers zur Konferenz) und Quo Vadis und Co. hat die Richtung dieser Frage hin zum „Wen?“ verschoben. (WEN wollen wir als LINKE erreichen und organisieren?“ …) Zum Subjekt wurde die Partei, die sich die Objekte ihrer Bemühungen sucht. Ich nehme jedoch weiterhin die grundlegende Frage nach dem „Wer“ zum Ausgangspunkt und versuche von da aus auf Rolle und Aufgaben unserer Partei einzugehen.

***

Als Partei des demokratischen Sozialismus engagieren wir uns für eine Gesellschaft, in der die freie Entwicklung jeder und jedes Einzelnen die Bedingungen der freien Entwicklung aller ist, wie *Marx und Engels es im Manifest der Kommunistischen Partei* formulieren. Unsere Strategiebildung bewegt sich im Spannungsfeld zwischen den gesellschaftlichen Konfliktlinien und dem Ziel einer freien Gesellschaft von Gleichen. Sie muss sich in diesem Spannungsfeld bewähren.

Ich will in diesem Zusammenhang das Verhältnis von Emanzipation, Solidarität und Grundrechten in den Mittelpunkt meiner Überlegungen stellen. Die Frage ist aktuell: zum einen, weil die Staatsmacht im Zusammenhang mit der Pandemie tief in Freiheitsrechte eingreift und die Tendenz zu Unverhältnismäßigkeit und Autoritarismus immer wieder durchschlägt. Zum anderen, weil sich die Front der Coronaleugner:innen und Impfgegner:innen auf die Grundrechte beruft. Dabei verharmlost sie mit unangebrachten Vergleichen den Faschismus, produziert (antisemitische) Verschwörungserzählungen und legt in ihrem „Widerstands“modus ein libertäres, ausschließlich auf das eigene Ego bezogenes Grundrechtsverständnis an den Tag. Nichts ist an einem Verständnis von Freiheit emanzipatorisch, das die Rechte anderer missachtet. Eher trifft das von Heitmeyer geprägte Bild der „rohen Bürgerlichkeit“ den Charakter dieser Bewegung.

Solidarität und Emanzipation

Forderungen nach Grund- und Freiheitsrechten wie Meinungs- und Pressefreiheit, (politischer) Gleichheit, Abschaffung feudaler Privilegien, Vereins- und Versammlungsfreiheit kamen in den Emanzipationsbestrebungen des Bürgertums im 18. Jahrhundert auf und spielten im Kampf gegen den absolutistischen Staat eine wesentliche Rolle. Es ging dabei im Wesentlichen um die Freiheit gesellschaftlicher Prozesse vor Staatseingriffen.

Die sich im 19. Jahrhundert herausbildende Arbeiterbewegung hat sich in der Revolution von 1848 die Forderung nach Freiheitsrechten als Abwehrrechten gegen den Staat zu eigen gemacht und ist für sie auf die Barrikaden gegangen. Aber ist sie nicht dabei stehen geblieben. Sie hat vielmehr Rechte eingefordert, die den arbeitenden Klassen die Möglichkeit **sozialer Entfaltung** sichern sollten. Die erste große übergreifende Selbstorganisation von Handwerkern und Arbeitern, die 1848 gegründete „Arbeiterverbrüderung“, entwickelte einen

umfangreichen Forderungskatalog nach Ausgestaltung der Arbeitsverhältnisse, nach Beschränkung der Arbeitszeit, Mindestlöhnen u.ä.m. Aber sie ging darüber hinaus und forderte das Recht auf unentgeltlichen Unterricht für alle, auf Weiterbildung für Lehrlinge und Gesellen, unentgeltliche Volksbibliotheken, Abschaffung der indirekten Steuern und progressive Einkommenssteuer. Insgesamt enthält die Programmatik der „Arbeiterverbrüderung“ noch rudimentäre, aber wegweisende Forderungen mit Blick auf politische Teilhabe und soziale Entfaltungsmöglichkeiten. Und, den bürgerlichen Freiheitskämpfern einen großen Schritt voraus: Sie trifft, wohl unter dem Eindruck der sich parallel entwickelnden proletarischen Frauenbewegung (1), eine Feststellung zur Gleichberechtigung der Arbeiterinnen.

Schon in den allerersten Äußerungen der Arbeiterbewegung ist Solidarität das bestimmende Prinzip ihrer Emanzipationsbestrebungen. Neu war in Bezug auf den Kampf um Grundrechte, dass die „Arbeiterverbrüderung“ anders als das Bürgertum nicht nur **Abwehrrechte** gegen den Staat, sondern soziale Rechte, **Teilhaberechte**, einforderte, die der Staat für alle zu gewährleisten habe. (2)

Radikale Realpolitik

„Radikal sein ist die Sache an der Wurzel fassen. Die Wurzel für den Menschen ist aber der Mensch selbst“, schreibt Marx. (3) In diesem Sinne radikale Politik findet heute ihren Anknüpfungspunkt in Artikel 1 GG, der – als Konsequenz aus den Menschheitsverbrechen des Faschismus - als erstes und einziges durch Gesetze nicht einschränkbares Grundrecht festhält: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“ Was Menschenwürde konkret bedeutet, ist zwischen den unterschiedlichen gesellschaftlichen Kräften umkämpft. Dabei ist klar, dass Menschenwürde nicht nur die Sicherung des Existenzminimums beinhaltet. Menschenwürde als das Recht, Rechte zu haben, kommt dem Menschen nicht erst zu, wenn er satt ist. Es ist untrennbar mit dem Mensch-Sein verbunden. Radikale Politik begreift deshalb den Menschen als freie Person, als sich selbst beglaubigende Quelle gültiger Ansprüche. (4)

Die soziale Spaltung unserer Gesellschaft ist tief, bis dahin, dass ganze Gruppen von Menschen aus einigen oder vielen gesellschaftlichen Subsystemen ausgeschlossen sind, was besonders krass, aber nicht nur für Menschen ohne Papiere oder obdachlose Menschen gilt. Armut, Macht- und (strukturelle) Gewaltverhältnisse sowie Diskriminierungen vielfältiger Art beeinträchtigen die Teilhabe an der Gesellschaft. Ungeachtet dessen gilt jedoch, mehr als je zuvor, dass Gesellschaft auf Kooperation beruht und nur durch ihre Fähigkeit zu Kooperation zusammengehalten wird.

Menschenwürde bedarf materieller Grundlagen: für die Sicherung der physischen Existenz, der individuellen Freiheit und der Entwicklung der Fähigkeit aller, frei von Diskriminierung am sozialen, politischen und kulturellen Leben und an der gesellschaftlichen Kooperation teilzuhaben. Mit der Festschreibung des „Demokratie- und Sozialstaatsprinzips“ in Art. 20 und 28 GG ist der Staat prinzipiell verpflichtet (5), nicht nur materielle Infrastrukturgüter (Verkehrseinrichtungen, Versorgungs- und Entsorgungseinrichtungen etc.) bereitzustellen, sondern auch soziale, z.B. Gesundheitseinrichtungen. Darunter öffentliche, d.h. allgemeine

und für jede Person unabhängig vom Einkommen zugängliche Güter und Leistungen: Dabei geht es um so Unterschiedliches wie Bildungs- und Kultureinrichtungen, öffentliche Sportanlagen, Fahrradwege, Deiche, Parks, saubere Luft usw. Darüber hinaus geht es auch um staatliche Verantwortung für zunehmend wichtiger werdende globale öffentliche Güter wie Klima, Weltgesundheit oder Friedenssicherung. Mit den Artikeln 1 und 20 GG ist ein weites Feld der Auseinandersetzung um Ausgestaltung und Weiterentwicklung staatlicher Leistungen eröffnet.

In der diversifizierten und sozial gespaltenen Gesellschaft äußern sich unterschiedliche, teils vereinbare, teils schroff entgegengesetzte Interessen. Konflikte um Umfang und Gestaltung der öffentlichen Güter und Leistungen sind ebenso unvermeidlich wie um gesetzliche oder gesellschaftliche Diskriminierungen. Entlang der Konfliktlinien haben sich – neben der fast zwei Jahrhunderte alten Arbeiter-und Frauenbewegung – zahlreiche soziale und politische Bewegungen mit mehr oder weniger langfristigen Anliegen und Zielen entwickelt. Als politische Partei bestimmen wir unser Verhältnis zu ihnen auf Grundlage unserer Prinzipien Solidarität, Emanzipation und Internationalismus (6). Unterschiedliche emanzipatorische Anliegen und Kämpfe gegeneinander auszuspielen oder nationalistische Konfliktlösungen anzubieten, ist damit unvereinbar.

„Partei und Bewegung“

Dass sich die Mitglieder je nach Lage und Interesse an den verschiedenen Bewegungen aktiv beteiligen, sollte selbstverständliches Ziel sein. Dass diese Bewegungen nur auf unsere „Führung“ warten, lässt sich bestreiten. Aber welche Aufgaben sehen wir konkret für uns **als Partei** im Verhältnis zu sozialen und politischen Emanzipationsbestrebungen (Bewegungen)?

1. Im Unterschied zu Bewegungen, die sich entlang fest umrissener Konfliktlinien organisieren (Gewerkschafts-, Frauen-, Klima-, antirassistische Bewegung usw.), haben wir als Partei (jedenfalls dem Anspruch nach) die Gesamtheit der gesellschaftlichen Konflikte und der emanzipatorischen Ansprüche von Bewegungen im Blick. Daraus erwächst eine Verantwortung dafür, bei möglichen und immer wieder auftretenden Konflikten zwischen berechtigten Anliegen Lösungen zu erarbeiten. So fällt der LINKEN z.B. Verantwortung dafür zu, dass Klima- und soziale Gerechtigkeit nicht gegeneinander ausgespielt werden und der für den Schutz des Klimas notwendige ökologische Umbau sozial gerecht gestaltet wird.
2. Als Partei in einer parlamentarischen Demokratie wirkt die LINKE als Scharnier zwischen dem politischen System und dem „außerparlamentarischen“ Bereich. Durch ihre Fraktionen bringt sie die von Bewegungen formulierten Anliegen in Antragsform in den parlamentarischen Prozess ein und verhilft damit, wenn es gut läuft, zu dem einen oder anderen Erfolg und auch zu einer größeren Öffentlichkeit. Umgekehrt hat sie die Chance, sich auf parlamentarischer und kommunaler Ebene relativ frühzeitig mit den verschiedenen Verwaltungen und ihren Plänen auseinanderzusetzen und die Öffentlichkeit auf Vorhaben und Probleme aufmerksam zu machen.
3. Eine Regierungsbeteiligung ist dann sinnvoll, wenn sie mit der realen Chance verbunden ist, Anliegen durchzusetzen und insbesondere durch Ausweitung und konkrete

Gestaltung der umkämpften öffentlichen Güter und Leistungen und Anpassung von Institutionen an neue gesellschaftliche Bedürfnisse u.ä. emanzipatorische Bestrebungen und Teilhaberechte zu stärken. Mit dem Hinweis, erst im Jenseits, wenn die LINKE die Mehrheit der Gesellschaft hinter sich versammelt habe, könne alles gut werden, verweigert sich die LINKE der Verantwortung für sozialen und demokratischen Fortschritt.

4. In unserer gesamten Arbeit außerparlamentarisch und im Parlament entwickeln wir nicht nur konkrete Vorschläge für das Hier und Jetzt, sondern wir orientieren uns dabei auf das Mögliche, das am Horizont des Realen aufscheint. Hier besteht m.E. noch Luft nach oben.
5. „Die LINKE knüpft", heißt es im Programm, „an linksdemokratischen Positionen und Traditionen aus der sozialistischen, sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiterbewegung sowie aus feministischen und anderen emanzipatorischen Bewegungen an." Als in diesem Sinne traditionsreiche Partei verarbeitet und speichert sie über einen langen Zeitraum gesammelte Erfahrungen, die in den aktuellen Auseinandersetzungen fruchtbar gemacht werden können.

Dass in den letzten Jahren und gerade auch nach der verheerenden Wahlniederlage viele, meist jüngere Menschen mit oft akademischem Hintergrund in die LINKE eingetreten sind und sich in der und für die Partei engagieren, ist ein großer Schatz. Aber das verdeckt nicht unser großes Problem: Unserem Anspruch nach sind wir, wie es Sabine Ritter in ihrem Beitrag formuliert, „selbstverständlich" „Partei der Arbeiter:innenklasse". In der Realität jedoch sind wir weit davon entfernt. Das hängt m.E. vor allem damit zusammen, dass den allermeisten von uns die Lebenswelten von Arbeiter:innen, Prekarisierten, Armen, Ausgegrenzten und Entrechteten überwiegend fremd sind, damit auch ihre konkreten Erfahrungen, Probleme, Erwartungen und Anforderungen an die Gesellschaft, an „die Politik", also auch an uns. Grundvoraussetzung für unsere Glaubwürdigkeit ist: dass wir uns interessieren, zuhören, ernstnehmen, was sie zu sagen haben – und zum Ernstnehmen gehört auch, sich wo nötig kritisch auseinanderzusetzen -, dass wir praktische Solidarität üben. Das ist m.E. eine der wichtigen Fragen, die wir im Zusammenhang unserer Strategie zu erörtern haben.

Christiane Schneider

1 Schon 1843 hatte Flora Tristan appelliert: „Ich fordere Rechte für die Frau, weil ich davon überzeugt bin, dass alles Unglück der Welt daher kommt, dass man bis heute die natürlichen und unveräußerlichen Rechte für die Frau vergessen und missachtet hat. (…) Ich fordere diese Rechte für die Frau, weil das der einzige Weg ist, ihre Rehabilitierung vor der Kirche, vor dem Gesetz und in der Gesellschaft zu erreichen, und diese vorherige Rehabilitierung ist notwendig, damit die Arbeiter selbst rehabilitiert werden." Louise Otto, die spätere Gründerin des „Allgemeinen Deutschen Frauenvereins", begrüßte den Beschluss der „Arbeiterverbrüderung": „Mit diesem habt ihr es ausgesprochen, dass Männer und Frauen gleichberechtigt sind, nach der Gleichheit der Arbeit. Ihr habt mit diesem Paragraph den ganzen unsinnigen Fluch aufgehoben, der auf der einen Hälfte des Menschengeschlechts liegt: unberechtigt zu sein und unterdrückt von der andern Hälfte nach dem sogenannten Recht des Stärkern (…)"

2 Die Arbeiterverbrüderung, die wenige Jahre später zerschlagen wurde, kooperierte mit dem Bund der Kommunisten, der ein Jahr zuvor als Geheimbund in London im Wesentlichen von Intellektuellen gegründet worden war. Allerdings äußert sich Friedrich Engels in „Zur Geschichte des Bundes der Kommunisten" in dem herablassenden Ton des Gebildeten über die Arbeiterverbrüderung, die tatsächlich und anders als der Bund der Kommunisten eine Selbstorganisation von Gesellen und Arbeitern war und trotz ihrer kurzen Lebensdauer als eine frühe Keimzelle der Sozialdemokratie wie der Gewerkschaften gelten kann.

3 Karl Marx, Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie

4 siehe John Rawls, Gerechtigkeit als Fairneß. Ein Neuentwurf. Frankfurt am Main 2003, S. 50
5 Wie umstritten das Sozialstaatsprinzip war, zeigt die Auseinandersetzung, die der linke Politik- und Rechtswissenschaftler Wolfgang Abendroth in den 1950er Jahren mit dem konservativen Staatsrechtler Ernst Forsthoff (bis 1945 bekennender Nazi) führte. Während Forsthoff den Begriff des Sozialstaates und daraus abzuleitende Staatsaufgaben ablehnte, plädierte Abendroth dafür, den Kampf um die konkrete Ausgestaltung des Demokratie- und Sozialstaatsprinzips zu führen. Abendroth vertrat dabei ausdrücklich die Auffassung, dass mit dem Sozialstaatsprinzip nicht nur die Sozial-, sondern auch die Wirtschaftsordnung zur Disposition der Gesellschaft gestellt ist, die sich im demokratischen Staat selbst bestimmt. Siehe dazu: W. Abendroth, Zum Begriff des demokratischen und sozialen Rechtsstaates im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, https://www.rosalux.de/publikation/id/40423/zum-begriff-des-demokratischen-und-sozialen-rechtsstaates
6 Internationalismus ist auch deshalb unverzichtbar, weil sich viele Aufgaben wie die Klimafrage, die Flüchtlingsfrage, vom Frieden ganz zu schweigen, nur global lösen lassen.

Der russische Okkupationskrieg gegen die Ukraine

Zwei Vorbemerkungen

Dieser Krieg ist ein geschichtlicher Einschnitt, und er wirft für die Entwicklung einer linken Strategie zentrale Fragen auf. Im Gegensatz zu Kriegen, die von den USA und ihren NATO-Verbündeten ausgingen, versagen unsere analytischen Werkzeuge zur Erklärung dieses Krieges und sind unsere politischen Antworten unzureichend bis unangemessen.

Ich will nicht bestreiten, dass dieser Krieg eine Vorgeschichte hat, an der die NATO, die Ukraine und Russland aktiv beteiligt sind. Aber ich befasse mich hier mit den Motiven Russlands, und zwar aus zwei Gründen. Erstens weil Russland die Ukraine angegriffen hat und damit von einem bis dato politisch ausgetragenen Konflikt zu einem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg übergegangen ist. Zweitens weil sich in Teilen der LINKEN und Linken hartnäckig die Auffassung hält, dass Putin Getriebener ist, eine Art Opfer der NATO, das sich bei seiner Gegenwehr nur leider im Mittel vergriffen hat. Demgegenüber gehe ich davon aus, dass, wie Clausewitz es formulierte, der Krieg die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln ist. Es stellt sich also die Frage: Um welche Politik geht es, die im Okkupationskrieg Russlands fortgesetzt wird?

Die Beantwortung dieser Ausgangsfrage will ich hier für die Website und das Materialheft versuchen, damit ich mich in meinem 10-minütigen Input auf der Strategiekonferenz ausführlicher damit befassen kann, welche Konsequenzen wir dort aus dem Krieg und unseren strategischen Defiziten ziehen sollten.

Völkisch begründete Neuordnung des Raums und ihre materiellen Gründe

In einer programmatischen Rede im Juli 2021[1] erhob Putin für Russland Anspruch auf die Ukraine. Diese sei immer schon Teil Russlands gewesen, und zusammen mit Belarus bildeten die drei Länder „dem Wesen nach“ einen „zusammengehörigen Raum“. Russland sei mit der Trennung beraubt worden, schon durch die Bolschewiki, vollendet dann durch die Unabhängigkeit 1991. Die Klage steigert sich zur Aussage, „dass man (die Ukraine - CS) sich freiwillig zur Geisel eines fremden geopolitischen Willens gemacht hat“. In seiner Rede hat Putin die Ukraine bereits als gleichberechtigtes Völkerrechtssubjekt liquidiert – das tun ihm übrigens alle nach, die den Krieg ausschließlich unter dem Gesichtspunkt USA/Nato versus Russland behandeln. Er bedient sich einer völkischen Argumentation, und er knüpft dabei an den führenden Staatsrechtler der Nazis an, Carl Schmitt, der im Frühjahr 1939 mit der Schrift „Völkerrechtliche Großraumordnung mit Interventionsverbot für raumfremde Mächte“[2] die Prinzipien einer autoritären (europäischen) Hegemonialordnung entwickelte.[3] Nicht umsonst gehört der Schmitt-Anhänger und Faschist Dugin zu Putins Beraterumfeld: Dugin feiert den Angriff als „Lösung des Ukraine-Problems“ und als „entscheidenden Durchbruch zur Wiederherstellung Eurasiens als … Machtzentrum mit voller Kontrolle über alles, was in seinen Verantwortungsbereich fällt“[4].

---

[1] Osteuropa, Heft 7, 2021, Vladimir Putin, Über die historische Einheit der Russen und der Ukrainer, S. 51ff

[2] 2. Auflage von 19441, Berlin 1991

[3] Das ist, auch nach der Niederlage des Faschismus, nichts Russland-Spezifisches. Die USA z.B. beanspruchen seit Beginn des 19. Jahrhunderts Mittel- und Lateinamerika als „Hinterhof“, in dem sie Regierungen stürzen oder einsetzen können, sich „raumfremde Mächte“ nicht einzumischen hätten. Allerdings fehlt hier die völkische Begründung.

[4] https://katehon.com/de/article/alexander-dugin-ich-glaube-wir-haben-nicht-mehr-lange-zu-warten-die-einen-auf-den-letzten - „Katehon“ behauptet von sich, eine „Denkfabrik“ sein, und verbreitet extrem rechte Propaganda

Die ideologische Verortung allein erklärt aber noch nicht den Krieg, den Putin mit dem Ziel der Einverleibung der Ukraine begann. Welche materiellen Ziele verfolgt er?

Die russische Wirtschaft ist verhältnismäßig eindimensional ausgerichtet, stark auf die Förderung von Öl, Gas, Kohle und anderen Rohstoffen sowie Agrarprodukte. Das ist deshalb wichtig, weil der autokratische Herrschaftsapparat Putins sich im Wesentlichen durch die Grundrente finanziert, d.h. durch den Tribut, den er den Oligarchen für die Ausbeutung des rohstoffreichen Bodens abverlangt.[5] Allein der „Nationale Wohlfahrtsfonds", der aus den überschüssigen Ölexporterlösen finanziert wird und über den inzwischen allein Putin verfügt, wurde in den letzten zwei Jahren stark aufgestockt beläuft sich inzwischen auf 12,1% des BIP. Aus ihm werden inzwischen v.a. öffentliche Investitionen, Infrastrukturmaßnahmen u.ä.m. finanziert, um einen Modernisierungsschub für die unter der Abhängigkeit von Rohstoffförderung und -export leidende Wirtschaft zu erreichen.

Ich komme zu den hier entscheidenden Punkten. Seit 2012 forciert Russland mit patriotischen Parolen und rigiden Maßnahmen einen Kurs weitgehender Autarkie, d.h. der Abkopplung von der Weltwirtschaft. Die Abhängigkeit vom internationalen Handel, vor allem mit dem Westen, wurde reduziert, die Oligarchen unter Druck gesetzt, Kapital aus Steueroasen zurückzuziehen, große Währungsreserven aufgebaut. 2021 hat die Regierung staatlichen Stellen untersagt, ausländische Computer, Server, weitere Mikroelektronik etc. zu kaufen. Den großen russischen Konzernen ist der Kauf westlicher Software ab 2024 untersagt. Ähnliches gilt z.B. auch für Flugzeuge oder Medikamentenbeschaffung.

Ich habe oben auf Carl Schmitt als den Architekten der völkerrechtlichen Großraumordnung verwiesen. Carl Schmitt hat 1954 das „Nehmen", d.h. die Landnahme, die Erweiterung des Territoriums zum vorranginge Prinzip seiner Vorstellung von Wirtschaftsordnung herausgestellt, vor der Eigentumsordnung und vor dem Produzieren, den beiden anderen Prinzipien, die Schmitt behandelt.[6] Die Auseinandersetzung mit ihm und anderen Anhängern einer der Großraumordnungsvorstellungen wie dem russischen Faschisten Dugin ist hilfreich, um den Okkupationskrieg Putins gegen die Ukraine zu verstehen. In dieser Vorstellung kann Russland die für eine Großmacht unverzichtbare Wirtschaftsmacht vor allem durch „Landnahme" erringen.[7]

Einen zweiten Punkt will ich hier nur kurz erwähnen: Putin hat die sog. „Farbenrevolution" in Belarus als Bedrohung, als ernsthaftes Problem für die Stabilität auch seiner Autokratie gesehen. Als Beispiel, dass sie ähnliche Bewegungen auch in Russland anspornen könnte. Er regiert nicht nur mit brutaler Härte bis hin zur Ermordung politische Gegner, sondern hat auch die blutige Niederschlagung der „Farbenrevolution" in Belarus ermöglicht und dabei zugleich die Unterwerfung von Belarus unter Russland erreicht. Für die belarussische „Farbenrevolution" stellte sich die unabhängige Ukraine als erfolgreiches und erfolgversprechendes

---

[5] Länder mit großen Rohstoffvorkommen und entsprechend hohem Aufkommen an Grundrente, ob Iran, Saudi-Arabien oder auch Venezuela, werden aufgrund der harten Verteilungskämpfe relativ häufig autoritär oder autokratisch regiert.

[6] Carl Schmitt, Nehmen / Teilen / Weiden, aus: Verfassungsrechtliche Aufsätze aus den Jahren 1924 bis 1954, Berlin 1958

[7] Nur ein Beispiel: Russland hat im IT-Bereich im Vergleich noch einiges aufzuholen. Die oben angesprochen angestrebte Autarkie im Bereich der Soft- und Hardware ist nicht so schnell zu schaffen, wie Putin es anordnet. Die digitale Infrastruktur Russlands ist nach wie vor noch einigermaßen abhängig v.a. vom Westen. Die Ukraine verfügt über eine sehr moderne digitale Infrastruktur. Hier haben 5000 IT-Firmen ihren Sitz und arbeiten 250.000 bis 300.000 gut ausgebildete IT-Expert:innen, Teilweise sei Russland so liest man auf Netzpolitik.org, sogar von ukrainischer IT-Infrastruktur abhängig. Soweit sich Russland durch die Okkupation der Ukraine jedoch eine Verstärkung von Fähigkeiten und Fertigkeiten versprochen hat, dürfte der Umstand, dass die Ukraine durch unerwartet heftigen Widerstand einen schnellen Sieg verhindert hat, entsprechende Erwartungen zunichte gemacht haben.

Entwicklungsmodell dar. Mit der Verwüstung und Eroberung der Ukraine würde Putin die „Gefahr“ von „Farbenrevolutionen“ auf viele Jahre gebannt haben.

Dass USA und NATO ihrerseits den Konflikt mit Russland geschürt haben, ist die eine Seite. Doch das kann weder zur Begründung und schon gar nicht zur Rechtfertigung des russischen Okkupationskrieges gegen die Ukraine herhalten. Die Ursachen dieses Krieges liegen in allererster Linie im Bestreben Russlands, als autokratisch regierte Großmacht den eurasischen Raum zu beherrschen.

Christiane Schneider, 6.4.22

Wer aus den Wahlergebnissen schlau werden und Konsequenzen ziehen will, muss die Gesellschaft zu verstehen suchen

„Das Problem besteht nicht nur darin, dass Lindners Wirtschaftspolitik – sei es bei der Schuldenbremse oder den Haushaltsregeln für Europa – eine Anhäufung konservativer Klischees ist. Viel wichtiger ist, dass es sich um Klischees einer vergangenen Ära handelt, nämlich um die der Neunzigerjahre. Wir leben nicht länger in der Welt, die sie hervorgebracht hat. Sie sind obsolet geworden nach drei Jahrzehnten der Krise auf den Finanzmärkten, in der Geopolitik, im Umweltbereich. In welcher Welt genau wir gerade leben, ist, ehrlich gesagt, unklar.“
(Joseph E. Stieglitz und Adam Tooze, "Es wäre ein Fehler, ihm seinen Wunsch zu erfüllen", Gastbeitrag in „Die Zeit“, 27. Oktober 2021.)

Die langen 1990er Jahre sind beendet

Die Corona-Pandemie und ihre restriktive Verarbeitung durch die politisch „Verantwortlichen“ haben eine tiefgreifende Systemkrise des neoliberalen Kapitalismus verschleppt und verschleiert, die sich nun wieder und verschärft offenbart.

Ohnehin sind die strukturellen ökonomischen Widersprüche durch den scheinbaren Sieg des Kapitalismus von 1990 rapide gewachsen. Mit dem Wegfall der Systemalternative entfiel die Herausforderung für die „Marktwirtschaft“, ihre „soziale Seite“ zu beweisen. Weil in den imperialistischen Zentralländern auch intern die organisierten Kräfte gesellschaftlicher Opposition erheblich geschwächt waren, entfesselte dies einen brutalen neoliberalen Kapitalismus. Die Konsequenz sind ein kaum noch sinnvoll regulierend eingreifender Staat, Schwächung der Massenkaufkraft, Überproduktion, gebremste Produktivkraftentwicklung und beschleunigte Dominanz entkoppelter Finanzmärkte gegenüber der Realwirtschaft. Oder anders: Die Finanzkrise von 2007 ist bis heute nicht beendet.

Neu hinzu kommt die Hegemoniekrise der Herrschenden. Sie spiegelt sich positiv im Erstarken außerparlamentarischer Bewegungen u.a. für Soziales (z.B. Wohnungskonzerne enteignen), ökologische Nachhaltigkeit (Green New Deal), Antirassismus (Black Lives Matter) und Frieden (ICAN). Während die GDL für ihren Streik 2014 noch massiv Beschimpfungen ausgesetzt war, stoßen die Arbeitsniederlegungen in diesem Jahr auf erheblich größere öffentliche Akzeptanz.
Die Macht des konservativen Wertekanons, einschließlich der Stabilitätsversprechen, erodiert. Die verzweifelte Lage der katholischen Kirche ist diesbezüglich eine Offenbarung: Was tun, wenn sie mit monogamer Mann-Frau-Ehe, biederer Sexualmoral und strenger Autoritätshörigkeit dem modernisierten Kapitalismus nichts mehr zu bieten hat? Beharrt sie, wird sie marginalisiert. Passt sie sich an, ist sie nicht mehr die katholische Kirche.
Auf politischer Ebene erklärt sich so die Übernahme der US-Republikaner durch Rechtspopulisten und Faschisten und der Einbruch der Konservativen in Europa.
Seit Bestehen der BRD waren die Christdemokraten nahezu unangefochten die bestimmende Partei – nur kurz ins Wanken gebracht durch die 68er Bewegung und einmal geschlagen durch die ihrerseits ins Bürgerliche gewanderte Schröder-SPD.
Das ist nun vorbei: Bereits 2019 verstand die CDU die Welt nicht mehr, als sie von einem Video-Blogger „zerstört“ wurde, und bei der aktuellen Wahl kommen die Christlichen Parteien bei den Wähler:innen unter 35 Jahren auf keine 13%.
Der Ältestenrat unserer Partei schreibt in seinen Thesen zu Konsequenzen aus der Wahl:
„Weil die Gewerkschaften, Sozialverbände und Kirchen – kurz der Großteil der Zivilgesellschaft - von diesem rasanten Wechsel auch erfasst wurden, hat mit dem Ende der Großparteien ein neues Zeitalter für die politische Willensbildung und das Repräsentativsystem begonnen.“

Wir als Die LINKE können erneut Wirkung entfalten, wenn wir diesen tiefgreifenden Wandel – Hegemonieverlust des bisherigen systemstabilisierenden Wertesystems – erfassen und es durch politische Haltung und praktisches Handeln darauf anlegen, die gegenwärtige Suche nach neuen übergreifenden Zwecken progressiv zu bestimmen.
Die Linke hat das bislang versäumt, bzw. mit „Fürsorglichkeit", Familienwerten und „Geborgenheit" selber auf einen konservativen Wertekanon gesetzt. Eine ungeklärte Lage bleibt. Diese konnte bei den Bundestagswahlen zum Glück nicht gesteigert von rechts ausgenutzt werden, weil die AfD uneins ist, wie faschistisch sie werden will und zudem zögerte, als die Queerdenkerpartei aufzutreten. So konnten zunächst die Liberalen einspringen. Zum einen die Grünen, deren Hoch jedoch schon wieder überschritten ist, zum anderen die FDP, die als Apotheker- und Zahnarztpartei das Kunststück vollbracht hat, sich als Anwältin der „Außenseiter" und insbesondere der Freiheit gegen die Corona-Maßnahmen zu inszenieren. In Bezug auf letztere steht massenhafte Desillusionierung ins Haus.

Den Kapitalismus überschätzt und unterschätzt

Diejenigen, die das Bild der LINKEN in der Öffentlichkeit bestimmen, haben die Krise nicht begriffen. Sie leben noch in den 90ern und überschätzen erheblich die Beharrungskraft des Kapitalismus.
Die Folge: während die alten Hüter des Systems massiv an Zustimmung verlieren, wird weiter nach Anerkennung durch eben diese Kräfte gedürstet – als „regierungsfähig", als „seriöse" Opposition, als staatsmännischer Ministerpräsident, als beliebter Talkshowgast zu gelten.
Dabei wird zugleich die Verkommenheit der Verhältnisse und die Skrupellosigkeit ihrer Verteidiger fahrlässig unterschätzt.
Noch einmal der Ältestenrat: *„Die Wirkung der politischen Bildung in den Schulen und Hochschulen und in der Gesellschaft, die als staatliche Aufgabe und mit gewaltig hohen finanziellen Mitteln geleistet wird, bleibt zu wenig beachtet. Kein anderes Land der Europäischen Union hat ein vergleichbares System wie in der BRD. Die Bundeszentrale für politische Bildung, die Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, die Bundesbehörde für die Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit – nun Staatliches Archiv – bekamen einige 100 Millionen Euro Aufwendungen pro Jahr. Der Antikommunismus wird durchgängig verbreitet und der Antifaschismus der DDR als verordnet abgetan und missachtet."*
Der Antikommunismus ist in das Wesen der bundesrepublikanischen Gesellschaft eingebaut. Ihre Gründung beruht auf der Prämisse „Lieber ein halbes [kapitalistisches] Deutschland ganz, als ein ganzes [neutrales] Deutschland halb" (Konrad Adenauer) und die Vereinigung der beiden deutschen Staaten war eine Unterwerfung des einen unter den anderen.
Die Sehnsucht prominenter Politiker:innen unserer Partei, durch Distanzierung von der eigenen Geschichte und historischen Errungenschaften von Stigmatisierung verschont zu werden, befindet sich bereits in der Falle.
Statt durch Bravheit zu beschwichtigen, sollten wir angreifen.
Die Partei muss gesellschaftlich konfliktfähiger werden.

„In Erwägung unserer Schwäche…"?

Der wesentliche Grund für das miserable Wahlergebnis der LINKEN liegt in dem fehlenden Vertrauen in sich selber. Weil die bislang maßgeblichen Kräfte in der Partei die Fragilität der systemwahrenden Ideologien nicht erfasst haben und sich zugleich bei jeder antikommunistischen Denunziation erschrecken, wird zwar bisweilen Weitreichendes aufgeschrieben – sozial-ökologischer Systemwechsel, Vergesellschaftung der Daseinsvorsorge, Vermögenssteuer – aber nicht davon ausgegangen, dass dies tatsächlich auch durchzusetzen ist.
So werden marginale Erfolge in Landesregierungen als großartige Errungenschaften gefeiert, der demokratische Sozialismus wird zur fernen Utopie in einer immer schlimmeren Gesellschaft degradiert und die bescheidene Perspektive der kleinsten Partnerin in R2G wird als maximal mögliche Wirksamkeit verkauft.

Das hat sich bei der Haltung der Partei zur Bewältigung der Corona-Pandemie sträflich gezeigt. Analytisch ist im Erfurter Programm gefasst, dass die profitgetriebene Ausbeutung die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundla-

gen bedeutet und die Gefahr von Pandemien beschleunigt, dass es massiv an öffentlichen Gesundheitseinrichtungen und angemessener Bezahlung mangelt und Gesundheit nur gegen Kapitalmacht erreicht werden kann, sowie dass Demokratie nur mit emanzipatorischer Bildung und solidarischer Teilhabe gegen autoritäre Restriktionen gelingt.
Konkret wurde sich jedoch mehrheitlich der Eindämmung, der Politik mit der Angst und der Entmündigung von der Öffentlichkeit unterworfen, begleitet von der Bitte um mehr soziale Hilfen.
Programmgemäß hätte die LINKE auf die Angemessenheit von „AHA+L“, die sofortige Vergesellschaftung von Gesundheitspatenten und der Krankenhäuser, hemmungslose staatliche Investitionen und soziale Unterstützung, öffentliche Aufklärungsarbeit, die besondere Bedeutung weiter geöffneter Bildungseinrichtungen und für all das die Mobilisierung kritischer Öffentlichkeit setzen müssen.
Ganz abgesehen davon, mit Blick auf Frieden und Internationalismus das Augenmerk auf die anderen, erheblich schwerwiegenden Herausforderungen zu richten, welche die Welt zu meistern hat (Kriege, Armut, Elend, Flucht, Naturzerstörung).
Dann wäre die LINKE aller Wahrscheinlichkeit nach anstelle der FDP auch die erheblich glaubwürdigere Alternative zur Politik der großen Koalition gewesen.

Gewiss hat die LINKE bei den Bundestagswahlen auch deshalb so stark verloren, weil viele der Partei Zugetane die SPD oder Grüne gewählt haben, um eine erneute CDU-Kanzlerschaft zu verhindern.
Dies erklärt jedoch nicht, warum netto annähernd so viele Wählerverluste an Nichtwähler und kleinere Parteien gingen (590 Tsd.) wie an die SPD (640 Tsd.) und damit mehr als an die Grünen (480 Tsd.).
Das Problem liegt tiefer.
Wenn die LINKE nicht von sich selbst überzeugt ist, wie soll sie insgesamt begeistern?

Konsequenz: Selbstbewusstsein für radikale Kapitalismusreform

Hat Die LINKE Anlass, von sich selbst überzeugt sein?
Ja! Das Erfurter Programm beinhaltet zutreffende Einschätzung der Grundverhältnisse und angemessene Schlussfolgerungen für zeitgemäße weitreichende soziale und politische Veränderungen.
Allein, die Partei ist nicht auf Höhe ihres Programms und der Zeit.
Das jüngste Beispiel bietet die Debatte um den Afghanistan-Einsatz und die grundsätzliche Rolle der NATO. Das programmatische Nein der LINKEN zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr und zur NATO beruhen auf Geschichtskenntnis und dem kategorialen Wissen um imperialistische Interessen - um geostrategische Machtpolitik und Gier nach Rohstoffen und Absatzmärkten. Das ermöglicht, die propagandistische Lüge der „humanitären Menschenrechtsintervention“ zu durchschauen.
Offenkundig aber gelingt es der Partei als ganzer nicht, diese Position im gesellschaftlichen Konflikt auch souverän zu vertreten und zu argumentieren.
Wenn Parteitage und Mitgliederversammlungen von Fraktionen und Apparat wesentlich dafür in Beschlag genommen werden, innerparteiliche Akzeptanz für parlamentarische Harmlosigkeit und eigenes Regierungshandeln zu schaffen, wenn Neumitglieder vor allem als Plakatierer, Stecker, Infotischbesetzung und weil sie „jung“ sind begrüßt werden, wenn Positionsstreit machtpolitisch entschieden wird – dann hat die Partei, sprich ihre Mitgliedschaft, kaum eine Chance, die eigene Position zu fundieren und macht sie weitgehend wehrlos im verschärften gesellschaftlichen Entwicklungskonflikt.
Die Zuversicht für substanziellen gesellschaftlichen Fortschritt und die Bedeutung der LINKEN muss sich neu analytisch erarbeitet werden – kollektiv und je persönlich.

Das bedeutet:

1.) <u>Erheblicher Ausweitung und Stärkung des Parteilebens.</u>
Die LINKE ist eine Mitglieder- und Programmpartei. Sie ist nicht zu zerstritten, sie diskutiert zu wenig. Nicht mit der Illusion der Vereinheitlichung und Versöhnung in einer plural konstituierten Partei, sondern für den produktiven Meinungsstreit unter Nutzung der Pluralität mit dem Ziel erweiterter gemeinsamer Handlunsgfähigkeit. Die tagesaktuell konfliktbezogene, vertiefende Debatte ist die beste Bildungsarbeit. Sie ist durch systematische Bildungsangebote zu unterstützen.

Je mehr Bedeutung die Mitgliedschaft hat, desto wenige Schaden kann die Prominenz mit Instrumentalisierung der öffentlichen Medien anrichten.

2.) Begründete Bestimmung radikaler Kapitalismusreform auf Höhe der Zeit
Trotz ökonomischer und hegemonialer Krise des Kapitalismus ist die Zeit nicht reif für einen sozialistischen Systemumbruch – dafür fehlt es (noch) an einem bewussten kollektiven Subjekt („Klasse für sich"), welches eine solche Umwälzung hervorbringt.
Allerdings steht eine „keynesianische Wende" auf der politischen Tagesordnung.
Anstelle von Leitanträgen und Wahlprogrammen, die „Erzählungen" sein sollen und ein Warenhauskatalog für alles und nichts sind, bedarf es eines Sofortprogramms mit akzentuierter Schwerpunktsetzung für ebenso radikale wie realistische Reformen.

Was kennzeichnet eine solche radikale Kapitalismusreform?
- echte soziale und kulturelle dauerhafte Verbesserungen,
- Zurückdrängung der ökonomischen und kulturellen Macht der Herrschenden,
- die Weitung der Ansprüche und die Stärkung solidarischen Engagements über die erreichten Reformen hinaus.

Der Geraer Sozialistische Dialog schlägt dafür vor:

Frieden – in Zusammenführung von antiimperialistischer Analyse und Parteilichkeit sowie pazifistischen Konsequenzen angesichts des atomaren Overkills. Verbot von Rüstungsexporten mit der Perspektive des Rüstungsverbots und Ende aller Auslandseinsätze. Eine neue „Entspannungspolitik" statt militärischer Bedrohung in den internationalen Beziehungen, nicht zuletzt gegenüber Russland und China, und damit Abkehr von den NATO-Doktrinen.

Anti-Austerität – international solidarisch für das Ende der schwarzen Null und der Schuldenbremse, für die gesellschaftlich sinnvolle Verwendung des gesellschaftlich erarbeiteten Reichtums, als Redemokratisierung und Kampf gegen Rechts. In Einheit mit Vermögens- und Spekulationssteuer, sowie einer reformierten Einkommenssteuer, als Umkehr der Umverteilung von Unten nach Oben.

Sozial – radikale Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich, sanktionsfreie und bedarfsdeckende soziale Leistungen, würdige Renten und die Erhöhung des Arbeitgeber-Anteils bei den Sozialsystemen.

Rekommunalisierung – Wohnen, Wasser, Watt und zuallererst Gesundheit(!) müssen in öffentliche Hand mit der Perspektive, die Eigentumsfrage auch über die Daseinsvorsorge hinaus zu stellen.

Ökologie – für die Einheit von Sozialem, Frieden und ökologischer Nachhaltigkeit: Offensive für gesellschaftliche Verfügung in Produktion, Distribution und Reproduktion statt bescheiden für Konsumverzicht. Ein nachhaltiges integriertes Verkehrssystem, mit aufeinander abgestimmtem ÖPNV, Fern- und Güterverkehr, Fuß, Fahrrad und Individual-Motorisierung, gelingt nur als öffentlich gemeinsam organisierter Prozess.

Bildung – für solidarisches Lernen und die Entwicklung mündiger Persönlichkeiten in kritischer gesellschaftlicher Verantwortung. Gebührenfreie KiTa für alle ab dem ersten Jahr, eine Schule für Alle, selektionsfreier Übergang vom Bachelor zum Master und Bildung ohne Bundeswehr, sondern mit Zivilklausel

Geraer Sozialistischer Dialog,
SprecherInnen- und Koordinierungsrat,
11. November 2021

Gerald Kemski-Lilleike

Wir müssen in der Gesellschaft wirken!

Eine der entscheidenden Ursachen für die schlechten Ergebnisse bei der Bundestagswahl ist die Tatsache, dass deutlich weniger Menschen uns als nützlich und eine Kraft erkennen, die in ihrem Interesse etwas bewegt.

Dabei sind die Belastungen, die der gegenwärtige Kapitalismus den Menschen vor allem mit geringem Einkommen beschert, enorm. Die Entwicklung der Preisspirale trifft nicht nur Hartz-IV-Bezieher*innen oder Empfänger*innen der Grundsicherung im Alter. Auch die Einkommen von „Normalverdiener*innen“ werden entwertet und die Löhne und Gehälter hinken der Inflation hinterher. Der Anstieg des Hamburger Mietenspiegels und der katastrophale Mangel an sozialem Wohnungsbau in Hamburg verschärfen die Lage für große Teile der Arbeiter*innenklasse noch mehr.

Das sind zentrale Fragen, die sich die Partei DIE LINKE. in unserer Stadt stellen muss. Und sie muss als Partei vor Ort aktiv und sichtbar werden.

Die Blase eines Landesparteitages, auf dem in erster Linie mit sich selbst beschäftigt wird, ist nicht geeignet, Vertrauen bei den Menschen zu erzielen und sie zur Gegenwehr zu ermutigen. Selbst gute Beschlüsse bewirken erst einmal nichts, wenn sie nicht vor Ort erläutert werden.

Es wird notwendig sein, mehr Stadtteilgruppen zu schaffen, die auch vor Ort sichtbar sind, sowohl an Info-Ständen als auch mit Haustürgesprächen. Wir in Eimsbüttel haben mit unserer Unterschriftensammlung für einen bundesweiten Mietendeckel vor allem bei Hausbesuchen in sozialen Brennpunkten gute Erfahrungen gesammelt. Wir waren dort die erste Partei, die sich an den Haustüren hat sehen lassen.

Wir müssen ferner niedrigschwellige Angebote machen, um die Menschen zu aktivieren. In Eimsbüttel machen wir uns die Herangehensweise der KPÖ aus Graz zu nutze. Die hat parallel zu unserer Bundestagswahl 29 Prozent bei der Stadtratswahl eingefahren. Nicht etwa deshalb, weil sie mit vielen Fremdworten besonders markige Sprüche losgelassen hat, sondern weil sie seit Jahrzehnten die Frage bezahlbaren Wohnraums als ihr Thema gewählt hat.
Die KPÖ ist in der Stadt die Partei der Mieter*innen. Diesen hilft sie seit langem mit Beratungsangeboten und hat zahlreiche von ihnen zu Aktivist*innen gemacht.

Nach dem Motto: „Wer sich nicht wehrt, der lebt verkehrt“ machen wir in Eimsbüttel pro Monat vier Beratungsangebote. Für Senior*innen, zwei Sozialberatungen und eine Familienberatung. Keine dieser Beratungen hatte bisher Null Resonanz und manchmal schaffen wir es kaum, die Anfragen abzuarbeiten.

Nicht nach dem Motto der Stellvertreter*innenpolitik, sondern mit der Aufforderung, selbst aktiv zu werden. Wir helfen dabei.

Nahezu alle diese Menschen haben reale Probleme, bis hin zur erneuten Fahrpreissteigerung beim HVV. Sie wären nie zu uns gekommen, wenn wir nicht dieses niedrigschwellige Angebot gemacht hätten.

In einem Haus haben wir die Gründung einer Mieter*inneninitiative bewirkt.

Wir müssen eben das Gespräch mit den Menschen suchen und nicht nur mit uns selbst, wie es gerne geschieht.

Dabei haben wir durchaus Verbündete in der sozialen Auseinandersetzung. Beispielsweise die Sozialverbände. Nahezu alle von diesen fordern wie DIE LINKE einen erheblichen Teuerungszuschlag für Empfänger*innen von Sozialleistungen. Da sind wir auf einer Linie. Kontraproduktiv wäre es allerdings, wenn sich unsere Partei demnächst für ein bedingungsloses Grundeinkommen aussprechen würde. Damit würden wir uns nicht nur von den Gewerkschaften, sondern auch von allen Sozialverbänden isolieren.

Eine Partei wie DIE LINKE muss auch Stütze für die Gewerkschaften sein. Warum haben wir in Hamburg noch keinen Gewerkschaftsrat, wie auf Bundesebene oder in NRW, mit aktiven Kolleg*innen?

Der Hamburger Senat schert sich gegenwärtig einen Dreck um die Arbeitsplätze in einem Kernbereich wie dem Hamburger Hafen. Sowohl bei den Containerterminals von HHLA und Eurokai sind Arbeitsplätze bedroht. Die Existenz des Gesamthafenbetriebs GHB ist in Gefahr. Kein Wort dazu vom Hamburger Senat und Stillhalten im Aufsichtsrat der HHLA- Dort ist die Stadt selbst vertreten. Ebenso bedrohlich ist die Situation im Schiffbau. Bei Blohm & Voss lässt der Senat Eigner Lürssen Arbeitsplätze vernichten. Bei Sietas passiert gar nichts. Themen, zu denen sich DIE LINKE. Hamburg positionieren und mit den Betroffenen ins Gespräch kommen müsste.

Auch dort können wir zur Widerstandsentwicklung beitragen.

Wir müssen vor Ort als Partei des Sozialen und des Widerstands wahrgenommen werden können. Sonst machen wir uns selbst überflüssig.

Februar 2022

Leben mit Die LINKE - eine schwierige Beziehung

"You ain't a beauty, but hey, you're alright", Bruce Springsteen, Thunder Road

1.) Wer...

Wir müssen alle erreichen wollen (oder zumindest die oft beschworenen 99%). Aber auch nur das Erreichen einzelner Gruppe klappt offensichtlich nur beschränkt.

Aus meiner Sicht brauchen wir für jede Gruppierung, die wir erreichen wollen, einen erkennbaren Gestaltungswillen, einen angemessenen Habitus und überzeugendes thematisches Auftreten.

a) ein Thema überzeugend rüberzubringen, bedeutet natürlich, dieses möglichst einheitlich zu vertreten. Wenn wir zu Corona, zum Krieg in der Ukraine und zur DDR/Sowjetunion völlig widersprüchliche Positionen verbreiten, scheitern wir bereits. Faktisch treten wir derzeit wie Dr. Jekyll und Mr. Hyde auf.

b) den Gestaltungswillen glaubt uns niemand, wenn wir permanent darüber diskutieren, ob wir überhaupt ernsthafte Parlamentsarbeit oder gar Arbeit in einer Regierung machen wollen.

c) die Menschen merken schnell, anhand von Habitus und Resonanz, ob wir zu Ihnen passen. Das bedeutet nicht, dass Akademiker:innen nicht für ungelernte Arbeitnehmer:innen Politik machen könnten, oder Junge für Alte. Aber es ist offensichtlich kein tauglicher Ansatz zur Gewinnung von Mitgliedern oder Wähler:innen, wenn Partei-Student:innen über statt mit der von ihnen nostalgisch beschworenen Arbeiterklasse reden und Studentenvertreter:innen in der Altersgruppe 50+ den Student:innen als die Speerspitze der Bewegung präsentiert werden.

Ebenfalls nicht hilfreich ist es, ein Grundsatzprogramm wie eine Bibel vor sich her zu tragen und wortgetreue Auslegung zu betreiben oder Beiträge anderer damit zu exorzieren. Wir benötigen gerade in Krisenzeiten eine höhere Toleranz für unklare Situationen, für die sich eben im Regelfall keine klare, für Außenstehende nachvollziehbare Handlungsanleitung im Grundsatzprogramm findet. Mensch verrenkt sich sonst so lange argumentativ, bis das Programm wieder “gerettet” ist.

Letztlich kommt dabei eine unangenehme und auch für viele Neumitglieder abstoßende Besserwisserei heraus, die besonders dann unerträglich wird, wenn sie sich wie so oft mit seltsamen Positionen wie - polemisch gesagt - DDR-Nostalgie oder Corona-Leugnung paart. Das sind die schlechtesten Voraussetzungen, um Menschen für linke Politik zu gewinnen.

Und noch etwas zum Thema "Erreichen der Zielgruppen": wie kann es sein, dass jahrelang unter Schüler:innen die Hörbücher über ein kommunistisches Känguru und dessen Kampf gegen alle möglichen Auswirkungen des Kapitalismus zum Allgemeingut gehören und teilweise auswendig wiedergegeben werden können und wir dort nicht anknüpfen konnten? Wir brauchen nicht nur eine Jugendorganisation, die fähig ist, hier anzudocken. Mensch muss auch in der Lage sein, mit Witz und Freude an der Sache den politischen Gegner und den Kapitalismus zu attackieren. Das geht der LINKEN in ihrem derzeitigen Zustand als grimmige Programmhüterin völlig ab.

“Wir stehen am Hauptbahnhof. Das Känguru muss mal. Ich muss auch, allerdings nicht auf's Klo, sondern nur davor warten. Nach einer Minute kommt das Känguru zurück. 'Ist dir klar, dass die meisten Krisentheorien des Kapitalismus, die den baldigen Zusammenbruch vorhersagen, daran kranken, dass sie unterschätzen, wie viele einst wertfreie Bereiche des gesellschaftlichen Zusammenlebens noch der kapitalistischen Verwertungskette anheimfallen können, um solchermaßen die Krisentendenzen durch eine quasi erneute ursprüngliche Akkumulation abzuschwächen?', fragt das Känguru. Ich seufze. 'Brauchste Geld für's Klo?', frage ich.'Ich sehe, wir verstehen uns.' “

Die Känguru-Chroniken

Und dann noch eine Personalie als Symbol: ich bin noch nicht lange dabei und bis vor kurzem war mir gar nicht klar, dass Hans Modrow im Ältestenrat den Vorsitz führt (ja hätte mensch wissen können...). Für die meisten aus meiner westlichen “Klassenfahrt-in-die-DDR-Generation” führt dies praktisch schon zur Unwählbarkeit. Wer in den “alten” Bundesländern Fuß fassen will, muss sich auch von solcher dort unverständlicher Ostalgie trennen.

2.) Was ...

Wir müssen das eine tun ohne das andere zu lassen. Der Gegensatz zwischen vermeintlicher Identitätspolitik und auch nur vermeintlich klarer Klassenpolitik existiert nur in den Köpfen derjenigen, die diesen Gegensatz heraufbeschwören, um sich nicht ändern zu müssen. Sie nehmen allerdings zurecht an, dass man Menschen vor die Köpfe stößt und Ablehnung erzeugt, wenn man diese so von oben herab über das Gendern belehrt, wie sie selbst jetzt schon Menschen durch ihr eigenes Parteisprech ausgrenzen.

Zum Thema Ökosozialer Umbau: Die aktuelle Diskussion um die Beschränkung des Verbrauchs fossiler Brennstoffe, die sowieso in Zukunft kommen würde, aber jetzt durch den Krieg plötzlich für uns alle unmittelbar vor Augen steht, bringt dagegen die Verteilungsfrage mit ungeahnter Wucht wieder auf den medialen Tisch. Und dabei geht es dann nicht um Verteilung von Wachstum, sondern um Verteilung von abnehmenden Ressourcen. Die ersten Verteilungs- oder besser: Verzichtsdiskussionen von oben werden bereits geführt ("Frieren für den Frieden" oder dass der Markt die Frage des Benzinpreises auf Nachfrageseite schon regeln wird, weshalb es kein Tempolimit brauche (C. Lindner)...).

Wir brauchen eine Verzichtsdebatte, die klar definiert, wer in Zukunft für Frieden und Klima verzichten muss. Linke Antworten dafür gibt es genug. Hier scheitern die anderen Parteien mit ihrer Marktgläubigkeit.

Ja, und welchen Gebrauchswert hat DIE LINKE?

"Outside the patient millions/ Who put them into power/ Expect a little more back for their taxes/ Like school books, beds in hospitals/ And peace in our bloody time"

Billy Bragg, *Ideology*

Wir sind keine soziale Bewegung mit Imperativ-Mandats-Lautsprecher:innen im Parlament, auch wenn sich ein Teil der Partei das wünscht. Aber wir sollten emanzipative soziale Bewegungen in

Gesetze “übersetzen” helfen und hier das Scharnier bilden. Davor haben viele Angst, weil die reine Lehre im Klein-Klein der Arbeit nicht immer erkennbar ist und auch mal Irrwege beschritten und Fehler gemacht werden.

Aber das Klein-Klein hat große Auswirkungen. Ein geschickt in der Gesetzgebung eingeschleuster Satz im Ordnungswidrigkeitengesetz verhinderte vor 60 Jahren überraschend die strafrechtliche Verfolgungen der Beilhilfe zum Morden im Holocaust und ließ viele Nazi-Verbrecher straffrei herumlaufen. Viele kleine Maßnahmen senkten die gesetzliche Renten in den letzten 20 Jahren dramatisch ab, ohne dass sich dies in einer Senkung des unsinnigen “Rentenniveaus” ausdrückte – aber die Betroffenen merken dies sehr wohl. Wer hier gegenhalten und den Spieß umdrehen will, muss arbeiten, mitdenken, sich fortbilden. Bloße Programmorthodoxie ist keine Lösung dafür, sondern pure Verantwortungslosigkeit – oder schlicht Faulheit.

Beispiel Menschenrechte: es gibt sie, aber sie werden massenhaft mit Füßen getreten. Wer diese Situation verbessern will, muss damit leben, dass alle Maßnahmen auf dem Weg zur Durchsetzung von Menschenrechten diese nicht sofort durchsetzen werden, sondern erst nach und nach voranbringen. Macht mensch sich deswegen mitschuldig an Menschenrechtsverstößen, wenn mensch an diesem Prozess mitwirkt? Nein. Dies gilt auch für die Friedenspolitik. Der kategorische Imperativ ist Nichts, mit dem man morgens aufwacht und die Welt ist sofort anders.

3.) Wohin...

Zum guten Leben für Alle. Wir haben materiell alles, was wir dafür brauchen. Es fehlt “nur” an der Verteilung unter gleichberechtigten Menschen. Und deswegen kann man Identitätspolitik nicht von Klassenpolitik (die zudem regelmäßig doch nur nationale Politik bleibt) trennen. Letztere führt nicht zur Gleichberechtigung aller Menschen, sondern bedarf der Ergänzung durch Kolonialismuskritik, Geschlechterpolitik und der Arbeit an transnationaler Demokratie.

4.) Wie...

Wir müssen (naja - wie immer) geduldig und hartnäckig sein, das gute Leben vor Augen haben und gleichzeitig kleinteilig mitdiskutieren und gestalten können. Wir müssen Menschen direkt ansprechen, wo immer es geht, weil eine persönliche Beziehung am weitesten trägt (die Sozialberatung ist ein guter Ansatz, auch die Impfaktionen reihen sich hier ein, sind aber nur temporär – Haustürgespräche und sogar der gute alte Infostand können helfen).

Und damit diese Arbeit der Vielen nicht durch lautstarke diametral entgegengesetzte Poitionierung der m.E. Wenigen sozusagen mit dem Hintern eingerissen wird, müssen wir einheitlicher, also zumindest in einem gewissen nachvollziehbaren Meinungskorridor auftreten können.

Derzeit sind wir aber faktisch zwei verschiedene Parteien – und ja, wir werden womöglich getrennter Wege gehen müssen, um nicht unterzugehen, und sollten das zügig klären.

„Weißt du, was passiert, wenn man sich immer alle Türen offen hält?
Dann zieht's, mein Freund!“
Die Känguru-Chroniken

Thesen zur Auswertung der Bundestagswahl 2021

1. Das Ergebnis der Bundestagswahl zeigt zwar eine erfreuliche Schwächung der marktliberalkonservativen CDU (-8,9 Punkte) und einen leichten Rückgang bei der AfD (-2,3 Punkte), angesichts eines Wahlergebnisses von 4,9 % für DIE LINKE ist jedoch festzuhalten, dass es bei weitem nicht ausreichend gelungen ist, für die nötige Abkehr vom brutal marktradikalen Neoliberalismus und für eine friedliche, wirtschaftlich nachhaltige demokratische Gesellschaft zu überzeugen – vor allem deswegen nicht, weil die offizielle Wahlkampfstrategie darauf gar nicht ausgelegt war.
2. Bei der Bundestagswahl hat sich eine dramatisch hohe Zahl an Wählerinnen und Wählern von der LINKEN abgewandt, im Vergleich zur vorherigen Wahl rund die Hälfte. Genauso dramatisch ist, dass die rechtsextreme AfD in ehemaligen Hochburgen der LINKEN/PDS im Osten Direktmandate erreichen und in einigen Ländern sogar zur stärksten politischen Kraft werden konnte. Dabei ist es nicht verwunderlich, wenn Wählerinnen und Wähler der LINKEN zu SPD und Grünen sowie ins Nichtwählerlager wechselten, wenn profilierte linke Politikerinnen und Politiker so taten, als seien die politischen Unterschiede zur SPD und den Grünen marginal. Wer bereits im Wahlkampf das eigene politische Profil weitgehend aufgibt, muss sich nicht wundern, wenn die Wählerinnen und Wähler das dann übernehmen und kaum noch die Notwendigkeit sehen, eine starke linke Oppositionskraft in den Bundestag zu wählen, eine Kraft, die neoliberaler Politik genauso widerspricht wie den rassistischen Demagogen der AfD.
3. Der Stimmenverlust der LINKEN reiht sich ein in den Abwärtstrend bei fast allen Landes-, Bundes- und EU-Wahlen, seitdem Teile der Parteiführung – ohne Legitimierung durch den Bundesparteitag, den Bundesausschuss oder den Parteivorstand – die Regierungsfrage als die strategisch entscheidende ausgerufen haben, der alles andere unterzuordnen sei. Das Bundestagswahlergebnis stellt den vorläufigen Tiefpunkt dieser Entwicklung dar. Die parteiintern harsch und seit Jahren von einigen vertretene Orientierung für eine Regierungsbeteiligung auf der bundesstaatlichen Ebene ist mit diesem Wahlergebnis aber nun gescheitert! Es ist daher jetzt eine grundlegende Änderung strategischen und politischen Ausrichtung erforderlich – genauer gesagt: Das Erfurter Programm und Beschlüsse der Partei müssen wieder ins Zentrum unserer politischen Arbeit rücken und mit Leben gefüllt werden.
4. Die mitten im Wahlkampf durch leitende Genossinnen und Genossen vollzogene Veränderung in der Wahlkampfstrategie, also mit der Brechstange alles nur noch entlang einer möglichen Regierungsbeteiligung auszurichten, hatte mit dem vom Bundesparteitag beschlossenen Wahlprogramm nichts zu tun. Es widersprach inhaltlichen Festlegungen des Bundesparteitags, dass das neoliberal orientierte Parteienkartell von CDU/CSU bis zu den Grünen zum Teil aus der Kritik genommen wurde, anstatt sie – wie in vorherigen Wahlkämpfen – erfolgreich zu attackieren und unsere eigenen Positionen zu betonen. Es reicht nicht aus, wenn die LINKE nur noch als „soziales Korrektiv“ zu den Parteien auftritt, die für die Agenda 2010, für Aufrüstung und eine zunehmend aggressive Außenpolitik verantwortlich sind. Wenn die LINKE nicht klar macht – wie es in den Dokumenten der Partei formuliert ist –, dass die gesellschaftliche Krise (weltweit) ursächlich mit dem Kapitalismus und der neoliberalen Politik zusammenhängt und dass das Engagement aller für eine Wende in Richtung einer friedlichen, sozial gerechten, nachhaltig produzierenden und auf Kooperation basierenden Gesellschaft, erforderlich ist, wird sie nur als Wurmfortsatz von SPD und Grünen wahrgenommen und kann mithin leicht ignoriert werden.
5. Die Bundes-LINKE hat es bezüglich der vielfach grundrechts- und grundgesetzwidrigen Maßnahmen im Zuge der Corona-Pandemie an erforderlich scharfer Kritik mangeln lassen. Es fehlte an Gegenwehr und Gegenöffentlichkeit für die Verteidigung (und Realisierung) der Grund- und Menschenrechte. Dies ist aber notwendig, um den im Zuge der Pandemie durchgeführten Großangriff auf die sozialen Interessen und gewerkschaftlichen Rechte der Bevölkerungsmehrheit abzuwehren und eine Abkehr vom kaputtgekürzten privatisierten Gesundheits- und Infrastruktursystem hin zu einem präventiven, dem Bedarf aller gemäß ausgestatteten System mit demokratischer Teilhabe politisch durchzusetzen. Die damit einhergehende Stilllegung der Partei war falsch und ist für das Wahlergebnis mitverantwortlich. Rechte werden immer erkämpft, nie gewährt! Die Hamburger Volksinitiative gegen Rüs-

tungsexporte hat beispielsweise gezeigt, dass es auch anders geht. Vierzehntägig gab es 2020 und 2021 Präsenztreffen sowie 2021 einmal im Monat eine Kundgebung mit Podiumsdiskussion und Kulturprogramm. Sie hat in sechs Monaten trotz aller Beschränkungen 13.000 Unterschriften gesammelt und einen gesellschaftlichen Impuls gegeben.

6. Es ist den vielfältigen Aktivitäten an der Basis der Partei sowie ihre Verankerung in sozialen Bewegungen, Bündnissen und in den Stadtteilen zu verdanken, dass das Wahlergebnis nicht noch schlimmer ausfiel, weil dort gelebt wird, dass die LINKE eine antikapitalistische, antimilitaristisch-pazifistische Partei für soziale Gerechtigkeit ist und bleiben muss – getragen auch von internationaler, anti-imperialistischer Solidarität.

Was ist zu tun?

Die Realität verlangt eine grundlegende oppositionelle Strategie der Partei. Nichts ist realistischer als gemeinsam für radikale Reformen zu kämpfen. Dass dafür in der Bevölkerung fortschrittliche und radikale Positionen verbreitet und Bündnispartner vorhanden sind, zeigt sich an dem Ergebnis des Volksentscheids „Deutsche Wohnen&Co. Enteignen“, der in Berlin parallel zur Bundestagswahl stattfand: Mit 56,4 % stimmten mehr als 1 Million der 1,75 Millionen Berlinerinnen und Berliner, die sich an der Abstimmung beteiligten (ca. 75%), für die Vergesellschaftung großer Wohnungskonzerne.

Statt sich den Gegnern von Kampagnen wie dieser anzudienen, ist es unsere Aufgabe, die Partei auf Grundlage des Erfurter Programms als Mitgliederpartei oppositions- und konfliktfähiger zu machen, auch damit konkrete spürbare Verbesserungen schon jetzt durchgesetzt werden können. Dafür muss die Parlaments- und Regierungsfixierung im Denken und Handeln überwunden und auf die Stärkung gesellschaftspolitischer Opposition orientiert werden. Zu dieser Kurskorrektur gehört auch ein Wandel in der Parteikultur: argumentierend, lernend und kooperierend, aufbauend von unten nach oben.

Um handlungsfähiger zu werden, müssen wir uns durch politische Bildungsarbeit auch das theoretisch-analytische Rüstzeug verschaffen, um den Herausforderungen, denen wir uns angesichts von Aufrüstung, verschärftem Sozial- und Grundrechteabbau, Neo-Kolonialismus und Imperialismus gegenübersehen, mit einer gemeinsamen Praxis und Perspektive zu begegnen.

In Hamburg geht es nun um die Vorbereitung der vom Landesparteitag beschlossenen Strategiekonferenz und um Beratungen in den Bezirken und bei Mitgliedertreffen. Wir müssen klüger werden, weil es um die Emanzipation aller und um Aufklärung geht. Darum, andere Menschen zu überzeugen und zu bestärken, nicht die Hände zu heben, sondern den Kopf. Nur so kann die LINKE ein wirksamer Teil der weltweiten Bewegungen gegen Krieg, Ausbeutung, Hunger und Umweltzerstörung sein und dazu beitragen, dass die milliardenfachen Forderungen nach Frieden, sozialer Gerechtigkeit, umfassender demokratischer Teilhabe und ein vernünftiges Mensch-Natur-Austauschverhältnis Wirklichkeit werden.

Solidarität schafft Hoffnung!

Hamburg, im Oktober 2021

Unterstützt von:

Gunhild Berdal (HH-Mitte), Alexander Benthin (HH-Mitte), Artur Brückmann (HH-Altona), Kerstin Fremder-Sauerbeck (HH-Mitte), Kristian Glaser (HH-Mitte), Jörg Günther (HH-Mitte), Bernd Hartz (HH-Nord), Franziska Hildebrandt (HH-Mitte), Victoria Mader (HH-Nord), Florian Muhl (HH-Harburg), Heike Wokon (HH-Mitte)

Die Krise der Partei, Putins Krieg und die Wiederbelebung der LINKEN

(Beitrag von Hartmut Obens Strategiekonferenz am 10. April 2022)

1. Putins Krieg und die „Zeitenwende“: Gegen Sowjetnostalgie – für marxistische Analyse des Putinschen Kapitalismus- und Imperialismustyps

Putins Bomben und Panzer vernichten Menschenleben, treiben Millionen in die Flucht, es leiden und sterben Kinder und deren Mütter. Es leidet und stirbt die Zivilbevölkerung. Opfer der von Putin verbreiteten Lüge von der angeblichen „Entnazifizierung" ist auch Boris Romanschenko (96), Vizepräsident der KZ-Lagergemeinschaft Buchenwald/Dora. Er wurde von einer russischen Bombe getötet.
Auf der anderen Seite: Olaf Scholz vollzieht einen brandgefährlichen Turn. In Schröders Basta-Manier und ohne jede öffentliche und parlamentarische Diskussion verkündet er unter dem Jubel der CDU/CSU seinen 100-Milliarden-Aufrüstungscoup und die Unterwerfung unter die 2%-Forderung aus Brüssel, offenbar getrieben von dem Ehrgeiz, zum "Musterschüler der NATO" (Friedrich Steinfeld) zu werden. Die Entspannungspolitik Willy Brandts wird komplett entsorgt. Das begründen die Autoren Hasko Hüning, Joachim Bischoff und Friedrich Steinfeld in der Ausgabe 4/22 von „Sozialismus“ auf höchst überzeugende Weise. Joachim Bischoff betont, dass mit der Sanktionspolitik ein Wirtschaftskrieg gegen Russland geführt wird, der nicht Putin und die Oligarchen, sondern die Menschen in Russland trifft und ebenso Inflationsschübe und Versorgungsprobleme in der Bundesrepublik erzeugt, von denen ebenso die einfachen Menschen betroffen sind und nicht die herrschende Elite. Dieser Wirtschaftkrieg bekommt immer mehr ein Ausmaß, eine Weltwirtschaftskrise vom Zaun zu brechen. Die herrschenden Auguren schwören „das Volk“ auch schon auf „härtere Zeiten“ ein; der zu erwartende massive Sozialabbau und die Umverteilung von unten nach oben dürften zu einem neoliberalen Freudenfest werden. Die Bundesrepublik befindet sich im Schlepptau der US-Geopolitik zur Durchsetzung imperialistischer Interessen gegen China; der Versuch, Russland wirtschaftlich und finanziell zu "zerstören" (Originalton Baerbock), macht deutlich, dass das Leben in Deutschland und Europa ganz bestimmt nicht sicherer werden wird. Auch Klaus von Dohnanyi, rechter Sozialdemokrat und früherer Mitstreiter der sozialdemokratischen Entspannungspolitik Willy Brandts, hat gegen den NATO- und Aufrüstungskurs des Sozialdemokraten Scholz allerhand einzuwenden hat (Hüning).
Zur Verdunkelung der tatsächlichen Motive dieses Putin-Krieges hat sicherlich dazu beigetragen, dass die deutsche Linke die seit Jahrzehnten wortbrüchig vorangetriebene NATO-Ausdehnung und Umkreisung Russlands immer wieder analysiert und die NATO-Ausdehnung und die Raketenaufstellungen als aggressive Politik kritisiert hat, worin sie ja auch von vielen internationalen Fachleuten und Experten unterstützt wurde (ich erspare mir, hier Belege anzugeben). Andererseits – und das kommt in diesen Analysen häufig zu kurz, haben die inneren Veränderungen in Russland unter Putin auch den nachsowjetischen Kapitalismustyp in einem Ausmaß verändert, bei dem die Putin-Aggression nicht als von außen provoziert oder als Rechtfertigung auf die NATO-Politik genommen werden kann, wie es manche Linke sehen und Putin dadurch eher entschuldigen als kritisieren.
„Beim Putin-Regime“, so Klaus Dörre, „handelt es sich keineswegs um klassischen Imperialismus und schon gar nicht um eine Renaissance des Sowjetkommunismus. Putin personifiziert einen exterministischen Autoritarismus, der unter den Bedingungen der Zangenkrise auf den Niedergang der einstigen Supermacht Sowjetunion reagiert.“ (4/22, S. 19) Unter „Exterminismus“ versteht der marxistische Historiker E.P. Thompson aus der Zeit eskalierender Blockkonfrontation im Kalten Krieg diejenigen Mechanismen von Volkswirtschaften, politischen Ordnungen und Ideologien, die als „Schubkraft in eine Richtung wirken, deren Resultat die Auslöschung großer Menschenmassen sein muß.“ (Thompson, zit. In Dörre S. 19).

Das heißt nichts anderes, als dass ein politischer Herrschaftstyp von Schlage eines „Putinismus“, der durch „normale“ politische Prozesse wie Ablösung durch Wahlen (was immerhin bei Trump noch möglich war, wenn auch mit den bekannten Begleitumständen) nicht abzulösen sein wird und dadurch die Tendenz zur Führung dieses Kriegen verstärkt. Folglich erweist sich dieser *Krieg als die Fortsetzung der bonapartistischen Diktatur Putins mit anderen Mitteln!*
Deshalb muss analysiert werden, welche innerkapitalistischen ökonomischen und militärischen Widersprüche und Entwicklungen die in diesem Angriffskrieg zum Ausdruck kommenden Triebkräfte zum Durchbruch gebracht haben, ohne die aggressive Politik der NATO aus dem Spiel zu nehmen oder sie gar für Linke in der BRD als jetzt hinnehmbar zu erklären (wie kürzlich Mathias Höhn). Unzulänglich ist aber auch, wenn manche, die sich

Marxisten nennen, einzig den Worten und Erklärungen Putins und Lawrows als Beweis für ihre Auffassung heranziehen und nicht eine materialistische Analyse der materiell-ökonomischen und politischen Entwicklung des kapitalistischen Russlands der postsowjetischen Ära vornehmen. Damit kann auch die irrige Auffassung zurückgewiesen werden, dass Putin „schon immer“ diesen Krieg wollte. Seine „historisch-großmachtrussischen“ Rede hatte keinen anderen Zweck, als diesen Krieg gegen die Ukraine zu „begründen“ und für seine kriegerischen Absichten ein Narrativ aufzubauen, die reaktionäre Allianz von orthodoxer Kirche, Panslawismus und russischem Chauvinismus hinter sich zu bringen und die Bevölkerung dadurch weiter ruhig zu stellen.
Dazu können hier nur Stichworte geliefert werden, die durch die marxistische Forschung konkreter auszuarbeiten wären:

- Krisenentwicklung in der sozialen und ökonomischen Entwicklung seit den Nuller Jahren und die Verschärfung der russischen Politik nach innen (völkerrechtswidrige Krim-Annektierung mit Zustimmung der russisch-stämmigen Bevölkerungsteile im ukrainischen Osten)
- Folgen des Putinschen Bonapartismustyps auf den stagnativen Mechanismus von Ökonomie und Politik in Russland
- Der Nawalny-Komplex und die Rolle der Geheimdienste
- Veränderungen im Zusammenspiel und Widersprüchen zwischen den Oligarchen und dem Putin-Machtkomplex
- Demokratische Entwicklungen in der russischen Zivilgesellschaft
- Verfestigung der Einseitigkeiten und Fehlentwicklungen in der gesamtökonomischen Situation Russlands durch Russland als Rohstofflieferant der westlichen Welt
- Zunehmende Differenz zur erfolgreichen wirtschaftlichen Entwicklung in China und damit einhergehender Anschlussverlust an die digitalen und „grünen“ Strukturveränderungen in der kapitalistischen Weltwirtschaft
- Sollte Putin diesen Krieg politisch nicht überstehen, kann eine politische Nachfolge eventuell darin bestehen, sich komplett gegenüber dem Westen zu öffnen und gleichzeitig ein komplett reaktionäres und rassistisch-nationalistisches Russland den Weg zu öffnen (Typ Nawalny).
- Marxistische Rußlandanalytiker werden sicher auch andere Gründe ausmachen und in die Tiefe gehen können

Ich bin mir sicher, dass dieser russische Kapitalismustyp die sich aufbauenden Stagnationen und Anschlussverluste an die Weltwirtschaft nicht wird stemmen können. Dieser Kapitalismus „nachsowjetischen Typs“ hat in der letzten Zeit möglicherweise zu Konflikten mit bestimmten Oligarchen geführt, die ihre Machtbasis schwinden sehen und jetzt durch den Krieg und seine Folgen entscheidend unter Druck geraten. Ob diese Oligarchen die Macht und den Mut haben, Putin abzusetzen, vermag ich nicht einzuschätzen. Ob das russische Volk durch die Kriegs- und Sanktionsfolgen sich ermutigt sieht, bei den Wahlen oder durch offene Rebellion andere politische Führungen durchzusetzen, kann ich ebenso wenig einschätzen; ich weiß auch nicht, welche das sein könnten. Sicher scheint mir aber zu sein, dass dieser Krieg das Ende seiner Herrschaft einläutet – früher oder später. Ob die dann folgenden politischen und ökonomischen Strukturen den russischen Kapitalismus zu modernisieren vermögen und welche Ergebnisse die Regime-Change-Politik des Westens haben werden, wird die weitere Entwicklung zeigen.

2. SPD unter Scholz: Forcierter Rüstungswettlauf und Aufbau der BRD als europäische NATO-Führungsmacht – Die Entsorgung der Entspannungspolitik Willy Brandts

Und die Reaktion der bundesdeutschen Politik auf Putins Aggression? Bundeskanzler Scholz und seine grünen und gelben Koalitionäre rüsten auf und paktieren als Alternative zum russischen Öl jetzt mit arabischen Ölstaaten, mit frauen- und demokratiefeindlichen Folterregimes. Die devote Haltung Habecks drücken das augenscheinlich aus, was als „wertegeleitete Außenpolitik“ gehandelt wird! Die "Ampel"-Regierung, gewählt in der Hoffnung auf soziale Gerechtigkeit und Überwindung der Klimakrise, verpulvert Milliarden für die Aufrüstung und stellt die beschlossenen Ziele zur Überwindung der Klimakatastrophe vorerst hintenan. Bei den Kriegswaffenkonzernen knallen die Champagnerkorken. Die ökologische Krise und die anderen Krisenentwicklungen spitzen sich derweil zu, der Kapitalismus in der

BRD fordert jetzt unverhüllt sein Recht. Und die Pandemiekrise ist noch längst nicht ausgestanden. Die Menschen verhalten sich ängstlich und abwartend und fragen sich, ob und wie sie heil aus dieser Situation herauskommen. Die regierenden Parteien geraten immer tiefer in den Strudel von Aufrüstung, Konfliktverschärfung, Waffenlieferungen, Wirtschaftskrieg und politisch aggressiver Rhetorik.
Sie sagen, dass ihre Sanktionen auf Putin und die Oligarchen zielen, sie treffen aber die einfachen Menschen in Russland und gefährden gleichzeitig die wirtschaftliche Sicherheit und Energieversorgung im eigenen Land. Die Inflationsspirale wird weiter angeheizt, Verlierer sind die einkommensschwachen Bevölkerungsgruppen, die Rentner:innen, Geringverdiener:innen und Transferempfänger:innen in unserem Lande. In der Politik und in den Medien herrschen die Sprache des Krieges und die Logik von Militarismus und Aggression. Der Nationalismus und der Rassismus nehmen zu. In der Kultur reicht es aus, eine russische Staatsbürgerschaft zu haben, um auf Verfemtenlisten zu landen. Alte und überwunden geglaubte russophobe Hassgefühle kommen wieder hoch, die in Sowjetrussland und vor dem Krieg gegen die Ukraine mühsam zurückgehalten wurden. Aber Tatsache ist: Von der Sowjetunion ist bisher kein Krieg ausgegangen, während umgekehrt der vom Hitlerfaschismus gegen die Sowjetunion geführte Krieg 27 Millionen Sowjetmenschen das Leben gekostet hat, darunter Ukrainer und Menschen der anderen Sowjetvölker. Diese Opfer des deutschen Angriffskrieges fanden übrigens in der Rede des deutschen Bundespräsidenten zum 8. Mai nicht mal eine Erwähnung!
Nicht im kältesten Krieg hatten wir es mit einer solch gefährlichen und unkontrollierbaren Zuspitzung zu tun.
Und die LINKE? Sie ist ebenfalls in der Krise, und keiner weiß, ob sie da wieder rauskommt. Obwohl sie so dringend wie zu sonst keiner anderen Zeit gebraucht wird. Was ist zu tun? Ich meine, die LINKE ist nicht gut beraten, sich in einer Situation politischer Defensive auch noch vorwiegend mit sich selbst zu beschäftigen und zu glauben, dass nach innen gerichtete Diskussionen und Auseinandersetzungen ihre Konflikte überwinden könnten. Das heißt natürlich nicht, dass in dieser Partei nicht mehr diskutiert werden soll, zumal sich zwei Parteihälften gegenüber stehen, deren Narrative sich gegenseitig ausschließen und eine Spaltung unvermeidlich erscheinen lassen. Darauf deutet zumindest die Äußerung von Susanne Henning-Wellsow hin, dass sich die LINKE auf dem kommenden Parteitag von gewissen Mitgliedern trennen müsse. Wie das konkret gemeint war und welche Teile der Partei das betreffen würde, hat sie allerdings im Dunkeln gelassen.
Dass strategische Diskussionen möglich und sinnvoll sind, zeigt ja auch die heutige Konferenz. Ich meine aber, dass diese Diskussionen in der jetzigen Phase in erster Linie die durch die Scholz-Politik in unserem Lande Kampf gegen Rüstungswahn und den zu erwartenden massiven Sozialabbau nach vorne stellen sollte und a u c h die Fragen aufwerfen sollten, unter welchen programmatischen Voraussetzungen die Einheit der Partei und ihre Weiterentwicklung zu einer massenwirksamen und unabhängigen linkssozialistischen Partei möglich ist, die sich weder in eine linkssektiererische Isolation hineinmanövrieren noch zu einer systemkonform und politisch wirkungslosen Mehrheitsbeschafferin für die Scholz-SPD degenerieren sollte. Dabei wird uns das bloße Beharren auf dem Erfurter Programm noch die Aufweichung einer linken Oppositionspolitik zur NATO weiterhelfen. Das heißt nicht, dass wir darauf verzichten können, die entstandene Situation neu zu analysieren und dabei das durch Putins Krieg entstandene und medial verstärkte Sicherheitsbedürfnis der Menschen in unserem Lande zu unterschätzen, mit dem Scholz punkten kann und zur Zeit keinen nennenswerten Widerstand aus der Bevölkerung erntet. Die suggestive Äußerung von Mathias Höhn jedoch, dass „wir“ in dieser Situation auf die NATO nicht verzichten könnten, ist keine glaubhafte Aufforderung zum Kampf gegen Aufrüstung und Sozialabbau, sondern eher ein Signal an Scholz, der ja immer wieder von der LINKEN gefordert hat, von ihrer ablehnenden Haltung zur NATO abzurücken, um „regierungsfähig“ zu sein.

Was ist es denn, worauf wir uns j e t z t einschwören müssen, um einheitlich und geschlossen wieder in die Offensive zu kommen?

Ein besonders wichtiges Beispiel ist der Appell „Demokratie und Sozialstaat bewahren – Keine Hochrüstung ins Grundgesetz!“ Es ist in der Tat nicht wenig, was es jetzt geeint von der Linken (groß und klein geschrieben) nach vorne zu bringen gilt:

- Kampf gegen die Wahnsinnsaufrüstung und der Unterwerfung unter die NATO-Forderungen

- 100 Milliarden für den Sozialstaat, für soziale und ökologische Umgestaltung, für gute Arbeit und gesundheitliche Versorgung
- Kampf der Hyperinflation und ihrer Folgen (Löhne, Renten und Transfersätze)
- Sicherstellung der Energieversorgung, gegen atomares Rollback und für massiven Ausbau der erneuerbaren Energien
- Kampf für bezahlbares Wohnen, Vergesellschaftung der Wohnungskonzerne

Im Appell **„Demokratie und Sozialstaat bewahren – Keine Hochrüstung ins Grundgesetz“** heißt es:

„Eine massive Hochrüstung der Bundeswehr hilft den Menschen in der Ukraine nicht. Die neu anzuschaffenden Waffen werden die Ukrainer:innen in ihrem Kampf und Recht auf Selbstverteidigung nicht unterstützen. Schon jetzt übersteigen die »Verteidigungsausgaben« aller 30 NATO-Staaten die russischen um fast das Zwanzigfache. Die Anschaffung von konventionellen Waffen wie Kampfflugzeugen und bewaffnungsfähigen Drohnen als Abschreckung unter atomaren Militärblöcken ist sinnlos. Die NATO-Länder und auch Deutschland haben schon vor 2014, das heißt lange bevor es den Ukrainekonflikt gab, begonnen, ihre Rüstungsausgaben deutlich zu steigern. Teile der Hochrüstungspläne finden sich schon im Koalitionsvertrag, weit vor den ersten Warnungen vor einer bevorstehenden russischen Invasion. Dieser Krieg und die fürchterlichen Bilder der Toten und Zerstörungen in der Ukraine können jedoch eine radikale Kursänderung in der deutschen Außenpolitik und die höchste Steigerung der deutschen Rüstungsausgaben seit dem Zweiten Weltkrieg – gar durch eine Grundgesetzänderung – nicht rechtfertigen.“

Diese Forderungen und Argumente sind es, die die LINKE als politischen Schwerpunkt jetzt nach „außen“ zu tragen hat..

3. Der „grüne Kapitalismus“ und die „Wandlung“ der Sozialdemokratie: Die Krise der Partei als Ergebnis verpasster programmatischer Veränderungen einer linkssozialistischen Partei

Der Zustimmungsverlust für die LINKE ist nicht erst das Ergebnis der zurückliegenden Bundestagswahlen und der davor stattgefundenen Europawahlen, gewiss auch nicht die Folge des Putin-Angriffskrieges gegen die Ukraine, obwohl die in der Partei vorhandenen Unstimmigkeiten über Putin den Zustimmungsverlust noch verstärkt haben mögen. Die Krise der Partei datiert schon einige Jahre, und man muss die Frage nach den Gründen dieser Entwicklung sehr grundsätzlich suchen. Was macht den Aufstieg einer Partei aus und was ihren Abstieg?

Zeigen wir das zunächst auf am Beispiel der SPD. Zweifellos hat die Hartz-4- und Niedriglohn-Politik Gerhard Schröders im Zeichen der „Globalisierung“ die Weltmarktposition des deutschen Kapitals gestärkt, durch Senkung der Lohnkosten und den korporatistischen Druck auf die gewerkschaftliche Lohnpolitik. Im Zuge seiner „Basta“-Politik hatte Schröder, teils mit erpresserischem Druck, seine Partei auf einen neoliberalen Kurs getrieben, der vor allem die Arbeitsmarktpolitik im Interesse des Kapitals „reformierte“. Dieser „Umbau des Sozialstaats“ hatte viele Arbeiter- und Gewerkschafter:innen gegen den „Genossen der Bosse“ und die SPD aufgebracht und zur Gründung der „WASG“ geführt, die gemeinsam mit der PDS die Gründungsparteien der LINKEN wurden. Diese Politik hat der SPD rund 10 Millionen Wählerstimmen gekostet und erheblich zum damaligen Wahlsieg von Angela Merkel beigetragen. Von da an befand sich die SPD im Krisen-Dauermodus, während die LINKE ihren Aufstieg nahm und es schaffte, zum ersten Mal in der Nachkriegsgeschichte der BRD eine stabile und wirkungsmächtige Partei links von der SPD zu etablieren. Die Stärke der LINKEN begründete sich durch die Schwäche der SPD. Ihre Identität fand sie in der Opposition gegen die Hartz-4-Politik und ihren Kampf für die Interessen der arbeitenden Menschen. In dem Maße, wie die Merkel-Politik auch Elemente sozialdemokratischer Politik aufnahm, nahm sie der SPD Wind aus den Segeln („asymmetrische Demobilisierung“) und konnte ihre Kanzlerschaft für 16 Jahre halten. Solange die SPD an den Ursachen ihres Niedergangs festhielt, änderte sich an diesen Dauerniederlagen nichts. Das zurückgelassene konservative Personal der 50er-Jahre-CDU wurde zunehmend unzufriedener, und deren ultrakonservativ-reaktionärer Teil sammelte sich in der AfD und beförderte in der Nachkriegsgeschichte erstmals erfolgreich die Gründung einer rechts von CDU/CSU stehenden rechtspopulistischen Partei mit zunehmend faschistoiden Tendenzen. Aber mit den Entwicklungen im modernen Kapitalismus, getrieben durch die Umbrüche des „digitalen“ und „grünen“ Kapitalismus war das Merkel-Modell an ihr Ende gelangt und erstmals wieder hatte die die SPD wieder eine Chance, sich ins Spiel um die (Regierungs-) Macht zu bringen. Man sprach jetzt von „Erneuerung“ der SPD, und Scholz, einer der Architekten der Hartz-4-Politik

und rechter Hardliner in der Innenpolitik (Hamburg) machte sich zum Gewinner dieser SPD, obwohl er noch beim Mitgliederentscheid zum SPD-Vorsitz gescheitert war. Scholz wurde, trotz veränderter, etwas nach links gerückter Zusammensetzung der Parteiführung, wieder zum entscheidenden Player der Partei. Tatsächlich hat er eine wirkliche Erneuerung der SPD verhindert und den Inhalt und Stil der Politik aus den Zeiten der Großen Koalition mehr oder weniger bruchlos übernommen. Das taktische Konzept: Im Merkel-Stil in die Nach-Merkel-Ära. Aber Scholz wäre nicht Scholz, wenn er nicht die Zeichen der Zeit erkannt hätte, das Erscheinungsbild der SPD in Zeiten der Klimakrise und der „Digitalisierung" programmatisch und wahltaktisch vorsichtig anzupassen. In kleinen Schritten, oft nur formell und mit Hilfe von Begriffsumbildungen („Bürgergeld" statt „Hartz-4"), rückte man von der im Misskredit geratenen Schröder-Politik ab, ohne freilich auf die Kernelemente der Sanktionspolitik gegen beschäftigungssuchende Arbeitnehmer:innen zu verzichten: Im Wahlkampfsprech hieß es jetzt „Anerkennung der Lebensleistung", und zur Ruhigstellung der Rentner:innen sicherte man den arbeitenden Menschen „Respekt für ihre Lebensleistung" zu usw. Kern seiner Wahlkampfstrategie war die Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro. Das zog. Die 13-Euro-Forderung der LINKEN erschien eher als standardmäßige Überbietungsforderung ohne Erfolgsaussichten. Auch die sozialdemokratische Wahlkampfwerbung war geschickt und wirksam: Roter Hintergrund, Scholz-Kopf und knackige Formulierungen haben gezogen. Damit hatte er dann, nebst glücklicher Umstände durch die Querelen mit Söder und dem Fehlverhalten von Laschet in der Unwetterkatastrophe im Ahrtal, die SPD zu guter Letzt in die Vorhand gebracht. Die Grünen, besonders Baerbock, haben sich dann selber aus dem Spiel genommen, sodass Scholz der glückliche Dritte wurde. Kurzum: Konzept und Wahlkampf von Scholz gingen auf und verschafften der jahrelang vor sich hin dümpelnden SPD eine Trendumkehr. Man wird sehen, ob die veränderte Führungszusammensetzung mit dem vom „Scholzkritiker" zum Generalsekretär gewandelten Kevin Kühnert, der Parteilinken Saskia Esken und dem Parteirechten Lars Klingbeil sich auch in der Regierungspolitik von Scholz niederschlägt. Auch die Verjüngung der SPD-Bundestagsabgeordneten geben das Bild einer „Revitalisierung" der SPD ab, mit der es gelingen könnte, die LINKE überflüssig zu machen und den alten Zustand, dass links von der SPD keine relevante Kraft existiert und eine nennenswerte linke Opposition ausübt, wieder herzustellen.
Und die LINKE?
Sie hat die „Erneuerung" der SPD unter Scholz in ihrer Halbheit und Unwahrhaftigkeit vielfach kritisiert und linke soziale Alternativen dagegengehalten, gab sich aber häufig, am offensichtlichsten in der Mindestlohnfrage, als die „etwas bessere SPD". Was die LINKE versäumt hat, war die vor allen programmatischen Veränderungen der SPD angesichts der Herausforderungen eines „digitalen" und „grünen" Kapitalismus genau zu analysieren und dazu alternative gesellschaftliche Perspektiven jenseits des Kapitalismus aufzuzeigen. Nicht Widersprüche „ausgleichen", sondern „überwinden", hätte stärker als Tendenz der LINKEN in der Auseinandersetzung mit der SPD herausgearbeitet werden müssen. Was unterblieb, war eine grundlegende „Schärfung" des Profils als linkssozialistische Partei, als Antwort auf das kapitalismuskonforme „linksliberale Angebot" von SPD und Grünen. Der Kapitalismus in seiner jetzigen Phase ist, darauf verweist der Sozialwissenschaftler Klaus Dörre, in den Griff einer „ökologisch-ökonomischen Zangenkrise" geraten, die mit den bisherigen neoliberalen Wachstumsstrategien (Profitförderung und Umverteilung von unten nach oben und Zurückdrängung gewerkschaftlicher Flächentarife) nicht zu überwinden ist und der Hinwendung auf einen von SPD und Grünen in Angriff genommenen grünen Kapitalismus alles andere als förderlich ist. Diese Alternativen wurden von der LINKEN weder thematisiert noch in den Wahlkämpfen offensiv kommuniziert. Auch gegen den mit der Digitalisierung verbundenen Umbau der volkswirtschaftlichen Produktion und dem zu erwartenden massiven Arbeitsplatzabbau wurde nicht ausreichend gearbeitet. Dahinter verbarg sich teilweise auch die Angst, mit der Berücksichtigung „grüner" Themen die programmatische Identität als Partei der sozialen Gerechtigkeit zu verlieren. Diese unzeitgemäße und undialektische Sicht (sozial ODER ökologisch) erwies und erweist sich indes gerade in der jüngeren Generation als kontraproduktiv und wenig attraktiv.

Es sind folgende Fragestellungen, derer sich die LINKE anzunehmen hat und zu allen Fragen die Perspektiven der Systemüberwindung durch eine sozial-ökologische Transformation aufzuzeigen:

- Welche Auswirkungen wird die Durchsetzung der neuen Produktionsweise im digitalen Kapitalismus („Plattformkapitalismus") auf die Arbeitsverhältnisse und Lebensweise der Beschäftigten haben?

- Welche Ausbildungs- und Qualifikationsstrukturen und -anforderungen werden mit der Durchsetzung „grüner“ Technologien auf die Beschäftigten zukommen?
- Welche Auswirkungen auf Beschäftigung, Qualifikation und Entlohnung werden auf die deutsche Automobilindustrie zukommen? Welche Arbeitsplatzfolgen sind für die deutlich weniger benötigten Zulieferer zu befürchten?
- Wird es den Gewerkschaften gelingen, sich in den neuen Produktions- und Beschäftigungsstrukturen wirksam zu verankern und ihre Organisationsmächtigkeit zu behalten („Gute Arbeit“) ?
- Werden die Gewerkschaften in der Internet-Wirtschaft und der Industrie 4.0 zu einem Auslaufmodell? Gibt es alternative Organisationsmodelle?
- Entsteht eine „neue“ Arbeiterklasse im grünen und digitalen Kapitalismus, wie stellt sich die Fragen nach deren Organisation und Handlungsfähigkeit?
- Wie werden sich der Arbeitsmarkt und die Berufsfelder in den nächste Jahrzehnten verändern?
- Welche Bedeutung wird im Zeichen der digitalen Zukunft die produktive menschliche Arbeit und die Mehrwertproduktion erhalten?

4. Das neue Projekt einer sozialistischen Linken – sozialökologische Transformation zu einem nachhaltigen und „erweiterten“ Sozialismus

Eine sozialistische Partei bleibt eine lebensfähige Organisationsform, wenn sie eine eigenständige und unverwechselbare politische und weltanschauliche Identität besitzt, wenn sie einen sozialen Träger (ein soziales Subjekt) besitzt und über eine Programmatik verfügt, die die Kämpfe und Ziele dieses (geschichtlichen) Subjekts zu leiten und zu befördern vermag. Traditionell waren die sozialistischen wie auch die bürgerlichen Parteien immer Klassenparteien, auch wenn die bürgerlichen Parteien ihren Klassencharakter häufig zu verschleiern suchten und sich den Anstrich „nationaler“ politischer Parteien oder den von „Volksparteien“ gaben, deren Kern und politische Macht indes verschiedene Fraktionen der herrschenden bürgerlichen Klassenkräfte darstellten. Ein Merkmal des 20. Jahrhunderts ist, dass sich auch die SPD, im „Godesberger Programm“ zu einer „Volkspartei“ erklärte.
Die Begründung war, dass im Zuge der wirtschaftlichen Entwicklung zum „Wohlstandskapitalismus“ aus den einstigen Proletariern nunmehr „Wirtschaftsbürger“ (Fritz Erler) geworden seien und die alte Klassengesellschaft ausgedient habe. Sie sei zu einer „sozialen Marktwirtschaft“ gereift sei, die den „Klassenkampf“ obsolet gemacht habe. Der Staat sei nicht mehr, wie noch bei Marx, ein „Klassenstaat“, sondern habe die Rolle eines „Schiedsrichters“ übernommen, der die Interessen und Erwartungen der unterschiedlichen Gruppen in der „sozialen Marktwirtschaft“ zwischen den verschiedenen Interessen „auszugleichen“ beauftragt sei. Soweit das sozialdemokratische Narrativ der Ersetzung des marxistischen Gedankenguts durch das bürgerliche Pluralismuskonzept und der ordoliberalen Wirtschaftstheorie. Mit dem Godesberger Parteitag und der Abschwörung des „Klassenkampfs“ wurde die ideologisch-politische Vorbereitung für die spätere Übernahme der Regierungsgeschäfte geschaffen, die Regie dabei hatte der Oppositionschef der SPD Herbert Wehner inne. Gegen diesen Kurs opponierten nur wenige linke Sozialdemokraten wie Wolfgang Abendroth und Peter von Oertzen.
Die Geschichte der LINKEN, ihr Aufstieg hing direkt zusammen mit der eintretenden Krise der SPD unter Schröders Hartz-4-Kurs.
Erstmals seit Beginn der Nachkriegspolitik positionierte sich eine links von der Sozialdemokratie stehende Partei als relevante politische Kraft.
Im Unterschied zu früheren Zeiten war die LINKE nicht das politische Ergebnis einer aufstrebender Klassenbewegung wie im Falle der revolutionären SPD des 19. Jahrhunderts, sondern die Konsequenz aus einer doppelten Krise, der Krise und dem schließlichen Ende der SED und der Krise der Schröder-SPD. Es kam zur Gründung der WASG (Wahlalternative für Arbeit und soziale Gerechtigkeit) im Jahr 2005, einem Zusammenschluss linker, vorwiegend gewerkschaftlicher Kritiker der neoliberalen Politik Schröders. Aus geschichtlichen Erfahrungen heraus hatte sich die 2007 gegründete LINKE vorgenommen, die verschiedenen früheren ideologischen Spaltungen zu überwinden und sich als pluralistische linkssozialistische Partei aufzustellen. Voraussetzung war, einen Sozialismus anzustreben, der demokratisch und lebenswert und ohne Denkverbote sein sollte. Linke Sozialdemokraten, ehemalige DKP-Mitglieder, ehemalige Angehörige maoistischer und trotzkistischer Gruppen sowie einige linksökologische Aktivisten waren bereit, diesen Versuch zu wagen. Leitidee und

öffentlich wahrgenommener Markenkern der Partei war die „soziale Gerechtigkeit“ und die Zielsetzung eines „demokratischen Sozialismus“, der ebenso sehr dem „Stalinismus als System“ (Michael Schumann) abschwor wie den alten zentralistischen Strukturen und Praktiken in der Tradition der leninistischen Kaderpartei.
Seit der Gründung der LINKEN 2007 sind mehr als 15 Jahre vergangen und es scheint, als sei der Aufstiegserfolg und die Gründungsimpulse der Partei verbraucht. Der Kapitalismus hat sich in dieser Zeit spürbar geändert und mit verloren frühere Themen an Zugkraft. Mit der Abschwächung und einem partiellen Umbau der Hartz-4-Politik der SPD und der Umstellung auf Themen wie „digitaler und grüner Kapitalismus“ muss sich die LINKE fragen, warum sie diesen Veränderungen offenkundig nicht Rechnung getragen hat, insbesondere dadurch, sich programmatisch wirksamer aufzustellen und ihre Vorstellung vom demokratischen Sozialismus stärker mit den Alltagskämpfen in der bundesdeutschen Krisenrealität zu verbinden, etwa in der Art, wie es Bernie Sanders in den USA praktiziert. Er und seine Mitstreiter:innen verstehe es, radikale Kapitalismuskritik zu üben und die ökologische und soziale Dauerkrise als im Wallstreet-Kapitalismus nicht lösbar zu erklären. Es gelingt den „democratic socialists“ offenbar gut, die Lebensinteressen der vor allem jungen US-Wähler:innen mit sozialistischen Forderungen und Zukunftszielsetzungen zu verbinden. Wir sollten von der linken US-Bewegung lernen! Motto: „Socialism ist back“.
Wie sieht es mit dem sozialistischen Projekt in der Bundesrepublik aus?
Klaus Dörre, marxistischer Sozialwissenschaftler an der Universität Jena, hat sich mit der Frage beschäftigt, ob der in der BRD negativ konnotierte Begriff des „Sozialismus“ vielleicht durch einen weniger „besetzten“ Begriff ersetzt werden müsse: „Solidarische Gesellschaft“, „Neosozialismus“, „Ökosozialismus“, „Radikaler Humanismus“, „Postwachstumsgesellschaft“ – das sind einige der Versionen, die von verschiedenen Autoren bisher ins Spiel gebracht wurden. In seinem Buch „Die Utopie des Sozialismus“ (2021) entscheidet sich Dörre schließlich für ein Beibehalten des durch die marxsche Tradition hervorgebrachten Begriffs: Sozialismus.
Dass dieser Sozialismus weder mit den stalinistischen Deformationen im untergegangenen Staatssozialismen vergleichbar sein darf noch im industrialistischen Sozialismustyp des 20. Jahrhundert stecken bleibend, ist für Dörre im Zeitalter der Klimakrise und der im heutigen Kapitalismus unaufhebbaren „ökologisch-ökonomischen Zangenkrise“ eine Selbstverständlichkeit. Ebenso wie sein Lehrer Frank Deppe ist er der Auffassung, dass von dem tradierten Sozialismusbegriff nichts mehr ausstrahlt, das zu früheren Zeiten für die Arbeiterbewegung jene Begeisterung und einen Zukunftsoptimismus ausgestrahlt hat, die die Begeisterung und den Mut im Klassenkampf für eine Zukunft ohne kapitalistische Ausbeutung befeuert hat. Angesichts des Scheiterns der staatssozialistischen Gesellschaften und dem geschichtlichen Scheitern der kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeiterbewegungen (Sieg des Faschismus), der verlorenen Auseinandersetzungen um eine Neugestaltung der Nachkriegsordnung in der BRD war es an der Zeit, sich wissenschaftlich-kritisch mit Geschichte und Idee des Sozialismus auseinanderzusetzen. Dieser schweren Aufgaben hat sich Frank Deppe, emeritierter Professor der Marburger Philipps-Universität in seinem Buch „SOZIALISMUS, Geburt und Aufschwung – Widersprüche und Niedergang – Perspektive“ unterzogen.
Er schreibt über Idee des Sozialismus und Entstehung der deutschen Arbeiterbewegung, der Herausbildung des wissenschaftlichen Sozialismus durch Marx und Engels, das Zeitalter der Katastrophen im 20. Jahrhundert, Oktoberrevolution, Aufschwung und Niedergang des realen Sozialismus, Stalinismus, Scheitern der Sozialdemokratie und des „parlamentarischen Sozialismus“, Nachkriegsordnung und Kalter Krieg, 68er-„Revolutionen“ und die Ära der Globalisierung und des Neoliberalismus bis zur heutigen Krise beider Konzepte. Die Jahrhundertbilanz fällt für Deppe ernüchternd aus:
„Nach 100 Jahren existiert das sozialistische Projekt gesellschaftlicher Umgestaltung im Sine der klassischen Forderungen nach der Vergesellschaftung der Produktionsmittel und der ‚Zurücknahme des Staates in die Gesellschaft‘ als entwickelte Form der sozialistischen Demokratie und Selbstverwaltung nicht mehr als Projekt einer proletarischen Klassenbewegung sowie von Massenparteien der Arbeiterbewegung. Ob sich aus den ‚großen Chaos‘ im Übergang ins 21. Jahrhundert eine neue Zukunftsperspektive für dieses Projekt eröffnen wird, ist offen.“ (Deppe, 260)

Kann angesichts dessen der Sozialismus ein Zukunfts-Erfolgsmodell sein?

„Wenn diese Sozialismus-Bilanz derart ernüchternd ausfällt und wichtige gesellschaftlich-soziale Voraussetzungen nicht mehr gegeben sind, was berechtigt den Autor dann, sich einen Sozialismus des 21. Jahrhunderts als Lösungskonzept für die heutigen Krisenprozesse und –szenarien vorzustellen? Angesichts mannigfaltiger möglicher Alternativ-Szenarien in den heutigen kapitalistischen Zivilgesellschaften und politischen Systemen ist es

unvermeidlich, "dass das Projekt des Sozialismus im 21. Jahrhundert mit zahlreichen offenen Fragen und Widersprüchen konfrontiert wird, die einerseits in theoretischen Debatten und Analysen geklärt werden müssen, aber andererseits nur in der politischen Praxis und in den Kämpfen um Veränderung von Machtverhältnissen (vom Arbeits- und Produktionsprozess über die Zivilgesellschaft bis zur politisch-staatlichen Sphäre) aufgelösten werden können." (Deppe, 305)

Wenn zur Lösung der heutigen Probleme (Klimakatastrophe und „Zangenkrise“) der Kapitalismus systembedingt versagen muss und nur eine nachhaltige Produktionsweise jenseits des Profits und in Übereinstimmung mit humanen Entwicklungsbedingungen eine Lösung darstellt, dann kommt folglich nur der Sozialismus infrage. Das ist unsere Überzeugung. Aber welcher Sozialismus? Nicht der alte, bekannte, es muss ein nachhaltiger, demokratischer, humaner Sozialismus sein. Das ist die Auffassung von Klaus Dörre, der die Vorstellung vertritt, dass der Sozialismus wieder zu einer „Utopie“ werden und den Menschen neue Hoffnung und Leidenschaft vermitteln müsse. „Utopie“ versteht Dörre nicht als Absage an den wissenschaftlichen Sozialismus, sondern im Blochschen Sinne, als „konkrete Utopie“, die keine Absage an die marxsche Utopiekritik sein soll, sondern deren Weiterentwicklung. Bloch will indes der Verallgemeinerung einer solchen Kritik auf jegliche Utopien entgegentreten, die Vielfalt des Utopischen aufzeigen und insbesondere die Unerlässlichkeit sozialutopischer Antizipationen im Kontext marxistischer Praxis geltend machen. Die konkrete Utopie setzt die Marxsche Ökonomiekritik voraus und bezieht sich insbesondere seit Anfang der dreißiger Jahre positiv auf die damalige Arbeiterbewegung.
(Ernst Bloch: Zur Ontologie des Noch-Nicht-Seins, in: Hans Heinz Holz (Hrsg.), Ernst Bloch – Auswahl aus seinen Schriften. Frankfurt a. M./Hamburg: Fischer, 1967, S. 63.

Für Klaus Dörre ist die Nachhaltigkeit aller gesellschaftlichen Lösungen zur Überwindung der ökologischen Krise die entscheidende Voraussetzung, und ein Sozialismus, der diese Voraussetzung nicht bietet, verbaut die erforderlichen Lösungen. Sein Handlungsleitfaden ist:

„Kombiniert man die elementaren Dreiecke des Sozialismus und der Nachhaltigkeit mit den Strategien der sozialistischen Handlungsfähigkeit, erhält man einen Kompass, der in unübersichtlichem Gelände Orientierung für emanzipatorische Bestrebungen bieten kann. Mithilfe dieses Kompasses lassen sich Übergänge aufspüren, die von expansive zu nachhaltigen Gesellschaften führen und als Formationswandel zu konzipieren sind. Wege zu einer ökosozialistischen Formation öffnen sich im Kampf um gesellschaftliche Mehrheiten. Sie können von erwachenden Selbstbewusstsein einer neuen Lohnabhängigenklasse profitieren. Attraktiv wird ein nachhaltiger Sozialismus, sofern er als rebellische Lebensform begriff wird, die Veränderungen im Hier und Jetzt durchsetzen will, deshalb gesellschaftliche Kräfteverhältnisse zu beeinflussen sucht und Anknüpfungspunkte in den progressiven Varianten eines globalen Green New Deal und seiner Sicherheitsarchitektur findet.“ (Dörre, 223)

Das ist das Programm, an dem Klaus Dörre arbeitet und Frank Deppe zur Notwendigkeit eines „erweiterten Sozialismusbegriffs“ führt.

Das wäre auch das Programm, an dem die LINKE arbeiten sollte, anstatt sich immer tiefer in die Spaltung zu vergraben. Diese Aufgabe kann nur sie übernehmen, die werden ihr die rot-grünen Strategen des grünen Kapitalismus nicht abnehmen. Eine solche Orientierung und einen solchen politischen Prozess in Gang zu setzen, wird der LINKEN neue Kräfte und Perspektiven zuführen und die Problematik ihrer Krise gegenstandslos machen.

Hartmut Ring, Strategiekonferenz[1]
Zur Debatte der Wahlniederlage – Aspekte – (stark gekürzt[2]).
Am Anfang möchte ich gerne an ein Zitat von Michael Meyen anknüpfen.
Es charakterisiert meine Motivation, mich hier kritisch einzulassen.

Erst wer alt genug ist, um nicht mehr um seinen ‚Platz in der Sozialordnung' fürchten zu müssen, bringt die wichtigste Voraussetzung mit: den süßen Belohnungen, welches konformes Verhalten in jeder Gesellschaft verspricht, zu entsagen.[3]
* Die Außenerscheinung unserer Partei auf wesentlichen Feldern der aktuellen politischen Auseinandersetzung ist von Konformität mit dem Mainstream der herrschenden Meinung als Meinung der Herrschenden geprägt.
* Die konstruktive Oppositionsrolle ist ohne Not aufgegeben worden zugunsten einer falschen Anpassung, um zur Belohnung mitregieren zu können.
Ich sehe, wie viele andere GenossInnen auch, weitere diverse Gründe für unser schlechtes Abschneiden:
* In ihren Auftritten haben die SpitzenkandidatInnen sowohl unser Partei- als auch unser Wahlprogramm verlassen und zwar in wesentlichen Punkten. Hierzu die Stichworte: R2G und Friedenspolitik (NATO);
* Ich sehe aber auch einen schweren Fehler des PV, der Fraktion, ja vieler Gremien der Partei, auch auf parlamentarischer Landes- und Kreisebene, bis ‚hinunter' zu einzelnen GenossInnen in Folgendem:
Das ist die inzwischen üblich gewordene **Diskursverweigerung** kontroverser gesellschaftlicher und wissenschaftlicher Fragen. Daher mein Eingangszitat.
Dieser Punkt ist aus meiner Sicht für die Zukunft unserer Partei essenziell und existenziell.
Als schlagende Beispiele für die Diskursverweigerung nenne ich die Stichworte:
1. Haltung zur Covid19-Frage
Darin enthalten sind:
* die nur schwache – auf einzelne GenossInnen begrenzte - Reaktion auf unangemessene und unverhältnismäßige Grundrechtseinschränkungen;
* die Diffamierung und Ignoranz kritischer Stimmen gegenüber der Impfkampagne, pharmaindustrienaher PolitikerInnen, gegenüber dem RKI und seinen Zahlenspielereien[4] und gegenüber der StIKo, ganz zu schweigen gegenüber dem Gesundheitsministerium.
* **Durch die Diskursverweigerung** und Diffamierungen gegenüber kritischen Stimmen – auch aus der Wissenschaft – **hat die Partei** - und natürlich nicht nur sie, sondern auch die Mainstreammedien - **der Instrumentalisierung der Kritik** an Covid19-Maßnahmen durch neonazistische, faschistische und esoterische Strömungen, Gruppierungen, Organisationen und nicht zuletzt der AfD **Vorschub geleistet.**
* Wer erinnert sich noch an die Diffamierungskampagne gegenüber einer Initiative von bedeutenden Kulturschaffenden „Alles dicht machen"?[5]

---

1 Ich kann selbst nicht anwesend sein, weil ich mich auf einer Sitzung des Bundesausschusses befinde.
2 Der vollständige Text ist bestellbar unter: ppf@umwelt.ecolink.org
3 Im Original heißt es: *„Erst wer alt genug ist, um nicht mehr um seinen ‚Platz in der Sozialordnung' fürchten zu müssen, bringt die wichtigste Voraussetzung mit, um aus der Propaganda-Matrix ausbrechen zu können: eine Absage an die süßen Belohnungen, die Konformität in jeder Gesellschaft verspricht."* In: Michael Meyen, Die Propaganda Matrix, München 2021, 22 f.
4 Vgl. Nachdenkseiten v. 26. März 2020: Gerd Bosbach über die Zahlentricksereien des RKI: https://www.nachdenkseiten.de/?p=59617. Zu Lothar Wiler: „Solchen Wissenschaftlern würde ich gerne Kamera oder Mikrofon entziehen.". Gerd Bosbach ist emeritierter Professor für Statistik und Empirische Wirtschafts- und Sozialforschung, war zuvor wissenschaftlicher Mitarbeiter des Statistischen Bundesamtes. Vgl. auch sein Interview mit der Berliner Zeitung v. 18.2.2021: https://www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/mathematiker-die-datenlage-zu-den-mutationen-ist-viel-zu-duenn-li.140445?pid=true
5 https://allesdichtmachen.de/

* Was hat unsere Partei dazu gesagt?
* Wie hat sich die Stellungnahme des Genossen Norman Paech, emeritierter Völkerrechtler und unser erster Bundestagsabgeordneter aus Hamburg, v. 14. März dieses Jahres mit dem Titel „Der unendliche Ausnahmezustand“[6] auf den Diskurs führender GenossInnen unserer Partei ausgewirkt?
* Warum hat es bisher gegen das Infektionsschutzgesetz und seine letzte Änderung am 07. September dieses Jahres[7] trotz Ablehnung durch unsere Fraktion bisher keine Verfassungsklage gegeben, obwohl durch diese Änderung - auch anderer Teile dieses Gesetzes - erst recht durch die Praxis zahlreicher Behörden, wesentliche Grundrechte missachtet und ausgehebelt werden?
* Wie hat sich im Vorwege die ablehnende Stellungnahme des DGB vom 31.08.[8] dieses Jahres, insbesondere bezogen auf die Abfragemöglichkeit des Impfstatus von Beschäftigten durch die ArbeitgeberInnen und hieraus abgeleiteter arbeitsrechtlicher Konsequenzen, auf die Diskussion in unserer Partei, namentlich des Führungspersonals, ausgewirkt – und wie im Wahlkampf?
* Wer weiter in die Materie Covid 19 einsteigen will[9], der lese das Urteil des Weimarer Amtsgerichts vom 08.04.2021[10] und die in diesem Urteil enthaltenen wissenschaftlichen Gutachten. Ein entsprechendes Urteil gibt es auch von einem Bayerischen Amtsgericht in Weilheim v. 13.04.[11] dieses Jahres.

2. Haltung zu Diskussionsbeiträgen von Sahra Wagenknecht

Es gab und gibt bis heute keine solidarische und offene Diskussion über Sahras Buch. Und auch nicht zu ihren sonstigen Äußerungen. Stattdessen (schon vor der Veröffentlichung des Buches) ein in Teilen der Partei bereits etabliertes ‚Basching‘. Man könnte den Test machen und fragen, wer ihr Buch „Die Selbstgerechten“ denn wirklich gelesen hat? Von etlichen GenossInnen wurde als eine Ursache für die Wahlniederlage der Zeitpunkt der Buchveröffentlichung ausgemacht. Was für ein Unsinn! Der Zeitpunkt der Veröffentlichung eines Buches wird i. d. Regel vom Verlag bestimmt und nicht von AutorInnen. Zudem lenkt diese Behauptung von den eigentlichen Ursachen ab. Sie steht auch im Widerspruch zur viel genannten Tatsache, dass die schwindende Zustimmung bei Wahlen schon sehr viel früher nahezu flächendeckend eingesetzt hat.

3. Haltung zur Afghanistan-Abstimmung zur Rückholung von Ortskräften etc. im Bundestag

Erstens, wird die Öffentlichkeitswirkung des Abstimmungsverhaltens der Linksfraktion überschätzt.[12] Trotzdem haben sich die herrschenden Medien natürlich darauf gestürzt (siehe Anm. 10).

Zweitens: Die Haltung hätte ein eindeutiges „Nein“ sein müssen und die hätte offensiv nach außen kommuniziert werden müssen. Kaum ein Mitglied unserer Partei hat die Vorlage gelesen und seine Reichweite erkannt. Das zeigt die parteiinterne Diskussion auch in Hamburg. Der Beschluss war

---

6 https://kurzelinks.de/4f7s

7 https://kurzelinks.de/0cy6; vgl. auch den Redebeitrag der Genossin Gesine Lötzsch in der Debatte hierzu,

8 https://kurzelinks.de/f3km

9 Zum Thema gibt es zahlreiche im öffentlichen und veröffentlichten Mainstreamdiskurs und auch im öffentlichen Diskurs unserer Partei zahlreiche (faktenfrei) diffamierende Veröffentlichungen, die man einfach nicht kritisch zur Kenntnis nehmen oder auch nur diskutieren wollte. Ich schätze das so ein, dass diese Haltung aus der Angst, in der Mainstreamöffentlichkeit in die ‚falsche‘ Ecke gestellt zu werden, entwickelt hat – bei manchen gerade zu reflexartig. Stattdessen entwickelten sich – medizinisch und wissenschaftlich völlig ungeprüft – angeblich humanitäre Forderungen nach Patentfreigabe und ‚gerechter‘ Verteilung der Vakzine in der sog. 3. Welt. Sowohl die wissenschaftlichen Grundlagen der notzugelassenen Vakzine, noch die sensationsheischende Berichterstattung in den Medien waren der Kritik wert. Ich empfehle folgende Literatur (neben den veröffentlichten Gutachten im Weimarer Urteil und den Einlassungen von Gerd Bosbach und auch von Sahra Wagenknecht [Newsletter v. 21.01.21; Newsletter v. 04.02.21 und vom 22.04.21 – obwohl sie dem Impfen grundsätzlich positiv gegenübersteht – leider auch unkritisch]: Clemens G. Arvay, Corona Impfstoffe, Rettung oder Risiko; auch seine Einlassungen auf seiner Homepage sind sehens- und lesenswert: https://www.clemensarvay.com/ und natürlich die Veröffentlichungen von Karina Reiss und Sucharit Bhagdi, Corona unmasked und Corona Fehlalarm; ebenso – wer spannende Medizingeschichte kennenlernen will - : Thorsten Engelbrecht, Claus Köhnlein, Virus-Wahn.

10 Quelle: https://kurzelinks.de/or7u .

11 https://kurzelinks.de/3pg2

12 Die Abwanderung von WählerInnen ist ja bekanntlich schon lange im Gange und hat vielfältige Ursachen.

völkerrechtswidrig und widersprach unserer bisherigen Haltung zum Afghanistaneinsatz der Bundeswehr und zum Afghanistankrieg überhaupt.[13] Zivile Alternativen wurden seitens des Außenministeriums und des Innenministeriums blockiert (Visaerteilung).[14] Und das nicht nur in der Endphase des Krieges.[15]

Wer wissen will, wie das System der Diskursverweigerung und Diffamierung funktionierte und noch immer funktioniert, dem empfehle ich das Buch des Kollegen Michael Meyen „Die Propaganda Matrix“[16].
Es gibt nicht nur aus meiner Sicht schon länger strukturelle Probleme in der Partei, die ich in Frageform kleide:
> Wieviel Prozent unserer Mitglieder sind noch gewerkschaftlich organisiert?
> Wie stark und flächendeckend ist unsere Verankerung **in** und sind unsere unterstützenden Aktivitäten **für** demokratische außerparlamentarische Bewegungen?
> Wie initiativ sind wir beim Anstoßen außerparlamentarischer Bewegungen, deren Ziele den unseren entsprechen?
> Wie groß ist der Bekanntheitsgrad der Kompetenz unserer Ökologischen Plattform, wie stark spielte sie im Wahlkampf eine Rolle und wie oft wird sie von der Partei und ihren Gremien abgerufen?
> Welche Rolle spielte und spielt ein alternatives Gesellschaftsmodell, wie es im Parteiprogramm angedeutet ist?
> Wieso existiert der Eindruck, der Genosse Fabio de Masi kämpfte allein auf weiter Flur zu seinem Thema – ohne erkennbaren Widerhall oder Wertschätzung in der Parteiöffentlichkeit in Fraktion und PV?
> Im Wahlkampf spielten seine Erkenntnisse und Aktivitäten kaum eine Rolle – warum?

Beispiele zu möglichen Konsequenzen:
1.
> Bildungsarbeit auf in allen Stadtteilgruppen
Es gibt ja bereits ausgearbeitete Bildungsprogramme. Sie werden aber kaum abgerufen. Viele Gruppen sind daher auf sich allein gestellt.
> Rückbesinnung auf unser Parteiprogramm, welches vor Ort mit Leben erfüllt werden muss: Wie wollen wir in Zukunft leben? Wie steht es mit der Systemfrage? Wie stellen wir uns eine sozialistische Gesellschaft vor?
> Verankerung vor Ort: Sozialberatung – Mitarbeit in Initiativen, die unseren Zielvorstellungen entsprechen – Unterstützung der Arbeit vor Ort durch MandatsträgerInnen bzw. Fraktionen.[17]
> Positive Beispiele für gelungene Parteiarbeit und Verankerung vor Ort daraufhin untersuchen, ob sie für die eigene Arbeit Anregungen bieten. (Sören Pellmann[18], Gesine Lötzsch, Gregor Gysi).
> allgemeine Orientierung auf starke Oppositionsarbeit statt vergebliches Schielen auf Regierungsbeteiligung – es sei denn, wir sind so stark, dass wir eine mögliche Regierungsarbeit auch wesentlich i.S. unseres Parteiprogramms beeinflussen können.
> Etablierung größerer Sichtbarkeit durch offensive Öffentlichkeitsarbeit vor Ort – trotz Corona-Einschränkungen.[19]

---

13 Vgl. die entsprechenden Artikel auf der Homepage von Norman Paech: http://www.norman-paech.de/index.php?id=sudan; der Vorlagenbeschluss im Original: https://dserver.bundestag.de/btd/19/320/1932022.pdf.
14 https://www.proasyl.de/news/afghanistan-eine-chronik-des-versagens/
15 Vgl. https://www.zdf.de/nachrichten/politik/afghanistan-evakuierung-masar-i-scharif-gescheitert-100.html und
16 https://kurzelinks.de/pv46
17 Siehe Grazer Beispiel.
18 Dazu ein Papier v. Sören Pellmann, eingereicht im letzten Bundesausschuss. Kann bei mir angefordert werden, zusammen mit der Langfassung.
19 Siehe die positiven Beispiele der HHer Volksinitiative gegen Rüstungsexporte.

Wie kann sich Deutschland verteidigen?

Seit Hiroshima begleitet die Menschen die Furcht vor einem Atomkrieg. Was macht der Mensch damit? Er verdrängt es. Anders kann man nicht leben. 1962 kam es zur Kubakrise, die Welt hielt den Atem an. Es ging nochmal gut. Mit dem Ukrainekrieg wurde die Möglichkeit, durch einen Atomschlag ausgelöscht zu werden wieder real für die Menschen. Subjekte reagieren unterschiedlich auf elementare Bedrohung. Einige aggressiv, andere verstummen, manch einer ist traurig, verängstigt sind alle.

In dieser Situation fragen sich viele Bundesbürger: Wie kann die Bundesrepublik Deutschland verteidigt werden? Ein Verweis allein auf unsere friedenspolitischen Grundsätze, wie sie im Erfurter Parteiprogramm verankert sind, reicht nicht als Antwort. Die Leute werden denken, Austritt aus der NATO oder auch nur aus dem militärischen Teil des Bündnisses, schön und gut, aber wie sollen wir uns ohne NATO verteidigen?

Wir reden über eine mögliche Neutralität der Ukraine, aber wir selbst sind es nicht, obwohl im Grunde jeder weiß, davor Kriegsschauplatz in einem atomaren Schlagabtausch zu werden, schützt Deutschland allein Neutralität, Rückzug aller Besatzungstruppen und deren Atomwaffen, schließlich Austritt aus der NATO, strukturelle Nicht-Angriffsfähigkeit, eventuell ein neues Bündnis mit Frankreich und anderen.

Deutschland ist militärisch ein Vasall der USA. Die hier gelagerten circa 20 Atombomben, die Kampfjets* um sie an Zielen abzuwerfen, die die Amerikaner bestimmen werden, sind sind für die Bundeswehr nutzlos. Sie dienen allein dem strategischen Ziel der USA, Konsequenzen aus taktischen atomaren Schlägen gegen Russland auf Deutschland zu begrenzen. Deutsches Kapital, deutsche Technologie und Wirtschaft sind für die USA ein Konkurrent, für Russland dagegen ein kongenialer Partner, den man nicht vernichtet.

Im Verbund mit den F 35 Kampfjets wird es Russland aber als Abwehrsystem gegen einen Vergeltungsschlag werten. Wie man es dreht und wendet, Deutschland kann gegen einen atomaren Angriff nicht verteidigt werden. Deshalb ist es sinnvoll schnellstmöglich Signale an Russland zu senden, die für Russland Deutschland aus der Liste aggressiver westlicher Mächte nimmt.

- Eine Umwandlung der Bundeswehr in eine Armee struktureller Nicht-Angriffsfähigkeit.

- Austritt aus den militärischen Strukturen der NATO.

- Friedensforschung und Aufbau und Training von Sozialer Verteidigung. Das sind Methoden der Nicht-Zusammenarbeit solidarischer Bürger mit dem Feind, die für die Individuen sicher weniger gefährlich sind als das Soldat sein, dennoch nicht etwa gänzlich ungefährlich. Sie müssen begleitet werden von der Basis einer solidarischen Gesellschaft, dem Aufbau statt Abbau des Sozialen in der BRD.

Ob so wie von mir beschrieben oder anders, das soll diskutiert sein. Auf jeden Fall sollte von der Konferenz ein Signal nach Innen und Außen ausgehen, auf der Basis des Erfurter Programms Antworten zu finden wollen, die der Krieg in der Ukraine und unsere Bevölkerung uns stellt.

*F35 Tarnkappenjets, Stückpreis ca. 80 Millionen Dollar , geplant 55 Stück

** Arow 3, mindestens 2 Milliarden Euro

Heinz-Dieter Lechte

Wer, was, wohin, wie?

Die Leitfragen erinnern an die „Grundsätze des Kommunismus“ geschrieben im November 1847 von Friedrich Engels als dem „Manifest der Kommunisten“ vorlaufender Text. Darin lautet die erste Frage: „Was ist Kommunismus?“
Analog lautete unsere erste Frage: „Was ist demokratischer Sozialismus?“

Der im Erfurter Parteiprogramm als gesellschaftliches Ziel genannte *Demokratische Sozialismus* ist anders als der Kapitalismus kein System, das sich einmal angestoßen in eine bestimmte Richtung bewegt. Er braucht Ideen, er braucht einen Plan, aber nicht und unwiderruflich in den Köpfen einiger weniger Experten des Wissens und der Macht, sondern in allen Köpfen und im Handeln aller Menschen. Bertolt Brecht würde von einer „Großen Erzählung“ reden wollen. Wie es ihnen geht wissen die Menschen selber, aber nicht wie es anders gehen könnte. Zu tief hat sich das Bestehende als quasi alternativlos in die Köpfe eingegraben.
Unsere Partei ist die einzige im Bundestag, die nicht kapitalistisch, sondern antikapitalistisch ist. Sollten wir uns nicht den Menschen erklären - warum wir Antikapitalisten sind, alle anderen politischen Kräfte im Bundestag aber bestenfalls Anstreicher der Rostflächen des Kapitalismus neoliberaler Prägung?

Das Erfurter Programm (EP) sagt, an den Toren zu den Arbeitsplätzen ende die Demokratie, aber ohne Demokratie in der Wirtschaft ließen sich Interessen der Allgemeinheit gegen Profitinteressen nicht durchsetzen. Entscheidend darin die Eigentumsfrage an Produktionsmitteln. Erst die Befreiung aus der Herrschaft des Kapitals verwirkliche die sozialistische Perspektive. Dabei beruft sich das EP auf Marx, Engels und Luxemburg. Damit ist aber nicht gemeint, wir sollten abwarten bis uns die Geschichte befreit. Gerade Rosa Luxemburg stellt in ihrer Schrift „Sozialreform oder Revolution“ klar, der Konjunktiv ist falsch gesetzt, Reform und Revolution gehört immer zusammen. Dann ist die Reform revolutionär. Als Antipoden zitiert sie Eduard Bernstein. Er sagte: „ Das Endziel, was immer es sei, ist mir Nichts, die Bewegung alles.“ Sie nennt es „die opportunistische Methode“.

Unter der Frage <u>WAS</u> sind in den Leitfragen die großen aktuellen Menscheitsfragen benannt, die *Klimakrise, Krieg und Frieden*. Die Klassiker haben betont, dass ein Wechsel der Produktionsweise und der Produktionsverhältnissen voraussetzt, dass sie die Möglichkeiten einer entwickelten Stufe der Produktivkräfte nicht mehr abbilden können. Das hieße, alle Möglichkeiten die Klimakrise zu bewältigen, Frieden statt Krieg zu gewährleisten sind gegeben, aber der Kapitalismus ist systembedingt dazu nicht in der Lage und muss deshalb beiseite treten. <u>Wie sehen wir das?</u>

Es trete dann eine Epoche sozialer *Revolution* ein, so benennt es Karl Marx. Ob dieser Prozess in eine sozialistische Utopie einbiegt oder in einer faschistischen Dystopie mündet, das *ist eine politische Frage*.
Als Einzelperson mag man auf den Sankt Nimmerleinstag hoffen, damit unruhige revolutionäre Zeiten an uns, den Kindern und Enkelkindern vorüber gehen mögen. Für eine sozialistische politische Kraft wäre es töricht zu warten bis *der Dieb in der Nacht* kommt. Nur weil wir schlafen, schläft die Gegenrevolution nicht. Sie ist als Antikommunismus klassenübergreifend schon lange in die Köpfe eingesickert. Wer sich deshalb bei aller gelegentlichen Unzufriedenheit keine Alternative zum Kapitalismus vorstellen mag, denkt ganz im Sinne des Systems, das nicht an Erkenntnis der Bürgerinnen interessiert ist, sondern allein an der Reproduktion des Bestehenden - am Menschen als auszubeutende Arbeitskraft.

Wer sich damit abfindet, wird nicht wissen wollen, was Kapitalismus ist, wie er funktioniert, und was seine Systemgrenzen sind.
Anders die jungen Menschen, die zu uns kommen. Herausgetreten aus dem Schattenreich des „Nichts-ändern-können“ sind sie bereits „Empörungslinke“, wenn sie bei uns Mitglied werden. Ihnen sind wir verpflichtet, ein erkenntnistheoretisches Bildungsangebot zu machen, das ihnen hilft, die sich stets wandelnde Gesellschaft, in der sie leben, in ihrer Bewegung und ihren Grundzügen zu verstehen.
Welche Bedeutung messen wir darin der politischen Bildung zur Stärkung analytischer und reflexiver Kompetenzen zu?
Als Heinz Hillebrand noch Leiter des Bereichs Politische Bildung auf Bundesebene war, äußerte er auf einem bundesweiten Bildungstag in Hamburg, seine größte Sorge sei, eines nicht allzu fernen Tages könnten die Mitglieder die Grundsätze des EP nicht mehr verstehen, wenn wir unsere Anstrengungen in der politischen Bildung nicht intensivieren.
Es kam anders. Kaum war er in Rente wurde das renommierte von Harald Werner und anderen entwickelte marxistische Online-Präsenz-Bildungsangebot *Die Linke1* von der Partei eingestellt. Ein unentschuldbares politisches Versagen.
Im Bezirk Altona habe ich bereits 2015 mit meinem Partner, Volker Vödisch, begonnen unter dem Namen „Die Methode von Karl Marx und Friedrich Engels“ das Konzept als Präsensveranstaltungen durchzuführen.
Der Kurs besteht wie in *Die Linke 1* aus den Teilen: Mensch und Gesellschaft, Kritik der Politischen Ökonomie, Politische Theorien und Praxis. Durch alle Teile zieht sich, wie der Kursname schon andeutet, als roter Faden das historisch dialektische materialistische Denken der Klassiker. Es steht als prozesshaftes Denken im krassen Widerspruch zum Ursache-Wirkung-Denken von dem wir ebenso kulturell beeinflusst sind wie vom christlichen Gut-Böse-Standpunktdenken. Die Sicht, der Mensch sei in seinem Wesen egoistisch, grausam, unsolidarisch etc. ist offenbar tief in die Köpfe eingedrungen, darin der stärkste Verbündete der Ausbeuter. Sie sind darin bestenfalls, die bösesten Bösen. Ein Fetisch, hinter dem das System der Ausbeutung verborgen bleibt, Marx sagt dazu, es gibt keine abstrakte menschliche Natur. Wie die Menschen sind kann nicht vom Wesen der Gesellschaft in der sie leben getrennt werden. Eine einfache Wahrheit, gegen die aber heftigst rebelliert wird.
Die Leitfragen Wer und Wie beantworten ich mit dem Wunsch, Hamburg möge sich dafür verwenden, dass auf Bundesebene *Die Linke 1* wieder aufgenommen wird. Und für Hamburg ist Politische Bildung nicht Sache der RLS oder von engagierten Einzelpersonen, sondern eine Parteiaufgabe in Eigenregie der Bezirke.

Zum WIE und den darin genannten Mitgliedern:
Von den 1900 Mitgliedern unseres Landesverbandes sind vielleicht 300-350 aktiv am Parteileben beteiligt, Davon sind wiederum 80 und mehr im Parlamentarismus unterwegs. Völlig unabhängig von der Partei dominieren sie die Partei, statt umgekehrt die Partei die Fraktionen. Diese Verdrehung ist keine Sonderheit unserer Partei, sondern typisch für bürgerliche Stellvertreter-Demokratie.Eigentlich braucht man bereits aktuell utopische gesellschaftliche Bedingungen, wie sie z.B Frigga Haug mit ihrer 4 in 1 Methode beschreibt. In diesem Modell ist Zeit für Politik eingeplant, während heute stellvertretende Politik den aktuellen gesellschaftlichen Bedingungen entspricht. Also völlig passend, wenn nur ein Teil der Mitglieder aktiv ist. Ein Kuriosum, man braucht Bedingungen, die man erst erkämpfen muss, um so zu leben wie es notwendig ist, um diesen Kampf zu führen.
Analog dazu entsprechen die Strukturen in Bezirken und Landesverbänden einem auf Loyalität beruhenden Hausmacht-Wesen. Als zuverlässig gilt das Mitglied von dem man weiß wie es abstimmt. Das Hauptproblem bei den jeweils herrschenden Machtstrukturen auf den verschiedenen organisatorischen Ebenen der Partei sind nicht die Akteure, sondern dass die inaktiven Mitglieder sie gewähren lassen. Das heißt Apparat und

Mitglieder bilden eine Zweckgemeinschaft. Das hat wenig bis nichts mit den aktuellen Akteuren zu tun. Man könnte alle Vorstände austauschen, es änderten sich lediglich die Personen. Personifizierung lenkt nur von den konkreten Seins-Bedingungen ab. Bei unseren Nachbarn in den Flächenländern Schleswig-Holstein und Niedersachsen ist direkte Demokratie schwer zu realisieren. Ganz anders in den Stadtstaaten Hamburg, Bremen und Berlin. Dort gibt es keinen sachlichen Grund für ein Delegiertensystem zur Abhaltung von Parteitagen. Ich schlage darum für Hamburg vor, gemäß der Bundessatzung einen Mitgliederentscheid zu dieser Frage zu organisieren, damit die Mitglieder selbst entscheiden, ob sie sich auf Parteitagen vertreten lassen wollen oder selbst vertreten sein wollen.
Zum zweiten sollten wir nicht darüber spekulieren, warum unsere Mitglieder nicht zu den bezirklichen Mitgliederversammlungen erscheinen, sondern sie in einer Mitgliederbefragung fragen. Ebenso die in den letzten Jahren Ausgetretenen. Dann wissen wir mehr. Das schlage ich seit Jahren vor. Dann wissen wir mehr, und können auf der Basis von Wissen agieren. Dies freilich nur, wenn wir das wollen, und nicht doch lieber unter uns bleiben wollen oder vermeiden wollen, dass Menschen zurückkommen, bei denen wir froh waren, dass sie endlich nicht mehr kamen.
Oft höre ich, im Vergleich zum Aktivitätsgrad Gewerkschaftsmitgliedern sei der unsrige gar nicht so schlecht. Dem liegt traditionell ein Missverständnis über die Aufgaben der Gewerkschaften zugrunde. Während Lenin und Luxemburg darin übereinstimmten, dass Gewerkschaften im Kampf für die Rechte und Lebensbedingungen im Kapitalismus durch Reformen eine andere Rolle spielen als die Partei der Arbeiterklasse als politischer Vertreter der Klasse, warfen die K-Gruppen der BRD den Gewerkschaften Reformismus vor, wenn sie sich auf Lohnkämpfe und Arbeitszeitverkürzung beschränkten.
Die Partei der Arbeiterklasse dagegen ist marxistisch oder die Arbeiterklasse ist politisch führungslos. Soll *DIE LINKE* in diese Rolle hineinwachsen muss Beteiligung und innerparteiliche Demokratie wachsen. Darin stärkt Politische Bildung unverzichtbar die Relevanz des Parteiprogramms innerhalb der Mitgliedschaft.

Heinz-Dieter Lechte
16. 11. 2011

Wo steht die Linke. und wo steht sie sich im Weg

Wer
Wen wollen wir erreichen und organisieren: In erster Linie die Wählergruppe, für die wir 2007 gegründet wurden, die sozial benachteiligte Mehrheit der Bevölkerung

Was und Wohin
Unser Ziel muss soziale Gerechtigkeit sein und das Erfurter Programm gibt uns offene Grenzen und Sozialstaatlichkeit vor - gegensätzliche Begriffe, die austariert werden müssen. Genau da blockieren wir uns, indem wir nicht bereit sind, offene Grenzen zu hinterfragen. Wenn wir bedingungslos offene Grenzen verlangen (und de facto tun wir das, indem wir Flucht und Migration nicht unterscheiden und damit dem Kapital in die Hände spielen, das bedingungslos offene Grenzen zum Abbau des Sozialstaats missbraucht) ist das mit dem Sozialstaat nicht vereinbar, es würde ihn überdehnen; andererseits würde ein absolut gesetzter Sozialstaat geschlossene Grenzen verlangen.

Jetzt hat sich in der Vergangenheit gezeigt, dass unter sozialstaatlichen Bedingungen zwar nicht alle, aber sehr viele Menschen in Deutschland aufgenommen werden konnten. Soziale Gerechtigkeit verlangt, das als gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu begreifen, d.h. die Besitzenden in die Finanzierung der zusätzlich benötigten Ressourcen (Wohnungen, Arbeitsplätze ...) einzubinden. Nach dem Zweiten Weltkrieg gelang das im Rahmen des Lastenausgleichs durch eine Vermögensabgabe von 50% und hohen Vermögenssteuern und damit konnten 11 Millionen Menschen integriert werden. 2015/2016 war keine Rede von Vermögensabgaben, wir haben nicht mal mehr eine Vermögenssteuer. Die Staatsquote - d.h. das Geld, das der Staat verteilen kann - sinkt seit Jahren und damit der Anteil am sozialen Kuchen für den Einzelnen. Sinkende Einnahmen werden auf immer mehr Menschen verteilt, der Konkurrenzdruck grade an der Basis der sozialen Pyramide immer stärker.

Mein Fazit: Wir sollten endlich mal die Konsequenzen offener Grenzen für die sozial benachteiligte Mehrheit der Bevölkerung ins Auge fassen; kein Wunder, dass sie uns unsere eigene Wunschvorstellung als der Partei der sozialen Gerechtigkeit nicht abnehmen, wenn wir die Vermögenden aus der Finanzierung der Folgen von Flucht und Migration ausklammern - m.E. der Hauptgrund, dass wir so große Verluste in dieser Wählergruppe haben. Wir müssen nach aussen bringen, dass wir das verstanden haben und so handeln werden, dann werden sie uns auch wieder wählen, vorher nicht.

Holger Griebner zur Strategiekonferenz Die Linke HH 27.11.21

Linke Strategie für Frieden und Sozialismus statt Barbarei

Beim Vergleich unseres Partei-Programmes mit der Wirklichkeit stellen wir fest, dass die Verfolgung unserer Ziele in immer weitere Ferne gerückt ist. Die parlamentarische Demokratie droht zur Farce zu werden angesichts der Kapitalkonzentration in wenigen Meinungsfabriken. Sämtliche Regierungen in der westlichen Wertegemeinschaft missachten die Lebensinteressen der Weltbevölkerung und der Arbeitenden im eigenen Land. In westlichen imperialistischen Kernländern entsorgen sie in großen Schritten erkämpfte soziale und demokratische Rechte.

Eine Umkehr anarchistischer Marktwirtschaft unbegrenzten und unkontrollierten Wachstums hin zur Entwicklung einer Planwirtschaft für den Erhalt von Mensch und Natur auf diesem Planeten muss vorne stehen auf der Tagesordnung, wenn Schluß sein soll mit bla bla bla (Greta) in der Klimafrage und den sehr prominent daran schuldigen Kriegen samt Produktion von Mordswerkzeugen.

Ebenso wie einigen Parteianführern der Realitätssinn bei Freund/Gegner-Abwägungen für die Einschätzung von Regierungsmöglichkeiten im Bundestag fehlt, so werden auch wirklichkeitsferne Bedrohungslügen im Diskussionspapier zur sog. Sicherheitspolitik (Höhn Jan.21) bedient: „Die pauschale Ablehnung der Beschaffung von der persönlichen Ausrüstung bis zum Kampfflugzeug ist kein sicherheitspolitisches Konzept.“ Antwort des Verfassers auf die Frage warum gerüstet werden müsse, wer uns bedrohe: „China und Russland“.

Niemand wird bestreiten, dass Feindbildpflege das Kerngeschäft bei Kriegsvorbereitung darstellt. Sind wir schon so etabliert und regierungsgeübt, dass ich Menschen, die für den Frieden aktiv werden möchten von einer Mitgliedschaft bei uns abraten muss? Dass unsere Stammwähler (Verlust von 500 tsd. bei dieser BTW) abhauen kann ich gut verstehen, wenn führende Vertreter*innen in eine Bundesregierung eintreten wollen, die sich an völkerrechtswidrigen Angriffskriegen, Befeuerung von Stellvertreterkriegen mit Waffenexport und Ausbildung der Krieger in aller Welt beteiligt. Da lässt man sich in Afghanistan zum Schluss nochmal vorführen und verzichtet für das Linsengericht der fantasierten Regierungsbeteiligung auf unsere Grundposition: Durch Krieg kein Frieden. Frieden und Demokratie herbeibomben zu wollen war und ist der offizielle Sprech. Da wo diese Lüge immer und immer wieder neokoloniale Raubzüge tarnen soll, da demonstriert die Partei nicht ihre Glaubwürdigkeit bis zuletzt und setzt auf friedliche Wege durch Verhandlungen, sondern begeht Selbstmord an ihrem Programm aus Angst vor dem Tode (nicht geliebt zu werden und Opposition bleiben zu müssen).

Diesem Abstimmungsverhalten durch die übergroße Mehrheit der Bundestagsfraktionäre ging der Tabubruch unseres Hamburger Abgeordneten Jan v. Aaken voraus, der 2014 sich enthielt, alle anderen votierten dagegen, als ein robuster Kriegsschiff-Einsatz im Mittelmeer zur Vernichtung syrischer Chemie-Waffen durch den Bundestag gewunken wurde. Jan antwortete auf meine Fragen auf dem LPT damals: Sollten dies etwa die Amis alleine machen? Dass unsere Partei nicht mehr ankommt bei Friedensbewegten, dass durch diese Fehlentscheidungen unser Ansehen ruiniert wird ist schlimm genug. Jedoch zuerst

brandgefährlich. Was macht die Fregatte Bayern im chinesischen Meer fragt meine ver.di_Kollegin Monika Koops in der jüngsten Publik, die ganzseitig für 2 Millionen Mitglieder unsere Volksini vorstellt. https://publik.verdi.de/ausgabe-202107/von-hamburg-in-den-krieg/

Wollen wir bei der Vorbereitung eines großen Krieges gegen China ebenfalls die USA nicht alleine lassen?

Schlechter Taktik im BTW-Wahlkampf ging und geht falsche Strategie voraus.

Strategie-Debatte heißt ja auch: welchen Themen wollen wir uns wie und mit wem gemeinsam hier in Hamburg widmen? Ein gutes Drittel der LVV-Delegierten zur Bürgerschaftslisten-Aufstellung hatte vor zwei Jahren mich gewählt, weil ich drei Dinge in meiner Bewerbung nach vorne gestellt hatte:

1. **Friedenspolitik für Hamburg braucht einen prominenten Platz in außerparlamentarischer und parlamentarischer Praxis.**
2. **Die Absicht des Mitregierens über den Feindsender Abendblatt in unsere Partei zu transportieren geht gar nicht.**
3. **Unser Profil als sozialistische Partei muss geschärft werden indem wir die Grenzen des kapitalistischen Systems aufzeigen und unseren Gegenentwurf zum Kapitalismus formulieren.**

Die Volksini gegen Rüstungsexporte , in der auch viele Gen. mitarbeiten, zeigt gerade wie das geht. Aber hier in Hamburg ist das Angebot nur punktuell angenommen worden, den BT-Wahlkampf mit direkter Demokratie für einen zivilen Hafen zu führen. Die Bürgerschaftsfraktion hat die Möglichkeit ausgelassen eine bereits fertig erstellt Broschüre mit Die Linke-Positionen zur Unterstützung zu drucken und selbst damit aktiv an den Infoständen der Partei Unterschriften für die Volksini zu sammeln. In Eimsbüttel z.B. war der Bezirksvorstand mehrheitlich der Meinung, die Unterstützung der Volksini schade einem guten Wahlkampf für den Mietendeckel. Was immer sich die Gen. dabei gedacht hatten: **Wir sollten konsequent in Theorie und Praxis soziale, ökologische und Friedensthemen miteinander verbinden.** Hier können wir vom Aktionsbündnis lernen: https://abruesten.jetzt/

Das geht jedoch nur, wenn wir uns auch im demokratischen Willensbildungsprozess gemeinsame Grundpositionen erarbeiten und nicht allein Wahlversprecher in Briefkastenbefüllungsaktionen gemacht werden.

Letztlich führt jedes Gespräch zu den eigenen gemeinsamen Interessen und deren Wahrnehmung ziemlich schnell zur Systemfrage. Hier liegt die Kernkompetenz linker Realpolitik. Es ist doch eher irreal und verfehlt das Thema, heutzutage mit Umfrage „wo drückt der Schuh“ den Dauerwahlkämpfern und ewigen Abgeordneten Konkurrenz machen zu wollen. Nach wie vor gilt: Sagen was ist – das ist die erste Aufgabe. Hier war und ist noch viel Luft nach oben. Auch gilt es zu erkennen und zu vermitteln, dass in den Grenzen des kapitalistischen profitgesteuerten System die erforderlichen Veränderungen in Produktion und Verteilung nicht gelingen kann. Dabei ist es wichtig, dass wir uns nicht in den Mainstreamsog ziehen lassen, China ist kein imperialistisches Land. Aus mindestens zwei

Gründen: Erstens begünstigt diese Definition die friedensgefährdende Bedrohungslüge und zweitens ist es so, dass unsere Epoche des Überganges von Kapitalismus zum Sozialismus am Beispiel der neuen Nummer eins in der Welt und seinem chinesischen Weg zur Schaffung der Voraussetzungen des Überganges zum Sozialismus studiert werden kann. Wird dort die große Idee von Marx, Engels und Lenin zur materiellen Gewalt? Banken und Schlüsselindustrie sind vergesellschaftet. Die Planwirtschaft für Klima- und Friedensrettung und Armutsbekämpfung funktioniert bei sehr viel höherer Produktivität wie in den ersten Anläufen zum Sozialismus ab 1871 und 1918. Diese Entwicklung bei dem chinesischen Tempo gibt uns schneller als gedacht den dringend erforderlichen Rückenwind für die Erreichung unseres wichtigsten programmatischen Ziels, das uns von allen bürgerlichen Parteien unterscheidet.

Sozialistinnen und Sozialisten brauchen für lokales Handeln eine Strategie, die von globalem Denken herrührt. Und da wir nur das Wort haben, müssen wir es nutzen möglichst viele Mitmenschen zu informieren und mit ihnen zu diskutieren für den Erhalt der Gattung Mensch. Und gelernt wird am besten in der Aktion. Beides politisch zu organisieren bildet den Strategiekern von Die Linke, wenn es sie weiterhin geben soll.

Dr. Jochen Hanisch
Tegetthoffstr. 7 - 20259 Hamburg

Hamburg, 7.4.2022

Krise der Links-Partei – ein Debattenbeitrag

Jochen Hanisch

1 Nichts als Krisen und Katastrophen – trotzdem oder deshalb: die Partei die Linke im Niedergang?

1.1 Die Krise der Biosphäre bedroht die Lebensgrundlagen der Menschen (global)

Zwei Jahre nach dem Ausbruch der Covid-19-Pandemie in Deutschland hoffte ich, dass es eine Phase der Entspannung geben könnte. Die immer häufiger auftretenden „Natur"-Katastrophen weltweit versetzen uns in einen Zustand der Dauer-Aufregung über die vor uns liegenden *Katastrophen*. Es fällt immer schwerer, Katastrophenvorhersagen als Auswüchse verschwörungstheoretischer Schwarzmaler abzutun. Der Klimawandel führt jetzt schon zu millionenfacher Verelendung in den subtropischen Zonen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas mit Fluchtbewegungen in den globalen Norden mit besseren Temperatur- und Überlebensbedingungen. Die Covid-19 Pandemie ist eine Folge der Globalisierung von Geld-, Stoff- und Energieströmen und wir können davon ausgehen, dass, sollten die Ursachen für solche Pandemien nicht behoben werden, immer weitere folgen werden.

Die Frage drängt sich auf, welche Lösungsstrategien zur Verfügung stehen und/oder ob die Linken einen spezifisch linken Zugang haben, der sich vom allgemeinen Politikbetrieb abhebt und bessere Ergebnisse erwarten lässt.

1.2 Der Kampf um die neue Weltordnung - vorläufiger Höhepunkt der Krieg Russlands gegen die Ukraine

In einem kürzlich kursierenden Debattenbeitrag wurde Jean Jaurès mit dem Satz zitiert: „Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich wie die Wolke den Regen" [1]. Die Kette von Kriegen aller Art ist lang und immer ging und geht es um Abwehr von Fremden/Eindringlingen oder um die Eroberung neuer Länder und Märkte für Waren, Rohstoffe und Menschen.

Die Phase des Imperialismus wurde gekrönt von zwei Weltkriegen, bei denen es für aufstrebende Mächte darum ging, sich eigene Weltmachtpositionen zu erkämpfen (Deutschland mit dem zweimaligen Griff zur Weltmacht (vgl. Fischer 1964; 1992).

Zwei neue Weltmächte standen nach dem zweiten Weltkrieg gegenüber, USA und UdSSR. Beide Weltmächte hatten zum Ausgangspunkt, dass Deutschland daran gehindert werden müsse, auch nur ansatzweise ein drittes Mal den Griff nach der Weltmacht versuchen zu können. Die Hegemonie der USA über Westeuropa war die Absicherung der Reintegration und Ruhigstellung Deutschlands und für den Wiederaufbau des zerstörten Europas (vgl. Dohnanyi 2022).

Der erste Kalte Krieg nach 1945 endete mit der freiwilligen Niederlage des östlichen Konkurrenten und der Auflösung des Warschauer Paktes und der deutschen Wiedervereinigung. Man träumte den kurzen Traum vom ständigen Frieden für Europa und die Welt. Woraus nichts wurde – im Gegenteil, die Phantasien eines Fukuyama vom *Ende der Geschichte unter der freundlichen US-Welt-Hegemonie* zerstoben im sofort einsetzenden verschärften Kampf um die besten Ausgangspositionen um die künftige Weltordnung.

---

[1] Jean Jaurès: Philosoph, Historiker, sozialistischer Abgeordneter, gilt als einer der bekanntesten Vertreter des Reformsozialismus am Ende des 19. Jahrhunderts (Frankreich, 1859 - 1914). Quelle: https://www.zitate.eu/autor/jean-jaures-zitate/203600

George Friedman meinte auf seiner inzwischen berühmten Rede in Chicago, dass sich die verwöhnten Europäer wieder daran gewöhnen müssten, dass es auch in Europa Kriege geben wird (Friedman 2015).

Wie konnte es in unserem aufgeklärten Zeitalter dazu kommen, dass Russland, immerhin nominell zweitstärkste Weltmacht und Mitglied im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, die Ukraine mit einem heißen Krieg überfällt und plötzlich zum Wiedergänger Hitlers oder Stalins erklärt wird. Wer oder was hat zu der wachsenden toxischen Spannung im Osten Europas beigetragen und/oder wer hat versagt, diesen Konflikt im Frühstadium sich gar nicht erst entwickeln zu lassen?

Die ganz große Frage bleibt: Warum beginnt Russland eine offene Feldschlacht, die es nach Lage der uns bekannten Umstände nicht gewonnen werden kann? Wer verfolgt bei dem bösen Spiel welches Interesse? Wer hätte gedacht, dass ausgerechnet ein etablierter und überzeugter kapitalfreundlicher Sozialdemokrat im stolzen Alter von 93 Jahren ein Buch veröffentlicht, das sich anschickt, über unterschiedliche Interessenstandpunkte bei den großen Konflikten unserer Zeit zu beschäftigen? (vglo. ausführlich Dohnanyi 2022).

2 Warum die Links-Partei so wenig Zulauf hat

Seit Jahren erodiert das politisch administrative System unserer *bürgerlich-liberalen Demokratien* wegen seiner systemischen Inkompetenz zur Lösung der hier nur knapp angedeuteten Problemlagen. Trotzdem befindet sich die Links-Partei in einer Dauerkrise, jetzt, nach der letzten Bundestagswahl und der ersten Landtagswahl (Saarland, April 2022) steht die Linke am Abgrund zum Absturz aus dem Parlamentsbetrieb.

Jede Linke, die aus pragmatischen Gründen teilnimmt am liberal-demokratischen Teilhabegeschäft, lebt permanent unter dem Zwiespalt, dass sie den eigenen Anspruch auf *rationale Entscheidungen zur Lösung von Zukunftsfragen* nicht einlösen kann, weil den öffentlichen Entscheidungsträger/innen in diesem System die wichtigsten Entscheidungs-Informationen vorenthalten werden mit der Begründung: *Betriebsgeheimnis*. Trotzdem bleibt die Partei im System weiter kooperativ tätig, weil sie sonst keinen vernünftigen Ansatz sieht, wenigstens die im System möglichen Verbesserungen beispielsweise der sozialen Lage der arbeitenden Klasse (und da der unterprivilegierten Niedrigverdiener/innen) zu erreichen.

In der Programmatik und im Handeln vertritt die Links-Partei diesen Auftrag durch ihr Auftreten als Gerechtigkeitspartei, die Ansätze als Umweltschutzpartei (im Sinne der Berücksichtigung der Naturschranken-Problematik) sind deutlich sichtbar. Wenn es danach ginge, dürfte die Partei nicht um ihre Existenz fürchten müssen. Im parlamentarischen Alltagsgeschäft auf allen politischen Ebenen wird die Partei aber schon längst als Teil des politisch-administrativen Systems angesehen und da haben die traditionell kapital-freundlich-affirmativen Parteien einen Startvorteil (vgl. Lieberam 2020).

3 Was fehlt: das linke Alleinstellungsmerkmal

Was hat das *Gespenst des Kommunismus* in die Welt gebracht:

- Die Herrschaft der Bourgeoisie zu überwinden.
- Und eine Welt zu errichten, in der jeder seinen/ihren ihren Bedürfnissen und Fähigkeiten entsprechende Arbeiten zum Wohle aller erbringt.

Der Anarchie des kapitalistischen Konkurrenzkampfes sollte über die Planwirtschaft überwunden werden. Es ist eine Binsenwahrheit, dass selbstverständlich alle Kapitalisten strategische Pläne für ihre Unternehmenszukünfte erstellen. Warum und mit welcher Begründung sollte dann der öffentlichen Hand gleiches Recht verwehrt bleiben?

Planwirtschaftliche Modelle wären das Mittel der Wahl, den Kollaps der Biosphäre als menschlicher Lebensraum zu verhindern und damit gleichzeitig auch die permanenten Kriegsgefahren zu beseitigen. Neben ihrer sozialpolitischen Ausrichtung müsste eine linke Partei den Anspruch erheben, den Umgang mit

den Menschen und der Natur (global) über einen geregelten und demokratischen Planungs- und Entscheidungsprozess zu gestalten.

Die **Gestaltung der Transformation** des Raubtierkapitalismus zu einem System der sozialen und ökologischen Nachhaltigkeit wäre das Alleinstellungsmerkmal der Links-Partei.

4 Ein hoher Anspruch

Die Verwirklichung des Alleinstellungsmerkmals wird keinin einfacher Schritt sein wird. Um diesen Weg erfolgreich beschreiten zu können, bedarf es gewaltiger kollektiver Anstrenungen von Wissenschaft und Politik. Davon sind wir in unserem liberal ausgestalteten Staatswesen noch meilenweit entfernt.

Würden wir diesen Weg beschreiten, hätte die Links-Partei ein Alleinstellungsmerkmal, das selbstverständlich auch in der existierenden kapitalistischen liberal-demokratischen Republik verwirklicht werden könnte, wenn man den Artikel 15 des Grundgesetzes zur Grundlage nimmt:

Artikel 15
[Vergesellschaftung]
Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Zu allererst müssen Vorurteile überwunden werden. Dass Planwirtschaften erfolgreich sein können, haben die real-sozialistischen Staaten im 20. Jahrhundert gezeigt, auch die als Kriegswirtschaft getarnten staatlichen Planungen unter Notstandsbedingungen und die Staatsplanung in China zeigen, dass Planwirtschaften „gehen“ können. Dass Planwirtschaft neu gedacht, neu entwickelt und eingeübt werden muss, ist nach Jahrzehnten privatisierter neoliberaler Planung nicht zu vermeiden. Wie eine demokratisch verfasste Planwirtschaft aussehen könnte, muss ebenfalls diskutiert und entwickelt werden. Riesige Probleme entstehen durch die enorme Komplexität des Planungsgegenstandes selbst – vor allem, wenn es um globale Prozesse geht. Stichworte sind auf jeden Fall Re-Regionalisierung, Verringerung der Globalilsierungsintensität, gerechtere Austauschverhältnisse zwischen verschiedenen Volkswirtschaften und die Festlegung von Mindeststandards über die man sich zur Absicherung eines vernünftigen Status quo verständigen könnte. Wir verfügen über viele Ansätze und Forschungsarbeiten zum Thema, vor allem aus der Zeit der kapitaListischen Modernisierung ab Mitte der 60er Jahre des letzten Jahrhunderts.

Die Menschheit müsste nicht bei Null anfangen.

5 Literaturverzeichnis

Dohnanyi, Klaus von (2022): Nationale Interessen. Orientierung für deutsche und europäische Politik in Zeiten globaler Umbrüche. München: Siedler.

Fischer, Fritz (1964): Griff nach der Weltmacht die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschlands 1914/18. 3., verb. Aufl. 902 S. Düsseldorf: Droste Verlag.

Fischer, Fritz (1992): Hitler war kein Betriebsunfall. Aufsätze. 2., unveränd. Aufl., Orig.-Ausg. München: Beck (Beck'sche Reihe, 459).

Friedman, George (2015): US-Strategie. Hauptprobem für USA ist Deutschland. Online verfügbar unter https://www.youtube.com/watch?v=vln_ApfoFgw.

Lieberam, Ekkehard (2020): "Sisyphos läßt grüßen". Die Leiden der Linken und das Leiden an der LINKEN. Bergkamen: pad-Verl.

Zur **Strategiedebatte** bei der Partei 'Die Linke'

- die **Fraktionsführung** hat ein 'paper' verfasst mit der Setzung eines **Schwerpunkt**es auf die **soziale Gerechtigkeit.** Dieser Schwerpunkt alleine wird **nicht ausreichen,** denn auch die **SPD** hat dieses für sich **als wichtiges Thema besetzt**.

- Um im linken Spektrum wieder attraktiv zu werden, ist eine **neue Erzählung** notwendig:

- uns geht es um **Selbstermächtigung und Emanzipation**
- uns geht es um die **Ermöglichung von Freiheit**, das prägt unser Menschenbild und nicht die Herabwürdigung von Menschen, die sich im Hartz-IV-System ausdrückt.

- Wir müssen für uns klären, was **wir unter Sozialismus verstehen wollen.** Das **Erfurter Programm** ist 10 Jahre **alt und sollte weiter entwickelt** werden. Außerdem soll es zu sehr davon geprägt sein, was wir nicht wollen. Das **Anstreben der 30-Stunden-Woche** wäre ein erster Schritt.
- Unsere Erzählung sollte von einem **möglichen anderen Leben berichten**, wie es von viele kleinen Initiativen schon vorgelebt wird, z.B. in den Genossenschaften und Kooperativen. Es sollte eine Erzählung sein, die **Lust auf Veränderung macht**, und damit der Angst vieler Menschen vor Veränderung entgegenwirkt.
- Parallel dazu brauchen wir eine deutlich **stärkere Verankerung in der Lokalpolitik**! (Siehe die Arbeit von Sören Pellmann in Leipzig) Nach meiner Wahrnehmung finden wir im Bezirk HH-Nord kaum Erwähnung in der Lokalblättern. Dort, wo wir lokal verankert sind, wurden unsere **Genossinnen auch direkt in die Hamburgische Bürgerschaft gewählt**, siehe Altona und Wilhelmsburg. Und wir sollten einen Schwerpunkt setzten in den Stadtteilen, wo die **Wahlbeteiligung** um die 10%-Punkte niedriger ist: Steilshoop und Dulsberg.

Jochen Kroll von der , Stadtteilgruppe Langenhorn, Fuhlsbüttel, Ohlsdorf.

LINKE ´21

Konsequenzen aus der Bundestagswahl

Diese Ausführungen sind auch als Antrag an der Landesparteitag zu verstehen.

„Langfristig aber wird die Linkspartei als ewige Opposition im Bund Teile ihrer Wählerschaft (…) an Rot-Grün verlieren. Vor allem die sozial Etablierten, die Akademiker und im Öffentlichen Dienst Beschäftigten, werden einer Partei den Rücken kehren, die außer Rechthaberei nichts zu bieten hat.“

„Das einzige wirksame Mittel dagegen, ist ein harter Schnitt mit Stasi-Nostalgikern und autoritären Linken (...)“
Stefan Reinecke, ***taz vom 12.9.2011***

Der faktische Rauswurf der LINKEN aus dem Bundestag ist kein Betriebsunfall, sondern Endpunkt eines jahrelangen Niedergangs. Das Zitat im Kasten aus dem Jahre 2011 zeigt, auch außenstehende Beobachter haben das Desaster früh vorhergesehen. **Das Problem der LINKEN ist: Sie weiß nicht, wer ihre Wähler sind. Sie weiß auch nicht, wer ihre Mitglieder sind, was sie denken, was sie bewegt, warum sie Mitglied der Partei sind.** Sie sind es mit Sicherheit nicht, weil sie „Sozialisten“ im Sinne der doktrinären Alt-LINKEN wie Antikapitalistische LINKE oder Kommunistische Plattform sind. Deshalb gilt es, sich objektiv über die Motivation und Einstellungen der Wähler und Mitglieder zu informieren, die Partei darüber in Kenntnis zu setzen und Konsequenzen daraus zu ziehen. Dazu sind unverzüglich folgende Maßnahmen zu ergreifen:

1. Schonungslose, ***professionelle*** Analyse der Wahlergebnisse der letzten Bundestags- und Landtagswahlen durch Institute. Eine statistische Analyse – soziodemographische Kriterien - der Wahlergebnisse durch ein Meinungsforschungsinstitut, vorzugsweise Infratest.
2. Qualitative Analyse durch Gruppengespräche, von erfahrenen Instituten durchgeführt, in verschiedenen Regionen in Nord, Ost, West und Süd mit LINKEN-Wählern, ehemaligen LINKEN-Wählern, Wählern von GRÜNEN, SPD, FDP und, last but not least, von AfD-Wählern, wegen des Ostens. Gleiches mit den Mitgliedern der LINKEN (Wähler und Mitglieder sind zwei paar Stiefel). Ziel: Klarheit über die Motivation der Wähler/Mitglieder zu erhalten. ***Keine Laienanalysen***, aus qualitativen und Gründen der Akzeptanz.
3. Feststellung des **Zeitpunktes der Wahlentscheidung** (Infratest erfragt das im Rahmen der Nachwahlbefragung bei jeder Wahl. In der Regel ist die Wahlentscheidung bei 50 – 70% der Wähler schon gefallen, wenn der Wahlkampf 6 Wochen vor der Wahl offiziell beginnt).
4. Unverzügliche Neuauflage der Wählertypologie „Was verbindet, was trennt die Deutschen? Werte und Konfliktlinien in der Deutschen Wählerschaft“, Hans-Böckler-Stiftung, zuletzt auch von der Rosa-Luxemburg-Stiftung mitfinanziert, damit endlich objektiv Klarheit gewonnen werden kann, welche Wählerpotentiale die LINKE hat.
5. Auf der **Basis der Wahlanalysen Neuformulierung der parteipolitischen Ziele**, insbesondere der Parteientwicklung und Wahlstrategie. Klare Festlegung wer im Bundesvorstand diese Führungsaufgabe übernimmt. Vermutlich wird es auf Hennig-Wellsow hinauslaufen. Welche Landespolitiker unterstützen sie? Daneben ist eine schonungslose, konsequente Reform des gesamten Führungsapparates der Partei auf allen Ebenen. überfällig. Eine funktionierende Organisation benötigt eine gut funktionierende Verwaltung.
6. Interne, überregionale Sammlung der zur Reform bereiten Führungskräfte der Partei, handverlesen, um schnell eine tragfähige Basis ohne Reibungsverluste für den Neuanfang zu schaffen. Auch das vermutlich eine Aufgabe für Hennig-Wellsow. Wißler hat sich als

ungeeignet dafür gezeigt. Auch die bisherigen Gremien, Vorstand, Ältestenrat etc. haben sich dafür als untauglich erwiesen.

7. Ad hoc: Bildung eines Unterstützerkreises für Hennig-Wellsow oder andere zur Bewältigung der anstehenden Aufgaben.
8. Klärung des Verhältnisses zu den doktrinären Parteistrukturen von Antikapitalistischer Linken etc. plus Anhang. Für die ist das Ausrichten der Partei auf Rot-Grün-Rot die Ursache der Niederlage. Dass vieles dafür spricht, dass es sich gerade andersherum verhält, geht ihnen nicht auf. Ihre traditionalistische Ideologie ist ihnen wichtiger als Fakten. In ihrer Wahlanalyse spricht die AKL von Spaltung. Richtig! Die AKL ist wesentlich für den Niedergang der LINKEN verantwortlich. Angesichts ihrer seit Jahren anhaltenden Unfähigkeit die gesellschaftliche Realität zu erkennen, ist in Anbetracht der zur Verfügung stehenden Zeit, für Diskussionen kein Raum. Trennung, Rausschmiss ist nicht möglich, Isolation daher unvermeidlich.

Konsequenzen für Hamburg

1. Ab sofort ist Bürgerschaftswahlkampf. Weil Landesvorstand und Bundesvorstand Totalausfälle sind, muss die Bürgerschaftsfraktion allein für ihr Überleben kämpfen.
2. Dafür benötigt die Fraktion ein Programm das sich klar, detailliert und fundiert von GRÜNEN, SPD und CDU abhebt, leicht und überzeugend lesbar ist, wenige Schwerpunkte hat, die aber für die Stadt- und Kommunalpolitik der nächsten Jahre entscheidend sind. Das sind:

- Verkehrspolitik in Verbindung mit Stadtentwicklung, Hafen
- Wohnungsbau. Wer?, wo?, wie? Industriell, preiswert, ökologisch, hoher Wohnkomfort, sozial strukturiert.
- Mietenpolitik, bessere Konzepte als der Mietendeckel. Die negativen Folgen eines Mietendeckels sind beachtlich und brachten ihn überall, wo er angewandt wurde, ziemlich schnell in die Kritik. Häufig war er zudem nur kurze Zeit wirksam. Die Alternative kann nur lauten: Kommunaler Wohnungsbau, Stichwort: Wiener Modell.
- Gesundheitspolitik, Pflege, Krankenhäuser.
- Friedenspolitik, aber mit Hand und Fuß, um entsprechende Forderungen aus der Partei zu befriedigen und bestimmten Gruppen in der Partei das Thema nicht zu überlassen. Schwerpunkt: Friedensforschung. Entwicklung von Methoden der Kriegsprävention. Hamburg hat das älteste Friedensforschungsinstitut Deutschlands und eines der renommiertesten. Keine Partei, auch die „Friedenspartei“ LINKE, hat meines Wissens je die Zusammenarbeit mit dem Institut gesucht.

3. Klärung der Frage, wer in der Bürgerschaftsfraktion diese programmatische Arbeit leistet. Die jetzige Führung ist dazu vermutlich nicht fähig. Die Fraktion in Gänze auch nicht – zu zerstritten. Wer macht es dann?

Wer als LINKER auf SPD und GRÜNE einschlägt, schlägt auf seine eigenen Wähler ein. Einige sehr unbequeme Wahrheiten

Die **LINKE hat keine eigene nennenswerte Wählerschaft**. Das ist wörtlich zu nehmen. Der größere Teil ihrer Wähler ist emotional stärker an die GRÜNEN gebunden, ein weiterer Teil stärker an die SPD, als an die LINKE. **Die LINKE ist bestenfalls dritte Wahl** (siehe u. a. Wählertypologie der Böckler-Stiftung)**.** Dementsprechend ist auch das Wahlverhalten. Wie muss es auf diese Wähler wirken, wenn sie von der Partei, die sie vielleicht auch wählen würde, erfahren muss, dass diese für GRÜNE und SPD bestenfalls Verachtung übrig hat? Klar, sie wird die LINKE nicht wählen und dort ihre Stimme abgeben, wo sie sich zuhause und wertgeschätzt fühlt. Ein Trend der seit vielen Wahlen anhält und jetzt bei der Bundestagswahl in einem – vorhersehbaren - Erdrutsch endete.

Wie sehr GRÜNE-, SPD- und LINKE-Wähler eine Einheit bilden, lassen sich den Statistiken zu den Bezirksversammlungswahlen in Hamburg entnehmen: Bereits 2011 erreichte die LINKE ihre besten Wahlergebnisse mit 13,8% in den Hochburgen der GRÜNEN und ihre zweitbesten mit 8,1% in denen der SPD. Bei den Wahlen von 2014 waren die Ergebnisse noch eindeutiger: 23,3% in den GRÜNEN- und 11,7% in den SPD-Hochburgen (Quelle: Statistisches Landesamt, Hamburg).

Noch deutlicher sind die Überschneidungen beim Stimmensplitting zu erkennen. In Hamburg haben die Wähler 5 Stimmen, die sie beliebig auf die Parteien verteilen können. In einer Stichprobe des Statistischen Landesamtes enthielten bei der **Bürgerschaftswahl 2020 66,1% der Stimmzettel für die Landesliste mit mindestens einer Stimme für die LINKE auch eine Stimme für die GRÜNEN und 40,2% für die SPD.** Auch wenn die Zahl der Wähler, die vom Stimmensplitting Gebrauch machen relativ klein ist, so sind diese Überschneidungen doch ein deutliches Zeichen für die Überschneidungen in den Wählerschaften dieser drei Parteien insgesamt. Man muss sich klar machen: Diese Wähler wählten alle drei Parteien gleichzeitig, GRÜNE, SPD und LINKE. Solche Verhältnisse lassen sich auch in anderen Wahlen und Bundesländern feststellen. Es ist aber die LINKE, die auf diese Stimmen angewiesen ist, nicht GRÜNE und SPD. Das verkennen die Traditionalisten von der AKL und Gleichgesinnten. Wer diese Stimmen behalten will, muss auf Arroganz verzichten und seine Ziele schon so präsentieren, dass sie für GRÜNE und SPD verständlich, akzeptabel und nicht beleidigend sind. Der Wurm muss dem Fisch schmecken, nicht dem Angler. Das vergessen die Traditionalisten in der LINKEN regelmäßig.

Mit dieser Bundestagswahl ist auch in Deutschland die Aera der traditionalistischen sozialistischen Parteien, unwiderruflich zu Ende gegangen, wie überall in der Welt. Wer im 21. Jahrhundert sozialistische Ideen verwirklichen will, muss sich schon die Mühe machen, sie selbst zu entwickeln. Das Lesen von Marx-Texten, wie bibeltreue Christen die Bibel lesen, führt zu keinen tauglichen Lösungsansätzen im 21. Jahrhundert. Die gesellschaftlichen Auswirkungen des Kapitalismus sind heute andere, als 1860. Dazu muss man nicht erst die ökologische Krise anführen. Wir haben eine völlig andere Gesellschaft, mit anderen Paradigmen, die neue, den heutigen wirtschaftlichen Problemen und Denkweisen angepasste Lösungen finden muss, mit denen sich die Menschen zudem auch identifizieren können. Die gilt es zu entwickeln.

Aufruf! LINKE ´21

Wer im Sinne dieses Textes denkt und handeln möchte, darf mich gerne kontaktieren. Stichwort: LINKE ´21. Ich werde mich kurzfristig melden und Vorschläge für entsprechende Aktionen unterbreiten: Manfred Goll, m.goll@arcor.de

…….

Bundestagswahl 21: Meine vergeblichen Warnungen vor der dem Wahldesaster, alle über den Dikussionsverteiler Hamburg veröffentlicht:

13. Oktober 2020:	Kann die LINKE strategische Politik?
14. Mai 2021:	**Veröffentlichung meiner Wahlprognose: 4,8% bis maximal 5,5%**
18. Juni 2021:	Das Desaster ist nicht mehr abzuwenden. Wiederholung meiner Wahlprognose.
24. September 2021:	Wiederholung meiner Wahlprognose zwei Tage vor der Wahl. Meine Abrechnung mit der LINKEN.

Hamburg, den 23.11.2021

Textumfang: 3 Seiten DIN A4, 1.359 Wörter, 9.920 Zeichen

Thesen zum Neubeginn der politischen Bildungsarbeit der Hamburger LINKEN

„Verachte nur Vernunft und Wissenschaft,
Des Menschen allerhöchste Kraft,
Laß nur in Blend- und Zauberwerken,
Dich von dem Lügengeist bestärken,
So hab‘ ich dich schon unbedingt“.
(Goethe, Faust)

1. Wir brauchen auch in der politischen Bildungsarbeit einen Neubeginn. Das heißt zuallererst, dass wir mit der Bildungsarbeit wieder beginnen und Bildungsveranstaltungen auf Bezirks- und Landesebene durchführen. Dazu ist die Mitarbeit in den für die Bildungsarbeit zuständigen Parteigremien (z.B. Kommission politische Bildung) unerlässlich. Auf Hamburger Ebene ist eine solche Kommission zu bilden und einen Gesprächs- und Kooperationskontakt mit der RLS Hamburg einzurichten.

2. Für die neuen und jungen Mitglieder der Partei sind besondere Anstrengungen zu unternehmen, ihre Erwartungen besonders auf den Gebieten „weltanschauliche Orientierung“, marxistische Elementarbildung (z.B. Einführung in die Marxschen Grundbegriffe im „Kapital“ oder in der Kapitalismustheorie) zu befriedigen. Auch politische Besuchsreisen nach Berlin oder Brüssel gehören dazu.

3. Für die Auseinandersetzungen mit „Impfgegnern“ (auch innerhalb der Partei), „Querdenkern“ (in Geschichte und Gegenwart), Verschwörungsideologien (und ihre antisemitischen und autoritären Hintergründe und Ursprünge), Antifeminismus und rechtspopulistischen Menschenbildern sollten verstärkt Grundlagenkenntnisse in humanistischen, rationalistischen und progressiven Gesellschaftstheorien und Menschenbildern angeboten werden. Dazu werden wir uns der Expertise von Expert*innen aus natur- und gesellschaftswissenschaftlichen Bereichen versichern. Auch die Erinnerung und zeitgemäße Reaktualisierung solcher marxistischer Denker wie Georg Lukács, Ernst Bloch, Karl Korsch, Walter Benjamin u.a. ist eine wichtige Hilfe. Ebenso unverzichtbar ist die Auseinandersetzung mit der Pervertierung sozialistischer Ideen und Ideale durch die stalinistische Theorie und Praxis. Wir bekräftigen die „Ablehnung des Stalinismus als System“, dem Gründungskonsens der PDS/LINKEN.

4. Zur Qualifizierung unserer demokratisch-sozialistischen und sozialökologischen Alternativen bzw. Gesellschaftsentwürfe ist die Vermittlung grundlegender Kenntnisse der kapitalismusspezifischen Ursachen der Klimakrise durch die Akkumulationsdynamik des Kapitals unabdingbar. Dazu gehören auch die Vermittlung der Mensch-Natur-Dialektik und die Einsicht in die Notwendigkeit der Umwälzung der heutigen fossilistischen Basis der Produktions- und Reproduktionsweise. Dabei sind die Auswirkungen auf die Arbeits- und Beschäftigungsverhältnisse der arbeitenden Menschen durch die „grüne“ und

„digitale“ Produktionsweise verstärkt zu thematisieren.

5. Spannend dürfte auch die Diskussion um einen „erweiterten Sozialismusbegriff des 21. Jahrhunderts“ sein, wie Frank Deppe ihn in seinem neuen Buch „Sozialismus - Sozialismus - Geburt und Aufschwung - Widersprüche und Niedergang – Perspektiven“ entwickelt. Dazu gehören solche Schlussfolgerungen wie: keine „Modelle“ des Sozialismus, kein ökonomischer und „Klassenreduktionismus“, kein „Produktionssozialismus“, sondern „ganzheitlicher“ Sozialismus, ökologische und ökonomische Nachhaltigkeit, Partei- und Bewegungsfrage usw.). Solche Veranstaltungen und Diskussionen sind dazu geeignet, das sozialistische Profil unserer Partei deutlicher herauszuarbeiten und gleichzeitig eine Debatte mit allen linken und veränderungsorientierten politischen Kräften in unserem Land anzustoßen.

6. Durch die im jetzigen Kapitalismus unaufhebbare ökonomisch-ökologische „Zangenkrise“ (Dörre) kann die Überlebensmöglichkeit durch eine nicht auf Kapitalakkumulation basierenden Zukunftsperspektive durch den demokratischen Sozialismus schlüssiger aufgezeigt werden. Die dafür notwendige Transformation der Eigentums- und Produktionsverhältnisse ist ebenso zu begründen wie die Mannigfaltigkeit und Offenheit ihrer Umsetzungsformen (Von Rekommunalisierungen über Enteignungen gem. § 14 und 15 GG, von Wirtschaftsdemokratie bis zu vergesellschafteten Sektoren besonders in den Bereichen menschlicher Daseinsvorsorge und Zukunftssicherung. Die Umwandlung eines „schwarzen“ in einen „grünen“ Kapitalismus ist im jeweiligen Zusammenhang ggf. zu unterstützen, wird sich aber letztendlich als nicht ausreichend erweisen. Dazu müssen sich die Mitglieder ausreichendes Wissen aneignen. Der Kampf um Beschäftigungssicherung und die Unterstützung der gewerkschaftlichen Vorschläge für „gute Arbeit“ stehen dabei im Mittelpunkt.

7. Die heutige weltpolitische Lage ist, auch nach dem Ende der Trump-Ära, gefährlich instabil; die zwischen den Blöcken entstandenen Konflikte gefährden den Frieden, nicht nur regional, sondern auch weltweit. Eine besondere Brisanz ergibt sich aus dem Konflikt der aufstrebenden Weltmacht China und den Versuchen der USA, ihre verloren gehende Rolle als imperialistische Führungsmacht mit geopolitischer Militärmacht aggressiv zu verteidigen. Dazu müssen wir klare friedenspolitische Positionen beziehen, gegen Rüstungsexport, Aufrüstung und forcierte NATO-Aktivitäten gegen China und Russland. Das bedeutet jedoch nicht, zu bestimmten autoritären Praktiken in diesen Ländern zu schweigen oder sie gar zu verteidigen. Die Ansätze einer „Europaarmee“ lehnen wir ebenso ab wie – besonders nach Afghanistan - militärische Auslandseinsätze. Für diese komplizierten Fragen müssen in der Bildungsarbeit kompetente Referenten hinzugezogen werden.

8. Besonders auf Bezirksebene ist das Thema „Bauen und Wohnen“ auch als Bildungsaufgabe zu etablieren. Dazu bietet sich eine enge Zusammenarbeit zwischen der Partei und den Bezirksfraktionen oder der Bürgerschaftsfraktion an. Das bedeutet auch, dass die Aufgaben, Zuständigkeiten und Grenzen der Kommunalpolitik in Hamburg als Bildungsthema aufgegriffen werden. Das Thema „Verdrängung“, „Gentrifizierung“ und bezahlbares Wohnen ist ein Kernthema der LINKEN in Hamburg und entscheidet zum erheblichen Teil die Wahlausgänge in

unserer Stadt.

9. Besonders bedauerlich ist das kulturelle Niveau in unserer Partei. Es gibt (jüngere) Mitglieder, die mit dem Namen „Bertolt Brecht“ nichts anzufangen wissen. Das ist nicht die Schuld der LINKEN, aber ihre Aufgabe, das zu ändern. Der kulturelle Bereich (Theater, Film, Literatur) ist ein bedeutsamer Austragungsort sozialer und politischer Konflikte und kann dazu beitragen, gerade jüngere Mitglieder mit wichtigen Motiven für ihre politische Arbeit auszustatten. Gemeinsame Theaterbesuche, gemeinsames Anschauen wichtiger (politischer) Filme können solche Bemühungen unterstützen. Auch könnten Autorenlesungen organisiert werden (z.B. Chr. Baron „Ein Mann seiner Klasse“ oder Marion Brasch „Ab jetzt ist Ruhe“)

Regine Brüggemann / Hartmut Obens

Themenbereiche

1. Jung und radikal (Junge und Neumitglieder)
2. Vernunft, Utopie und Wissenschaft
3. Marxismus, Natur und Klimakrise
4. Wege zum demokratischen Sozialismus
5. Friedenspolitik
6. Stadt, Bauen und Wohnen in Hamburg
7. Kultur und Literatur

Neuer Aufbruch für uns und unser Land

Einleitung
„Wenn wir nur einen Planeten haben, müssen wir die Welt verändern“ lautet die zentrale Aussage der indigenen Völker Lateinamerikas, die sich zu einem Bündnis gegen die kapitalistische Ausbeutung von Mensch und Natur auf ihrem Kontinent zusammengeschlossen haben.
Gilt das nicht auch für uns?
Die Jahre bis 2030 werden nach wissenschaftlichen Aussagen, erst kürzlich zusammengefasst im Bericht des Weltklimarats, entscheidend dafür sein, ob es gelingt menschliche Lebensbedingungen auf unserem Planeten für die kommenden Generationen zu erhalten.
Hinzu kommen die wachsenden Gefahren durch beschleunigte Aufrüstung und Militarisierung in vielen Regionen der Welt, um geostrategische Interessen auch mit kriegerischen Mitteln durchzusetzen, was eine Auslöschung der Menschheit durch ein nukleares Inferno heraufbeschwört.
Als Teil der Militarisierung werden Feindbilder propagiert, um Menschen verschiedener Bevölkerungsgruppen innerhalb des Landes gegeneinander auszuspielen.Wie noch nie in der Geschichte stehen die fortschrittlichen Kräfte in allen Kontinenten vor der Aufgabe, in einem historisch kurzen Zeitraum die Kräfte zu bündeln, um dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten, indem deren Ursachen beseitigt werden.
Die Welt so zu verändern, dass nur so viel an Ressourcen durch Produktion und Konsum verbraucht werden, die Umwelt nur in dem Maß belastet wird, wie sich der Planet Erde selbst regenerieren kann, das geht nur durch eine grundsätzliche Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse, mit einer Wirtschaftsordnung, die nicht länger auf Maximalprofit und Wachstumslogik basiert, die frei von Ausbeutung von Mensch und Natur ist.

I. Das neue strategische Ziel unserer Partei

In einem Zeitraum von wenigen Jahren eine hegemoniale Kraft in der Gesellschaft zu werden, kann nur über und mit einem Bündnis aller fortschrittlichen Kräfte gelingen. Dass es möglich ist, zeigen die aktuellen Wahlerfolge von Linksbündnissen in Chile und Kolumbien, um nur zwei Beispiele zu nennen. Dann verfügt man über so viel Ausstrahlung und Einfluss, dass gesellschaftliche Umwälzungen beginnen können.
Wir setzen uns für die Schaffung eines solchen Bündnisses mit anderen fortschrittlichen Kräften ein, wir sehen die Chance, dass es bis zum Ende dieses Jahrzehnts die stärkste politische Kraft in Deutschland werden kann.

II. Die neue Ausrichtung der Partei

Unser Kampf für Frieden und Abrüstung, Klima- und Umweltschutz, soziale Gerechtigkeit sind die politischen Schwerpunkte. In der Umsetzung müssen wir neue Wege gehen.
Zum einen bedeutet es, viel mehr als bisher in der Zivilgesellschaft und in den sozialen Bewegungen aktiv zu sein, um dort für ein breites Bündnis einzutreten. Zum anderen müssen die gesamten Aktivitäten unserer Partei stärker als bisher handlungsorientiert sein. Ob in der Gemeinde oder im Betrieb, ob im Verein oder in einer Initiative, wir sind diejenigen, die die Menschen ermutigen, für die eigenen Interessen aktiv zu werden. Wir sind diejenigen, die bei der Vorbereitung, Durchführung und Auswertung entsprechender Aktionen die weiterführenden Zusammenhänge erklären, unser Fachwissen und unsere Erfahrungen einbringen, sowie für das neue Bündnis werben und mobilisieren.
Viel stärker als bisher geht es darum, nicht bei tages- oder kommunalpolitischen Fragen stehen zu bleiben, sondern von der Notwendigkeit radikaler gesellschaftlicher Veränderungen zu überzeugen.
Bei der Tätigkeit unserer Mitglieder in Ausübung parlamentarischer Mandate handelt es sich nicht um Zeitverschwendung, wenn diese Arbeit in Verbindung mit konkreten außerparlamentarischen Aktivitäten steht, ob in Betrieben, Wohngebieten oder sozialen Bewegungen. So verhindern wir auch, dass Illusionen über eine grundlegende Veränderung der Gesellschaft allein auf parlamentarischem Weg genährt werden.

In vielen Gruppen, Arbeitsgemeinschaften unserer Partei wird viel inhaltliche Arbeit geleistet. Das ist auch gut und richtig, wenn die Ergebnisse in konkrete Aktivitäten einfließen, ob parlamentarisch, außerparlamentarisch oder in Bündnissen. Neben der Teilnahme an solchen Arbeiten, Erstellung von Analysen, Positionen und Einschätzungen sollten möglichst viele dieser Mitglieder auch die Zeit finden, um an Basisaktivitäten teilzunehmen.
Wir brauchen vor allem inhaltliche Expertise, wie wir uns die gesellschaftlichen Veränderungen konkret vorstellen, die ab Ende des Jahrzehnts durchgesetzt werden. Das betrifft insbesondere die Eingriffe in die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse, aber letztendlich alle Bereiche der Gesellschaft. Es geht um die Mobilisierung für eine neue Gesellschaftsordnung, die von Teilhabe, kollektiven statt individuellen Lösungen, von sozialer Gerechtigkeit im Land und global geprägt ist. Wenn wir die Bedingungen für menschliches Leben auf unserem Planeten erhalten wollen, müssen wir diese Bedingungen menschlich gestalten. Wachstums- und Wohlstandphilosophie, wie sie im Interesse von Groß- und Finanzkapital der Bevölkerung seit Jahrzehnten eingeredet wurde, muss in Frage gestellt und schnellstmöglich überwunden werden. Wir werden die Partei sein, die überall zur Formulierung von radikalen und konsequenten Alternativen einlädt, deren Umsetzung zur Folge hat, dass in Deutschland nicht mehr so viele Ressourcen verbraucht werden, als hätten wir mehr als zwei Planeten zur Verfügung. Es geht um regionale und globale Gerechtigkeit, um Umverteilung von oben nach unten im eigenen Land. Das wird unsere Anziehungskraft insbesondere auf junge Menschen erhöhen, aber auch viele der älteren Generationen ansprechen. Schließlich haben auch sie Kinder und Enkelkinder. Welchen Wert hat ein Wohlstand, der vorwiegend aus Warenanhäufung und Massenkonsum besteht und sehr vergänglich sein kann, wenn man an die Bilder des Ukraine-Krieges und der Flutkatastrophe in Deutschland denkt.

III. Das neue Bündnis

Wir streben ein Bündnis an, das es in dieser Form in der Geschichte unseres Landes noch nie gegeben hat. Unter Berücksichtigung der Erfahrungen der Linkskräfte in anderen Ländern, sollte das deutsche Bündnis allen Menschen und ihren Gruppen, Parteien, Organisationen und Verbänden einen Platz bieten, die bereit sind, sich für die konsequente Umgestaltung der Gesellschaft für Frieden und Abrüstung, für konsequenten Klima- und Umweltschutz und für soziale Gerechtigkeit einzusetzen.
Es können andere Parteien dazugehören, Gewerkschaften, Verbände und Vereinigungen der Zivilgesellschaft, die seit langem spezifische Anliegen oder bestimmte Interessengruppen vertreten, aber auch soziale und politische Bewegungen, die sich in den letzten Jahren formiert haben.
Unser Parteitag richtet den Aufruf heute an alle diese Kräfte: Schließen wir uns zu einem Bündnis zusammen, um gemeinsam die notwendige Kraft für eine sozial-ökologische und ökonomische Umgestaltung zu erreichen, denn wir haben nur diesen einen Planeten!
Auf kommunaler Ebene haben bereits viele Kreisverbände gute Erfahrungen mit offenen Listen und Bündnissen gemacht.
Um dem Bündnis auch zu einem Gradmesser bei Wahlen und dem Erringen von Mandaten auf Landes- und Bundesebene zu verhelfen, schlagen wir vor, bei kommenden Landtagswahlen und den Bundestagswahlen 2025 mit offenen Listen anzutreten und mindestens die Hälfte aller Listenplätze parteilosen Kandidierenden aus dem Bündnis zur Verfügung zu stellen. Das Verfahren zur Besetzung dieser Mandate bestimmt das Bündnis eigenständig, sie werden auf den Aufstellungsversammlungen unserer Partei bestätigt. Wegen des geltenden Wahlrechts in Deutschland sind Bündnisse wie in anderen Ländern, die auch mehrere Parteien und sonstige politische Vereinigungen umfassen, nicht möglich. Ziel ist es, mit offenen Listen „Die Linke“ bei den Bundestagswahlen 2025 ein zweistelliges Ergebnis zu erzielen, um dann eine starke linke Opposition zu bilden. Anders kann sich die Situation darstellen, wenn es gelingt bei den Wahlen 2029 zur stärksten politischen Kraft zu werden und das Bündnis den Auftrag zur Regierungsbildung erhält.
Unsere Bundestagsfraktion sollte noch in diesem Jahr im Parlament für Wahlrechtsänderungen

eintreten, die eine Zulassung von sonstigen politischen Vereinigungen und Kandidierende mit doppelten Parteimitgliedschaften nicht länger ausschließt.

IV. Die neue Arbeitsweise und Zusammensetzung unserer Bundestagsfraktion

Unsere Bundestagsfraktion spielt eine wichtige Rolle für öffentliche Wahrnehmung der Partei. Es darf nicht der Eindruck entstehen, sie würde sich nicht an Beschlüsse der Partei halten oder Signale aus der Partei ignorieren.
Ihre Hauptaufgabe ist es, das Parlament als Tribüne für Forderungen der Partei und anderer Linkskräfte zu nutzen, Sprachrohr der Menschen sein, die in Arbeitskämpfen stehen, sich in sozialen Bewegungen engagieren und in anderen Bereichen gegen die Interessen des Kapitals aktiv sind. Die Fraktion muss Dienstleistende sein für die außerparlamentarischen Aktivitäten aller Linkskräfte, Dinge entlarven, die vorbereitet werden, die Öffentlichkeit informieren.
Für diese Arbeit braucht man keine mehrjährige Einarbeitungszeit. Unabhängig davon, ob wir demnächst die Ausübung der Mandate auf ein oder zwei Legislaturperioden begrenzen, empfehlen wir allen Abgeordneten unserer Partei, die länger als zwei Mandatsperioden im Bundestag sitzen, bis Ende dieses Jahres ihren Platz für Nachrückende freizumachen.
Wer während langjähriger Präsenz im Bundestag auch in der Öffentlichkeit als engagierte Persönlichkeit unserer Partei bekannt wurde, wird auch weiterhin für unsere Öffentlichkeitsarbeit wichtig sein, hat dafür dann wesentlich mehr Zeit, weil die Mandatsausübung entfällt. Im Gegenzug können die Nachrückenden sich als Volksvertreter profilieren, mehr Mitglieder unserer Partei werden in der öffentlichen und medialen Wahrnehmung bekannt.

V. Anforderungen für Regierungsbeteiligungen auf Bundes- und Landesebene

Wir wollen als konsequente und glaubwürdige Partnerin in diesem Bündnis wirken und auch so in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden. Wir wollen für eine Politik stehen, die nicht mit zweierlei Maß misst oder Kompromisse eingeht, die die soziale Ungerechtigkeit dulden oder verschärfen.
Es kann kein Bündnis mit Parteien oder Organisationen geben, die Aufrüstung und Militarisierung befürworten. Wenn sich die Mitglieder anderer Parteien, mit denen wir auf einigen Landesebenen die Regierung bilden, nicht eindeutig für Frieden und Abrüstung, für konsequente Klimagerechtigkeit aussprechen und einsetzen, sind unsere Genossinnen und Genossen in den jeweiligen Landesverbänden gefordert, eine Lösung zu finden, die im Einklang mit unserer Glaubwürdigkeit steht.

VI. Neuer innerparteilicher Aufbruch

Die neue Orientierung auf die Schaffung eines breiten fortschrittlichen Bündnisses stellt ein neues und zusätzliches Betätigungsfeld für die Partei dar, das entsprechenden Aufwand erfordert, um das Bündnis auch bei seiner Verankerung auf allen lokalen und regionalen Ebenen zu unterstützen.
Woher nehmen wir die dafür nötigen Mitglieder, wo schon heute viele über Arbeitsüberlastung und Aufgabenhäufung klagen? Eine Möglichkeit ist, die Wahrnehmung kommunaler Mandate in die Hände von Sympathisierenden aus der Zivilgesellschaft und sozialen Bewegungen zu legen. Damit gewinnen wir viele unserer erfahrenen Mitglieder für Aufgaben im außerparlamentarischen Bereich zurück.
Viele Mitglieder empfinden unsere Parteistrukturen als unzeitgemäß oder verkrustet. Um in unserer Aktionsfähigkeit und unseren Aktivitäten flexibler und schneller zu sein, sind flache Hierarchien und mehr Basisorientierung wichtig. Welche alten Strukturen wir über Bord werfen und welche neu entstehen, wird sich bei der Umsetzung der neuen Strategie zeigen.
Andere europäische Linksparteien verfügen über Online-Portale, die zur Meinungsbildung und für politische Entscheidungen genutzt werden. Das brauchen wir auch, um nicht in zu vielen Fragen einen aufwändigen Mitgliederentscheid durchführen zu müssen.
Die Zusammenschlüsse in unserer Partei wie die Bundesarbeitsgemeinschaften und andere sind wichtig für die innerparteiliche Debatte, die sie mit Analysen und Argumenten bereichern.

Wenn jedoch ihre Arbeitsweise einer organisierten Fraktion innerhalb der Partei gleicht, eigene Hierarchien und Misstrauen gegenüber anderen in der Partei dominieren, wird nicht nur unser Bild in der Öffentlichkeit geschädigt, sondern es verunsichert auch viele der eigenen Mitglieder, die sich dann aus dem aktiven Parteileben zurückziehen.
Viele der strittigen Fragen können auch mit dialektischer Herangehensweise gelöst werden. Wer sich heute für ein bedingungsloses Grundeinkommen als Alternative zu den menschenunwürdigen Hartz IV-Regelungen einsetzt, der kann sich ebenso für andere Lösungen in einer Gesellschaft einsetzen, die keine kapitalistischen Eigentumsverhältnisse kennt.
Statt alten Dogmatismus durch neuen zu ersetzen, brauchen wir mehr Toleranz untereinander. Ein Beispiel: Das Gendern sehen die einen als Teil ihres aktuellen Kampfes gegen Diskriminierung, andere legen den Schwerpunkt für die Überwindung diskriminierender Sprachelemente auf die Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse. Daher sollte bei Veröffentlichungen und Materialien der Partei ein Nebeneinander selbstverständlich sein.

Schluss und Ausblick
Gerade weil unsere aktuelle Ausgangslage als sehr kritisch eingeschätzt werden muss, brauchen wir eine neue und emanzipatorische Strategie, die sowohl den objektiven politischen Anforderungen entspricht und geeignet ist, eine neue gesellschaftliche Dynamik auszulösen, als auch Ziele und Aufgaben formuliert, die alle Mitglieder eint und mobilisiert. Indem wir unserer Partei wieder ein klares Profil verleihen, indem wir Ziele und Inhalte formulieren, anhand derer unsere Politik für die nächsten Jahre von allen Menschen messbar ist, verleihen wir unserer Partei neue Anziehungskraft. Wir setzen uns das Ziel, bis zum nächsten Bundesparteitag 10.000 neue Mitglieder zu gewinnen.
Auch in anderen Ländern wachsen die Aktivitäten, um solche Bündnisse zu schaffen. Allein in Frankreich beteiligte sich fast eine halbe Million Menschen an Vorwahlen für eine linke Präsidentschaftskandidatin. Mit unserer Strategie sind wir Teil einer europäischen und internationalen Bewegung.
Eine Partei, die in der öffentlichen Wahrnehmung als zerstritten und mit Beliebigkeit in ihren Positionen wahrgenommen wird, kann weder bei Wahlen noch in außerparlamentarischen Bewegungen überzeugen. Die Mehrheit unserer Mitglieder will daher, dass wir ein klares sozialistisches Profil haben, nicht nur etwas linker als die SPD und etwas grüner als die Grünen sind. Nicht ein paar Sozialwohnungen mehr fordern, sondern die Wohnungskonzerne zu enteignen. Nicht dem Kapital ein wenig auf die Füße treten, sondern vor das Schienbein klotzen, dass es einknickt. Und das gelingt nicht als linker Wahlverein, sondern in den außerparlamentarischen Kämpfen.
Und wir brauchen die Forderungen, die alle verstehen und die unser Profil schärfen. Beispiele:
Keine Stationierung von Soldaten und Waffen außerhalb des eigenen Landes (Auflösung aller Militärstützpunkte weltweit), keine Rüstungsproduktion in Deutschland bei Enteignung ihrer Eigentümer.
Abschaffung indirekter Steuern (alte Forderung der Arbeiterbewegung), weil durch sie vor allem die Einkommensschwachen belastet werden. Stattdessen direkte Steuern, die zur radikalen Umverteilung von oben nach unten führen, kein Land braucht Millionäre!
Keine Zustimmung in Parlamenten und kommunalen Vertretungen zu Projekten, die nicht den Ein-Planeten-Fußabdruck haben, sozial-ökologische Transformation durch die Übernahme von Betrieben durch die Beschäftigten, die sich z.B. als ökologisch und nachhaltig arbeitende Genossenschaft zusammenschließen.
Wir senden den Impuls an alle Menschen: Lasst uns eine basisdemokratische und emanzipatorische Gesellschaft entwerfen, die geprägt ist vom Respekt gegenüber der Natur und im Umgang miteinander. Denn es gibt weder einen friedlichen noch einen grünen oder sozialen Kapitalismus.

(Dieser Text ist Grundlage für mehrere Anträge in Vorbereitung des Bundesparteitages im Juni 2022. Es werden fortlaufend Veränderungsvorschläge eingearbeitet, das ist der Stand vom 3.4.2022. Wer sich beteiligen möchte: Mail an kuhl.schuemer@gmail.com)

Sabine Ritter, Eimsbüttel

Einige Thesen anlässlich der Strategiekonferenz am 27.11.2021

Die Fragenkomplexe, vor denen wir stehen, sind:

1. Wen wollen und können wir als LINKE erreichen und organisieren? Welche Schwierigkeiten bestehen für uns bei der Umsetzung verbindender Politik und wie lösen wir diese auf?
2. Welche Inhalte müssen wir in welcher Weise vorantreiben? Welche Schwerpunkte setzen? Was treibt die Menschen, die wir erreichen wollen und können um? Welchen Gebrauchswert hat DIE LINKE?
3. Welches gesellschaftliche Ziel verfolgen wir? Wo wollen wir hin und wie stellen wir uns die emanzipierte Gesellschaft vor?
4. Wie beschreiten wir erfolgreich den Weg zu unserem Ziel? Wie setzen wir Forderungen durch und um? Mit welchen Schwierigkeiten sind wir dabei konfrontiert und wie gehen wir mit diesen um?

Zu 1.: „Die Milieudebatten, die einerseits die vernachlässigten Arbeiter und andererseits die Bewegungen zum Mythos erhoben haben, haben der Partei bisher mehr geschadet als genutzt." (I. Schwerdtner, freitag 44/2021)

Die Frage ist nicht, ob wir die Partei der Arbeiter:innenklasse sind. Selbstverständlich sind wir das. Wir müssen uns vielmehr der Tatsache stellen und uns damit arrangieren, dass diese Klasse extrem heterogen und stark fragmentiert und gleichzeitig globalisiert ist – notwendige Bedingungen für die Hartnäckigkeit des Neoliberalismus. Es muss uns deswegen zunächst darum gehen, abhängige Lohnarbeiter:innen, „Überflüssige" (Z. Bauman), Ausgebeutete und Entrechtete, Menschen, die wegen ihrer Geschlechtsidentität diskriminiert, solche, die rassistisch an den Rand gedrängt werden und alle, die gegen solche Verhältnisse aufstehen und angehen wollen, zu adressieren. Ihnen sicheren Raum, Luft zur Artikulation und Gelegenheiten zur Organisation zu verschaffen. Um es in einer Parole zu fassen: Niemanden im Stich zu lassen ist die allererste Aufgabe linker Politik. Konsequente Bereitschaft, die Ausgegrenzten zu vertreten. Und damit müssen wir direkt bei uns anfangen und jeder Spaltung, jedem Gegeneinanderstellen in aller Entschiedenheit entgegentreten. Positionen, die Menschen gegen Menschen aufrechnen und Ausschlüsse produzieren sind keine linken Positionen. Kategorisch.

Zu 2.: „Nachhaltiges Handeln muss den Zwang zu immer neuen Landnahmen brechen, der im kapitalistischen Besitz als Strukturprinzip angelegt ist: Eine Gesellschaft, die dieses Prinzip auf demokratische Weise überwindet, kann nur eine sozialistische sein." (K. Dörre, Die Utopie des Sozialismus. Kompass für eine Nachhaltigkeitsrevolution. Berlin 2021)

Ökosozialismus. Wir brauchen eine radikale, gleichzeitig undogmatische Klimapolitik und ein entschiedenes, lautes Eintreten dafür in enger Kopplung an eine Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik, die öffentliche Güter und Güter der Daseinsvorsorge vergesellschaftet und den gesellschaftlichen Reichtum gerecht verteilt. Diese beiden Punkte ziehen alles andere nach sich: Nichts drängt so wie das Aufhalten des Klimawandels, nichts ist so genuin unser Aufgabenfeld wie die Sorge für einen funktionierenden Sozialstaat. Und mit den hier angedockten Themen – Gesundheits-, Wohnungs-, Arbeitsmarkt- und Umweltpolitik – kann die Partei ganz gezielt ansprechen und den Vielen unmittelbar dienlich sein. Dieses zunächst abstrakt klingende Anliegen haben wir als Landesverband z.B. in Eimsbüttel oder Altona bereits im Fokus und arbeiten intensiv daran: Konkret in der Sozial-, der Familien-, der Senior:innenberatung. Mit Mieter:inneninis. Im Kampf um

bezahlbaren Wohnraum, für einen bundesweiten Mietendeckel. Um Schrebergärten und eine Straßenbahn. Zum Beispiel. Es geht beim Ökosozialismus um zutiefst soziale Fragen!

Zu 3: Das ist keine Frage für ein kleines Thesenpapier, sondern im Gespräch zu verhandeln. Für eine erste Annäherung zitiere ich Frank Deppe: „[Endet] der Weg „Klasse – Partei – Staat“ (der durch die Struktur der kapitalistischen Gesellschaft und ihres politischen Systems objektiv vorgegeben ist) in einer historischen Sackgasse […] oder […] trägt er zu *Verhältnissen bei, in denen demokratische Rechte und Freiheiten mit sozialer Gerechtigkeit, Schutz der Umwelt und der Natur und entwickelten Formen der Selbstverwaltung verbunden sind?*“ (F. Deppe, Sozialismus. Geburt und Aufschwung – Widersprüche und Niedergang – Perspektiven. Hamburg 2021)

Solche Verhältnisse ohne Sackgasse wünsche ich mir. Uns.

Zu 4: Der Weg dahin ist schwer. Ohne eine starke Linke bleibt er illusorisch. Wir müssen aber stark werden, um viele Menschen mitnehmen zu können, linke Mehrheiten zu schaffen, Etappenziele über Regierungsbeteiligungen zu erreichen und Schritt für Schritt demokratischen Sozialismus verwirklichen zu können. Dazu brauchen wir einerseits einen produktiven Diskurs um den erfolgsversprechenden Weg zu einer lebenswerten, menschenfreundlichen Gesellschaft, andererseits aber Einigkeit über das Wer? und das Was? linker Politik. So lange wir es in Grundsatzfragen nicht schaffen, mit einer Stimme zu sprechen, werden wir nicht gehört werden.

Wir brauchen die Partei als *eine* Stimme der Schwachen und Ausgegrenzten. Eine Bundestagsfraktion, die sich hoffentlich jetzt diszipliniert. Eine überzeugende linke Story, die geschichtsbewusst, aber ohne Heldenverehrung funktioniert. Und die professionell auf die anstehenden Wahlen – zunächst Europa, dann aber auch bald unsere Bürgerschaft – hinarbeitet. Mit Konzentration auf unsere Kernkompetenz: Soziale Fragen.

„Wider alle Querfrontambitionen“ – Zur Rolle der LINKEN in Coronazeiten und danach

Sabine Ritter und Hartmut Obens

„Rohe Bürgerlichkeit“ und verstärkte Gewaltneigung

In seiner Einschätzung zu den Unterschieden zwischen den aktuellen Coronaprotesten und den „Querdenker-Demos“ der vergangenen beiden Jahre sagt Andreas Zick, Leiter des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung an der Universität Bielefeld: *„Die Form der Demonstrationen hat sich verändert. Die Ablehnung einer möglichen Impfpflicht, die Gegner nennen es durchgehend „Impfzwang“, ist zurzeit die große Klammer der Proteste. Das schafft auch für viele Leute aus dem bürgerlichen Milieu einen Anreiz, mitzugehen. Obwohl die Impfpflicht politisch und auch juristisch noch längst keine Realität ist, steht sie für diese Menschen bereits fest. Aktuell beginnt sich die Gegenöffentlichkeit zu formieren. Zugleich wird aber auch die Sensibilität in der Zivilgesellschaft stärker, weil prägende Teile der Corona-Proteste auch die demokratische Kultur infrage stellen. Verschwörungserzählungen, Feindbilder, antisemitische Elemente, demokratiegefährdende oder demokratiefeindliche Meinungen wie auch Angriffe auf demokratische Einrichtungen, wie sie Bürgermeister oder Landräte repräsentieren oder die Polizei prägen das Bild vieler Proteste.“*[1] Von Anfang an ging es bei den Protesten gegen die Corona-Maßnahmen auch fundamental um das Verhältnis der Kritiker*innen zum Staat. Bei den jetzigen „Spaziergängen“ haben wir es, so der Nachfolger von Wilhelm Heitmeyer, bereits mit einem Schulterschluss zwischen „radikalen Systemgegnern“ und „bürgerlichen Gruppen“ zu tun, die zunächst als „Impfgegner“ auftreten. *„Das sind Leute, die sich sehr anstecken lassen von dem Thema Freiheitseinschränkungen, die sich ihre „Freiheit“ zurückholen wollen. Der Schulterschluss klappt, gerade weil keine politische Idee dort verfolgt wird und es ein scheinbar einfaches Protestziel gibt: Keine Impfpflicht, Corona-Regeln lockern oder aufgeben, was dann als Freiheit verstanden wird.“*[2]

Sozialforscher*innen um Oliver Nachtwey an der Universität Basel sehen die „Coronadissidenz“ als „Ausdruck einer fundamentalen Legitimationskrise der modernen Gesellschaft“. Das Glücks- und Zukunftsversprechen der Moderne habe seine Glaubwürdigkeit verloren.[3]
Die Bewegung der Querdenker*innen sei vor allem durch eine tiefe Entfremdung von Kerninstitutionen der liberalen Demokratie zu charakterisieren. Der parlamentarischen Politik und den Parteien, der Wissenschaft und den Medien – allen Institutionen schlage großes Misstrauen entgegen. Einzig die Gerichte und das Justizsystem genössen noch eine schmale Vertrauensbasis. Die Kritiker*innen sähen sich in ihrer Abweichung vom Mainstream verkannt und geächtet; gleichzeitig werten sie sich und ihre Expertise im Vergleich zum Mainstream auf. *„So überrascht es auch nicht, dass die Querdenker*innen-Bewegung sich durch eine starke normative Unordnung kennzeichnet, die sich beinahe ausschließlich jenseits der tradierten Formen politischer Repräsentation bewegt.“*[4]
Die „Querdenkenbewegung“ komme nicht einfach aus dem Nichts. Vielmehr gab es, so Nachtwey et al., in den letzten Jahren jenseits tradierter Formen der Repräsentation Bewegungen, rechte wie linke, die nicht auf stärkeren Parteieneinfluss orientieren (wie etwa die Klimabewegung), sondern die sich jenseits traditioneller Orientierungen verorten. Dazu könnten Montagsmahnwachen, Pegida und Occupy gezählt werden. In einer Folgestudie für

---

[1] Interview mit Andreas Zick im Deutschlandfunk Kultur am 18.1.2022.
[2] Ebenda.
[3] Politische Soziologie der Coronaproteste, Grundauswertung, Universität Basel vom 17.12.2010, S. 62.
[4] Ebenda.

Baden-Württemberg wurde zudem der starke Einfluss esoterischer Gruppen festgestellt. [5]Es seien vier Milieus von vorherrschender Bedeutung für die Proteste: 1. das Alternativmilieu, 2. das anthroposophische Milieu, 3. das christlich-evangelikale Milieu und 4. das bürgerliche Protestmilieu.[6]
Im Gegensatz zum Selbstverständnis der Akteur*innen seien es aber keine „linken" Proteste, sondern solche, die ihrem politischen und ideologischen Charakter nach „rechts" und elitär sind, auch wenn manche der Protest*formen* aus linker Vergangenheit entlehnt sind: *„Es führt aber kein direkter Weg vom (ehemaligen) linksalternativen Milieu zum Querdenkertum" im 21. Jahrhundert. Es handelt sich gerade um die Transformation dieses Milieus, in der von den linken Politikformen und linken Werten wie Solidarität und Gleichheit im Grunde nichts mehr übrig ist."*[7]
In Ostdeutschland sei die Situation eine andere; die „Querdenkerbewegung" sei anders zusammengesetzt und werde eindeutig von der AfD und anderen rechten Gruppen dominiert. Dadurch sei auch eine höhere Gewaltbereitschaft feststellbar.[8] Die Forscher*innen warnen indes davor, die Kritiker*innen der Corona-Maßnahmen einfach zu „pathologisieren". Es müsse ein Prozess der gesellschaftlichen Selbstreflexion beginnen, die von der Frage geleitet sei: *„Was für eine Gesellschaft bringt derartige Bewegungen hervor, was sind ihre strukturellen Voraussetzungen?"* [9]

Christiane Schneider, ehemalige LINKE-Bürgerschaftsabgeordnete und Kennerin der „Szene", hat als teilnehmende Beobachterin der Protestdemos erfahren, dass es nicht nur ökonomisch unsichere Existenzen sind, die sich hier beteiligen, sondern auch Menschen mit sicheren Jobs, guter Ausbildung, solidem Einkommen und großem Selbstbewusstsein, die ihre gesellschaftliche Position und ihre „Überlegenheit über die Nichtwissenden" selbstbewusst und im Gestus von „Verkündern der Wahrheit" präsentieren.
Christiane Schneider ist zuzustimmen, dass diese Bewegung eine neue und bedrohliche Qualität der Rechtsentwicklung auszeichnet.

Tatsächlich ist eine politisch und allgemeingesellschaftlich brisante Situation entstanden, die uns Linke vor neue Fragen und Herausforderungen stellt. Diese haben insbesondere mit der Repräsentationskrise und dem verloren gegangenen Vertrauen gegenüber etablierten Organisationen und Parteien in unserem Land zu tun. Davon ist auch die LINKE betroffen. Was als „Freiheitsbekenntnis" gegen staatliche (Impf-)Zwänge deklariert wird, erweist sich tatsächlich als ein grundsätzliches Problem in der Auseinandersetzung mit antidemokratischen Verschwörungserzählungen im Rahmen gesellschaftlicher und gesundheitlicher Krisenentwicklungen, deren bedrohliche politische Folgen nicht lange auf sich warten lassen:

„Wir sehen zurzeit eine Konsolidierung von antidemokratischen, demokratiegefährdenden Ideologien und Verschwörungserzählungen, von denen sehr viel bleiben wird. Die gefährlichste Zeit kommt nach den Protesten, nach der Pandemie. Wir sehen jetzt in vielen Städten Tausende von Menschen auf der Straße, die der Meinung sind, dass der Staat in weiten Teilen Legitimität verloren hat. Dort demonstrieren Tausende von Menschen, die sich von mitlaufenden Rechtsextremen nicht distanzieren. Wir verlieren Menschen aus der Mitte heraus in diese neuen sektiererischen Gruppen. Vielleicht gehen die in der nächsten Protestkultur wieder auf die Straße. Vielleicht ziehen sie sich zurück und nehmen an dem Dialog, der demokratische Institutionen stark macht, nicht mehr teil. Dann wandert der

---

5 Nadine Frei, Oliver Nachtwey (unter Mitarbeit von Verena Hartleitner, Matthias Zaugg, Iljana Schubert und Annika Sohre), Quellen des Querdenkertums. Eine politische Soziologie der Corona-Proteste in Baden-Württemberg, 2021: Charakteristisch für Baden-Württemberg sei eine „Komplementarität von verschwörungstheoretischen und esoterischen Überzeugungen", S. 3.
6 Ebenda.
7 Ebenda, S. 5.
8 Ebenda.
9 Nachtwey u.a. 2020, S. 63.

Rechtspopulismus in die Mitte.“[10]

Gewaltbereitschaft und Gewaltstrategien haben ein Ausmaß angenommen, das den Kampf der Linken (groß und klein geschrieben) gegen die Rechtsentwicklung in und nach der Coronakrise vor neue Aufgaben und Konsequenzen stellt. Dabei kann sich DIE LINKE bewähren und damit einen wesentlichen Schritt zu Überwindung ihrer Parteikrise tun, oder – wenn bestimmte Krisenerscheinungen sich auch innerhalb der LINKEN breitmachen – das Ende dieser Partei besiegeln.
Dieser Schritt erfordert mehr als bloß taktisches Lavieren und mehr als Ad-Hoc-Maßnahmen, sondern eine tiefgreifende Auseinandersetzung mit der Thematik, wozu hier ein erster Versuch aus Hamburger Perspektive unternommen wird. Wir zeigen, inwiefern die Öffnung gegenüber rechten Positionen, das Aufgreifen und Bedienen rechter Argumentationsfiguren, historisch und politisch gefährlich und falsch ist.

Die Demonstrationen zu den Coronamaßnahmen in Hamburg: Was ist Freiheit?

Die bislang größte Demo der 14.000 Maßnahmengegner*innen in Hamburg am 8. Januar wurde glaubwürdigen Zeug*innen zufolge zahlenmäßig nicht von Querdenkenden, Coronaleugner*innen, Rechtsradikalen und Rechtspopulist*innen dominiert, obwohl das ultrarechte Milieu Hamburgs (AfD, Rechtsradikale, neofaschistische Jugendorganisationen und Co) prominent vertreten war und sich offenkundig zufrieden, bestätigt und ermutigt fühlte. Enttäuschte Linke, die teilgenommen haben, waren ihrerseits der Meinung, dass diese Demo eine gegen die autoritäre Politik des Staates gerichtete „demokratische“ Aktion gewesen sei, die den Willen der Teilnehmer*innen authentisch und glaubwürdig zum Ausdruck gebracht habe. Die LINKE spiele in dieser oppositionellen Bewegung keine Rolle mehr. Dagegen war es ein außerordentlich wichtiges Signal, dass am 15.Januar erstmalig in Hamburg unter maßgeblicher Beteiligung der LINKEN eine demokratische Gegendemo stattfand: „Solidarität gegen Verschwörungsideologien“. An den „Coronademos“, also denjenigen der Maßnahmenkritiker*innen in den Wochen und am Wochenende zuvor, beteiligten sich verschiedene kulturelle und politische Gruppen. Dabei waren Leute aus der „bürgerlichen Mitte“, auch aus alternativen Milieus, die eher in linksalternativen Gruppierungen zuhause sind und deren Impfgegnerschaft sich vornehmlich auf bürgerliche und individuelle Freiheitsrechte und gegen „staatlichen Zwang“ begründet. Die gemeinsame Losung lautet: „Gegen Impfzwang und Coronadiktatur“. Auffällig dabei ist, dass sich dieses Freiheitsverständnis ausschließlich auf persönliche und wirtschaftliche Interessen bezieht, nicht aber auf die „Freiheit der Anderen“ (etwa derer, die an Corona leiden, auf Intensivstationen versorgt werden oder gar versterben). Bei den „Coronaleugner*innen“ ist eine Verbindung zur wirtschaftsliberalen Lindner-Linie unverkennbar, wonach die „Freiheit der persönlichen Entscheidung“ Vorrang habe vor der Freiheit körperlicher Unversehrtheit. Mittlerweile gibt es über 120.000 coronabedingt verstorbene Menschen in der BRD, weltweit sind es Millionen. Der Hintergrund des vor diesem Hintergrund deutlich erkennbar absurden Freiheitsverständnisses („Tot, aber frei“) ist ein liberal-abstraktes Grundrechteverständnis, das geprägt ist von einer kleinbürgerlich-anarchistischen Freiheitsauffassung und Staatsablehnung.

Wir LINKEN teilen weder diesen (neo-)liberalen Freiheitsbegriff noch das entsprechende Grundrechteverständnis. Auch sind wir keine Anhänger*innen einer derartigen Staats-auffassung. Ein linkes Politikverständnis weiß, dass „Freiheit“ ein Kollektivgut ist, dass also

[10] Zick, ebenda.

um der Freiheit *aller* willen derjenige Spielraum beschränkt werden darf und muss, der dieses Kollektivgut gefährdet. Anstelle von „Staatsablehnung“ vertreten wir LINKE eine Staatskritik, die nicht von abstrakten, sondern realen und konkreten Erfordernissen der arbeitenden Mehrheit unseres Landes ausgeht. Und diese Staatskritik äußern wir auf konkrete und nachvollziehbare Weise.

Auch Andreas Speit, Experte für die „neue Rechte“ und die „Querdenkerbewegung“, kritisiert das Freiheitsverständnis von Teilen der alternativen Milieus. In seinem Buch „Verqueres Denken“ sieht er rechte Tendenzen auch dort: die alternative Szene spiele mittlerweile in der „Querdenken-Bewegung“ eine immer größere Rolle. *„Nicht bloß in Stuttgart sind seit über einem Jahr Menschen mit bürgerlichen Werten und alternativen Lebenshaltungen auf der Straße – manche von ihnen finanziell abgesichert, andere ökonomisch prekär lebend. Im Protest verschärft sich die anhaltende Entkultivierung von Teilen des Bürgertums weiter. Rücksicht auf seine Mitmenschen, Einschränkungen ertragen, Regeln ernstnehmen – perdu. Der vermeintliche Protest für die Freiheitsrechte aller ist letztlich ein Protest für das eigene Recht, sich zu verhalten, wie man gerade will. Die Demonstrant:innen denken nicht quer, sie denken egoman.“*[11]

Bei der AfD und im rechten Milieu ist der Feldzug gegen die „Coronadiktatur“ des Staates ohnehin rein taktischer Natur; gegen die tatsächlich autoritären und diktatorisch ausgerichteten Staaten wie z.B. Ungarn, Polen und Türkei hört man diese Kritik nicht. Hinzu kommt die durch und durch reaktionäre, vormoderne Wissenschaftsfeindlichkeit (Leugnung der Klimakrise) und eine auf Krisenverschärfung gerichtete zynische politische Strategie, von der sie sich eingestandener Maßen einen verstärkten Zulauf politisch eingeschüchterter und krisengebeutelter Menschen erhoffen.

Distanzlosigkeit und gemeinsame Losungen

Was aber diese sozial und politisch zutiefst unterschiedlichen Milieus miteinander verbindet und bei den „liberalen“ und „bürgerlichen“ Gruppen dazu geführt hat, ihre Distanz zu Rechtspopulist*innen und Faschist*innen zu relativieren bzw. aufzugeben, ist eine Haltung, die sich in der jahrzehntelangen Herrschaft neoliberaler Ideologie und ihrer Auswirkungen auf die Denk- und Verhaltensmuster von Angehörigen der „liberalen Mitte“ auf gefährliche Weise ausgewirkt hat. Das wurde verschiedentlich sozialwissenschaftlich beschrieben und analysiert, etwa von Wilhelm Heitmeyer („Deutsche Zustände“). Der Befund ist eine Verstärkung und Verfestigung „gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“, die sich in verschiedenen antidemokratischen Ausprägungen zeigt: Distinktion gegenüber Marginalisierten, Sexismus, Rassismus, Antisemitismus, Wohlstandschauvinismus („Eure Armut kotzt mich an“). Heitmeyer fasst die konkreten Manifestationen dieser „Ideologie der Ungleichwertigkeit“ in der Mitte der Gesellschaft als „rohe Bürgerlichkeit“ zusammen. Rohe Bürgerlichkeit wirkt sich prägend auf Persönlichkeitsstruktur und Verhalten der Beteiligten aus und erzeugt einen Typ von „autoritärem Charakter“, der sich in einem egoistisch-individualistischen, empathielosen und sozialfeindlichen Rigorismus äußert.[12] Von Marx wissen wir, dass dieses Verhalten etwas mit den „Wolfsgesetzen“ der kapitalistischen Konkurrenz zu tun hat, nach denen „je ein Kapitalist viele totschlägt“. Überleben oder Untergehen, das ist die Maxime und das Weltbild, das in diesem Milieu herrscht.

---

[11] Andreas Speit, Verqueres Denken, Berlin 2021, S. 8.

[12] Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), Deutsche Zustände, 10 Bände von 2000 bis 2009. Wilhelm Heitmeyer, geboren 1945, war von 1996 bis 2013 Direktor des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld. Er erhielt 2012 den Göttinger Friedenspreis.

Heutzutage sind solche Haltungen nicht exklusiv für die konservativen, kapitalnahen Milieus typisch, sondern auch grundlegend bei denen, die gleichzeitig Begriffe wie „Achtsamkeit“, „Mitgefühl“, „Menschlichkeit“, „Freundlichkeit“ und „Solidarität“ im Sprachgebrauch führen. Und eines ist klar: Diese Erscheinungen haben etwas mit den nun schon länger andauernden Krisenentwicklungen zu tun, mit einer kapitalistischen Systemkrise, die nicht nur die ökonomischen, ökologischen, sozialen und politischen Verfallserscheinungen einschließt, sondern sich auch auf die moralischen und politischen Dispositionen der Menschen auswirkt. Vorrangig ist das bei Einzelhändler*innen, Gastronom*innen und Kleinunternehmer*innen und ähnlichen wirtschaftlichen Existenzen zu beobachten, die krisen- und pandemiebedingt auf ökonomisch unsicheren Beinen stehen. Das hat sich durch Lockdowns und restriktive Öffnungs- und Zutrittsregeln auf dramatische Weise verschärft.

An dieser Stelle muss auf eine damit eng verbundene gefährliche politische Tendenz und Konsequenz hingewiesen werden, die auch schon in früheren Zeiten eine erhebliche Bedeutung hatte, sich aber in der jetzigen Situation bedrohlich verstärkt: Es geht um die Herausbildung einer „Querfrontorientierung“, die sich als Folge der politischen Krisenentwicklung und einer zunehmenden Entmutigung und Enttäuschung bei einigen linken Kräften (auch innerhalb der Linkspartei) bemerkbar macht und die alte Gewissheit, dass es zwischen rechts und links keinerlei Gemeinsamkeiten gibt, als „überholt“ ansieht. Die ideologische, sehr unterschiedlich gewichtete Gemengelage aus libertärem Freiheitsverständnis, Fundamentalopposition gegenüber dem Staat, neoliberalem Konkurrenzdenken und politischer Frustration gibt einer solchen „Querfrontorientierung“ Nahrung. Die Querfrontpolitik und -ideologie hat eine Geschichte. Diese Geschichte wollen wir etwas beleuchten. Damit etikettieren wir nicht alle hier geschilderten Erscheinungen der bürgerlichen Querdenkideologie pauschal als „querfrontverdächtig“, sondern zeigen auf, dass die Leugnung des fundamentalen Gegensatzes zwischen links und rechts ein wesentlicher Faktor ist, auf dessen Grundlage sich die Querfrontpolitik entwickelt hat.

Was ist, was war „Querfront“ und „Querfrontpolitik“?

Warum sprechen wir angesichts der skizzierten Entwicklung und dieses augenscheinlichen Verschwimmens der Grenzen von „links“ und „rechts“ samt der wachsenden Bereitschaft, sich unter gemeinsamen politischen Losungen zusammenzufinden, also von „Querfront“? Es lohnt ein Blick in die Geschichte. Einerseits entstammt der Begriff einem spezifischen historisch-politischen Kontext, der nicht ohne weiteres auf heute zu übertragen ist. Andererseits waren es immer Krisenentwicklungen, die solche Tendenzen erzeugt und befördert haben. Das trifft auch auf heute zu. Zudem suggeriert dieser Begriff eine inhaltliche und konzeptionelle Kohärenz, die so weder gegenwärtig noch in der Vergangenheit auf genau gleiche Weise gegeben ist. Das ist zu berücksichtigen, wenn ideologische Schließungsbewegungen zwischen rechts und links diskutiert und analysiert werden sollen.

Lange vor den „Mahnwachen“ der Friedensbewegung vergangener Jahre, bei denen solche Tendenzen erkennbar waren, war das „Querfront“-Thema bereits relevant.[13] Erstmalig tauchten diese Tendenzen in den Krisenjahren der 1920er auf. Intellektuelle der politischen Rechten forderten, den Gegensatz von rechts und links zu „überwinden“ und den Kampf gegen das „System“ von links und rechts zu führen. Mit „System“ war die Weimarer Republik gemeint, gegen die die verschiedenen rechten Strömungen in Deutschland einen erbitterten

[13] Mahnwachen – Ein rechtes Projekt auf den Trümmern linker Fundamente, Feature von Rainer Link im Deutschlandfunk am 3.11.2015.

Kampf führten. Kaiserreich, Erster Weltkrieg und verlorene Privilegien haben unter den „alten ideologischen Ständen“ (kaisertreue und antidemokratisch-elitäre Intellektuelle, Professor*innen und Literat*innen) immense Verunsicherungen bewirkt. Sie fürchteten das mit der Weimarer Republik aufbrechende neue Zeitalter und die mit der Arbeiterbewegung drohende soziale Revolution. Es waren nicht nur die Nazis der ersten Stunde, sondern auch die verschiedenen Strömungen dieser „konservativen Revolution“ (Armin Mohler), an deren ideologische Basis und Tradition die heutige „neue Rechte“ (Kubitscheks „Institut für Staatspolitik“, die Zeitschriften „Junge Freiheit“ und „Sezession“, Elsässers „Compact“, Höckes AfD-Flügel u.a.) anknüpfen, um ihre faschistische und neonazistische Programmatik zu verharmlosen.[14]

1923 war für die Kreise der „konservativen Revolution“ ein bedeutendes Jahr: Arthur Moeller van den Bruck verfasste sein Hauptwerk „Das dritte Reich“ („dritter Weg zwischen Kapitalismus und Marxismus“) und propagierte einen „preußischen Bolschewismus“. Der Nationalrevolutionär Ernst Niekisch propagierte einen „revolutionären Sozialismus und Nationalismus“. Auf theoretisch-ideologischer Ebene war die „Querfront“ maßgeblich von Vertretern des neonationalistischen TAT-Kreises entwickelt und in zahlreichen Publikationen, wie etwa der Zeitschrift „TAT“, formuliert worden. Die TAT-Publikationen waren ein Konglomerat aus „linken“ und „rechten“ Positionen: Kapitalismuskritik verband sich mit dem Ruf nach nationaler Autarkie und der Forderung nach einer neuen Elite. Das waren auch Kernelemente anderen Plattformen der „konservativen Revolution“.[15] Die Verbindungen der „Konservativen Revolution“ zur NSDAP waren in einigen Fällen sehr eng (z.B. bei Carl Schmitt, er wurde später der führende Staatsrechtsideologe der Faschisten), bei anderen taktisch begründet auch konflikthaft (z.B. bei Ernst Jünger). Die z.T. vorhandenen taktischen Auseinandersetzungen innerhalb dieser Strömungen wurden später von Armin Mohler benutzt, um seine Persilschein-Legende von der „konservativen Revolution“ als vermeintlicher Alternative zum Nazifaschismus zu begründen. Damit hatte er in der Adenauerzeit nicht unbeträchtlichen Erfolg und propagierte die „konservative Revolution“ als Gegenentwurf zu einem „träge gewordenen Konservatismus“ in der Nachkriegszeit. Er brachte es bis zum Redenschreiber Adenauers und war auch Privatsekretär von F.J. Strauß.[16] Dass Mohler ein bekennender Faschist war, der als sein politisches Vorbild den spanischen Falangistenführer Primo de Rivera nannte, schien dabei niemanden zu stören.

Nationalbolschewistische Tendenzen in der KPD der zwanziger Jahre – der „Schlageter Sündenfall“ [17]

---

[14] Volker Weiß, Die autoritäre Revolte, Klett-Cotta 2017.

[15] Wikipedia: https://de.wikipedia.org/wiki/Die_Tat_(Monatszeitschrift).

[16] Die Konservative Revolution in Deutschland 1918-1932: Ein Handbuch (Deutsch) Taschenbuch – 1. September 2005 von Armin Mohler (Autor), Karlheinz Weissmann (Autor). K.H. Weissmann wurde zu einem führenden Ideologen der „neuen Rechten“ und gründete nach dem Bruch mit Götz Kubitschek die rechtspopulistische Zeitung „Junge Zeit“. Siehe auch Stefan Breuer, Anatomie der Konservativen Revolution, Wissenschaftliche Buchgesellschaft 1995 sowie ders., Ordnungen der Ungleichheit – die deutsche Rechte im Widerstreit ihrer Ideen 1871-1945, Wissenschaftliche Buchgesellschaft 2001.

[17] DIE LINKE ist eine linkssozialistische Partei und steht in der historischen Tradition linkssozialistischer Gruppen und Parteien wie der KPD(O), der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP) und anderer politischer Strömungen zwischen KPD und SPD. Wir beziehen uns hier auf die von der KPD zu verantwortenden politischen und ideologischen Probleme der sogenannten „Querfrontpolitik“, die von linkssozialistischen Theoretiker*innen und Gruppen heftig kritisiert und abgelehnt wurde. Auch in der Faschismus-Analyse und gegen die verheerende Sozialfaschismus-These der KPD gab es von linkssozialistischen Parteien und Gruppen andere Auffassungen (z.B. August Thalheimer). Diese Thematik ist indes nicht Gegenstand dieses Positionspapiers. Es

In der „Roten Fahne“, dem Zentralorgan der KPD, kam es 1923 zu kontroversen Diskussionen, die durch Karl Radeks „Schlageter“-Rede ausgelöst worden waren. Es wurden auch Stellungnahmen der „konservativen Revolutionäre“ Moeller van den Bruck und Ernst Graf zu Reventlow abgedruckt, die sich positiv zu Radek äußerten. Schlageter, ein reaktionärer Freikorpssoldat, wurde 1923 von der französischen Besatzungsmacht wegen Beteiligung an Sprengstoffanschlägen zum Tode verurteilt. Radek sprach von ihm als „Märtyrer des deutschen Nationalismus“ und verlieh dem Konterrevolutionär Heldenstatus.[18] Ruth Fischer, zeitweilige Vorsitzende der KPD und später wegen „Linksabweichung“ ausgeschlossen, fand im Zusammenhang mit dem Schlageter-Thema folgende Worte: *„Wer gegen das Judenkapital aufruft, meine Herren, ist schon Klassenkämpfer, auch wenn er es nicht weiß. […] Tretet die Judenkapitalisten nieder, hängt sie an die Laterne, zertrampelt sie.“*[19] Im August 1923 stellte die KPD fest, das Programm der NSDAP sei in seinem Antisemitismus abzulehnen, wohingegen der „sozialistische“ Teil als Ausdruck des „gesunden Dranges nach einem endgültigen Bruch mit dem alten Regime“ eingeschätzt wurde. Im April 1924 tauchten sogar Flugblätter der KPD mit dem Titel „Nieder mit der Judenrepublik“ auf. Man wollte das Kleinbürgertum durch nationalistische Rhetorik für sich gewinnen und überschritt dabei weit die Grenze zum Antisemitismus.
Clara Zetkin soll 1924 gemahnt haben, die Partei dulde mittlerweile sogar „faschistische Antisemiten“ in ihren Reihen.

Es ist unverkennbar und auch im Nachhinein verstörend, dass es in dieser Situation einer politischen Defensive Versuche gab, durch Verwendung von Nazijargon und im direkten Anschluss an den Antisemitismus bestimmte, auf die andere Seite gewechselte Kleinbürger*innen und Arbeiter*innen für die KPD „zurückzugewinnen“.
Diese Bemühungen sind bekanntlich ganz und gar fehlgeschlagen.

Das KPD-Programm von 1930 zur „nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes“

Häufig wird das Programm der KPD zur „nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes“[20] von 1930 als Beleg für die Querfrontpolitik der KPD zitiert. Tatsächlich enthält das Programm keinen Aufruf zu einer Zusammenarbeit mit der NSDAP und propagierte auch keine Gemeinsamkeiten mit den Nazis. Der Faschismus wird als Feind der Arbeiterklasse und der Volksmassen und als Helfershelfer des Großkapitals bezeichnet. In dieser Hinsicht ist eine Querfrontorientierung nicht erkennbar. Allerdings spielte die stalinistische Sozialfaschismus-These eine beherrschende Rolle: Gegen die Sozialdemokratie gerichtet wurde von Thälmann ausgeführt, dass deren „verräterische Politik“ verantwortlich sei für das

---

ist deshalb an dieser Stelle nicht möglich, die unbestreitbare Bedeutung der KPD im Klassenkampf der Jahrhundertwende und der Revolutionszeit, gegen imperialistische Kriege und den Hitlerfaschismus herauszuarbeiten. Auch für das Nichtzustandekommen einer antifaschistischen Einheitsfront ist nicht die KPD allein verantwortlich zu machen, sondern ebenso die seinerzeitige SPD-Führung.
Die historische Niederlage der Arbeiterbewegung gegen den Faschismus ist das Ergebnis des politischen Versagens beider Arbeiterparteien.

[18] Radeks Schlageter-Rede (1923). Leo Schlageter, der Wanderer ins Nichts, in: Hermann Weber (Hg.): Der deutsche Kommunismus. Dokumente, Köln und Berlin 2. Aufl. 1964, S. 142 – 147, hier S. 143.
[19] Wikipedia: https://de.wikipedia.org/wiki/Ruth_Fischer. Von Interesse ist vielleicht auch, dass sie später zu einer erbitterten Antikommunistin mutierte und mit dem CIA zusammenarbeitete. Dabei scheute sie auch nicht davor zurück, ihre Brüder Gerhard und Hanns Eisler zu denunzieren.
[20] Ernst Thälmann, Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes Proklamation des ZK der KPD (24. August 1930).

Erstarken der NSDAP. Gemeinsam mit den Regierungsparteien hätten sie *„Hab und Gut, Leben und Existenz des werktätigen deutschen Volkes meistbietend an die Imperialisten des Auslands verkauft“.*[21]
Es war die Reaktion von rechts, die aus dieser Rede eine Querfront-Programmatik herauslas: Von Nationalrevolutionären wie Ernst Niekisch wurde das Programm gelobt. In der Zeitung Otto Strassers hieß es, die KPD stelle sich damit in die *„Front des deutschen Widerstands und der Freiheitspolitik“.*[22]
Das hatte fatale politische Folgen; Teile der bürgerlichen Geschichtsschreibung bezogen und beziehen hieraus den Stoff für die Erzählung vom Zusammenbruch der Weimarer Demokratie durch den gemeinsamen Kampf von Faschist*innen und Kommunist*innen und begründen damit ihre „Totalitarismus-Theorie“. Es kam in der Tat zu mehreren Kooperationen zwischen KPD und NSDAP: 1931 beteiligte sich die KPD an einem Volksbegehren von Stahlhelm und NSDAP zur Auflösung des preußischen Landtags gegen die Regierung von Otto Braun (was scheiterte). Am 20. Juli 1932 wurde der preußische Landtag durch den sogenannten „Preußenschlag“ von der Regierung Papen aufgelöst. Der Parole Thälmanns folgend, bei Streikaktionen unbedingt auch Nazis in die Streikleitungen aufzunehmen, kam es 1932 zu einer Kooperation zwischen Walter Ulbricht und Josef Goebbels im Berliner Verkehrsarbeiterstreik, der letztlich blutig niedergeschlagen wurde.[23]
Alle darauffolgenden Bemühungen der KPD, dass der bevorstehende Machtantritt der Nazis die KPD verschonen möge, blieben ebenso erfolglos wie ähnliche Versuche der SPD, durch Bildung eines „judenfreien“ Parteivorstands von den Faschist*innen geduldet zu werden.

Die „nationalbolschewistischen“ Tendenzen in der KPD waren selbstzerstörerisch und verstärkten den Niedergang der KPD vor der Machtübergabe an die Nazis: Nationalistische Rhetorik, antisemitische Positionen und die Sozialfaschismus-Politik gegen die Sozialdemokratie konnten die erhoffte Trendumkehr zugunsten der KPD nicht bewirken. Im Gegenteil: Fortschrittliche Menschen, linke Liberale, antifaschistische Intellektuelle kehrten der KPD den Rücken, enttäuscht und angewidert von diesem Auftreten. Antidemokratische und völkische Tendenzen wurden gestärkt und nicht geschwächt. Die Konsequenz konnte nur sein, sich in Zeiten gesellschaftlicher Krisen nicht nationalistischen und rechten Versuchungen hinzugeben oder gar dem Irrglauben aufzusitzen, Kategorien wie links und rechts hätten sich erledigt.
Ein „Zurückholen“ von Arbeiter*innen, die sich dem Faschismus zugewandt hatten, blieb ohne Erfolg.

Freiheit und Solidarität als Bedingungen linker Politik - Für eine LINKE Transformaton. Sozial UND klimagerecht.

Die seit zwei Jahren dauernde Pandemiekrise offenbart die Widersprüche und Schwächen des heutigen Kapitalismus überdeutlich. Aus den historischen Erfahrungen einerseits und den gegenwärtigen Verwerfungen andererseits muss die LINKE Schlussfolgerungen für ihre politischen Schwerpunkte und die Art und Weise ihres politischen Wirkens ziehen, auch in Hamburg. Die Linke muss den Menschen politische Angebote machen, die den Gebrauchswert der Partei im Alltag der Menschen unter Beweis stellen. Das gilt z.B. für die

---

[21] Ebenda.
[22] Ernst Niekisch (Hrsg.): Entscheidung. Die Wochenzeitung für nationalrevolutionäre Politik. Widerstands-Verlag, Berlin (Erscheinungsverlauf: Nr. 1: 9. Oktober 1932 bis Nr. 11: 26. März 1933).
[23] Wikipedia: https://de.wikipedia.org/wiki/Streik_bei_der_Berliner_Verkehrsgesellschaft_1932.

Forderung nach Überführung des Gesundheitswesens in öffentliche Hand und für den Kampf um bezahlbaren Wohnraum, auch und gerade in Hamburg. Es ist Tatsache: In der Krise sind die Reichen unermesslich reicher und die Armen immer ärmer geworden. Die Organisation „Oxfam“ dokumentierte in ihrer aktuellen Analyse, dass die reichsten zehn Milliardär*innen ihren Reichtum in den zwei Pandemiejahren verdoppelt haben (auf fünf Billionen Dollar), während mehr als 160 Millionen Menschen zusätzlich in Armut gestoßen wurden![24] Die Krise hat eine Reihe von drängenden Fragen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik auf die Tagesordnung gesetzt und die Staatstätigkeit zum Schutz der von Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit Betroffenen deutlich und unersetzlich gemacht, zugleich aber auch die Grenzen staatlichen Handelns im Kapitalismus offenbart. Das neoliberale Dogma der „schwarzen Null“ hat endgültig Schiffbruch erlitten; nur der neoliberale Wanderprediger Lindner verkündet sie immer noch, allerdings jetzt aus der Position des Finanzministers. Jeder weiß, dass die vielen Milliarden, die für den Umbau zu einer „grünen Wirtschaft und Gesellschaft“ erforderlich sind, mit einer „schwarzen Null“ nicht zu haben sind. Auch der Verbotspolitiker Lindner weiß das, aber das neoliberale Dogma muss offenbar weiterhin als liberale Monstranz herumgetragen werden. Allerdings: Wir LINKE wollen keinen grünen Kapitalismus, sondern eine umfassende sozial-ökologische Transformation. Das ist in dem gerade veröffentlichten Programm „LINKE Transformation. Sozial UND klimagerecht“ gut und begründet dargelegt.[25] Es ist unsere Aufgabe, dieses Programm bekannt zu machen und auf seiner Grundlage konkrete Lösungen auch für den Kampf in unserer Stadt zu entwickeln, die von den Bürger*innen als richtig, notwendig und daher wählenswert erkannt werden. Wir müssen die Beteiligung der Menschen anstreben und uns einen hohen Grad an aktiver Zustimmung erarbeiten, so, wie er auch bei der Berliner Volksinitiative „Deutsche Wohnen enteignen“ oder in Graz durch praktisches sozialpolitisches Engagement erreicht wurde. Und dabei müssen wir zuverlässig und glaubwürdig sein.

DIE LINKE muss in Bewegung kommen und Bewegung erzeugen!

Olaf Scholz und die „Ampel“ haben viel versprochen, „Respekt“ und „Fortschritt“ sollen jetzt die Leitlinien rot-grün-gelber Politik sein. Wir als LINKE werden prüfen, was von diesem Wahlkampfsprech in der konkreten Politik übrig bleibt und ob es nicht doch wieder die arbeitenden Menschen sind, die die Schuldenlast der (Pandemie-)Krise blechen müssen und ob nicht doch die Konzerne und Superreichen einmal mehr verschont werden.

In Hamburg zeigt sich, wie wichtig die LINKE ist, zum Beispiel im Kampf für ein öffentliches Gesundheitssystem und die Vergesellschaftung der Krankenhauskonzerne. Das gilt ebenso für die von LINKEN hervorragend organisierten, niedrigschwelligen Impfaktionen. Die qualifizierte Arbeit der Rathausfraktion und ihre ausgezeichnete Arbeit im Cum-Ex-Untersuchungsausschuss macht deutlich: DIE LINKE wird gebraucht, auch und gerade in Hamburg! Ohne die Linksfraktion hätte das von Finanzsenator Dressel an einen Parteifreund zugeschobene Millionenprojekt nicht zurückgenommen werden müssen. Besonders wichtig war die LINKE bei der Unterstützung des Hamburger Bündnisses gegen Rechts zur Vorbereitung und Organisation der Demonstration „Solidarität gegen Verschwörungsideologien“. Die LINKE nimmt sich der Geflüchteten an, die juristische, administrative Hilfe brauchen. Die LINKE bietet Sozialberatung und sucht die Bürger*innen

[24] "Für Milliardäre gleicht Pandemie einem Goldrausch" – Pressemitteilung von „Oxfam“ am 17.1.2022 (Oxfam-Bericht: "Inequality kills").
[25] https://www.die-linke.de/start/detail/fuer-eine-linke-transformation-sozial-und-klimagerecht/

an den Haustüren auf, um ihre Probleme kennenzulernen und gemeinsam mit ihnen Lösungen zu finden.
Die Aktionen der Partei müssen trotz pandemiebedingter Schwierigkeiten und Einschränkungen unübersehbar sein und öffentliche Wirkung erzielen. Sie müssen von uns allen solidarisch vertreten werden.
Die Eintrittswelle junger Mitglieder, unsere Offensive in der politischen Bildungsarbeit und die Gründung sozialpolitischer Arbeitskreise in den Bezirksverbänden der Partei zeigen in aller Klarheit: Wir sind noch da und machen dem Hamburger Senat Beine!

Unser Weg aus der Parteikrise wäre aber nicht konsequent und komplett, wenn wir nicht unser „Innenleben“ umkrempeln würden. Wir müssen die Auseinandersetzung um unsere Identität als linkssozialistische Partei überzeugend führen und alle Anstrengungen unternehmen, den sozialistischen Charakter der Partei und unsere konsequente Friedenspolitik zu unterstreichen. Dazu gehört auch die klare Positionierung gegen die gegenwärtige unerträgliche antirussische Propaganda in der Ukraine-Frage! Linke Politik bedeutet, alle, wirklich „*alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“* [26] – und das gilt grenzenlos für jeden Menschen in jedem Land der Welt.

---

[26] Karl Marx, Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung, in: MEW, Bd. 1, S. 385.

Aus dem Beschluss zur Strategiekonferenz des Landesvorstands

Zu 3. Ausarbeitungen, Gedanken und Thesenpapiere der Mitglieder sind willkommen. Um allen Mitgliedern eine Vorbereitung zu ermöglichen, wird darum gebeten, die Ausarbeitungen spätestens 7-10 Tage vorher an die Landesgeschäftsstelle zu schicken. Alle eingegangenen Papiere werden auf der Homepage veröffentlicht und auf der Konferenz ausgedruckt zur Verfügung gestellt, sowie in der Nachbereitung berücksichtigt.

Hierzu folgendes von Tilman Rosenau aus der Stellungnahme der Sozialistischen Linken zum Ausgang der Bundestagswahlen 2021 herausextrahierte Passagen:

Zu 1.Wen wollen und können wir als LINKE erreichen und organisieren? Welche Schwierigkeiten bestehen für uns diese Gruppen für eine gemeinsame Politik zu organisieren (Anmerkung: der Begriff „verbindende Politik“ wurde hier gestrichen) und wie lösen wir diese Schwierigkeiten (Anmerkung: Schwierigkeiten neu reinformuliert) auf? (WER?)

Wir brauchen eine sozialistische Massenpartei, die in der arbeitenden Klasse verankert ist. Um diesem Ziel näher zu kommen, muss DIE LINKE **verbindend und vereinheitlichend** wirken. Das Aufeinandertürmen von Maximalforderungen aus allen Einzelgruppen und Bewegungen verbunden mit der Anforderung, alle müssten immer alle diese Positionen vertreten und wer dies nicht tut, darf nicht dabei sein, erschwert die Bildung breiter Bündnisse, starker Bewegungen und einer erfolgreichen LINKEN.

- Bemerkung: genau das was gestrichen wurde (verbindende Politik) ist das zusammenführende Moment für eine linke Partei!

zu 4. Wie beschreiten wir erfolgreich den Weg zu unserem Ziel? Wie setzen wir unsere Forderungen durch und um? Mit welchen Schwierigkeiten sind wir dabei konfrontiert und wie gehen wir mit diesen um? (WIE?)

Ausgrenzung und diffamierende Angriffe haben in den letzten Jahren parteiintern zugenommen. Immer wieder gerieten auch Genoss:innen ins Visier, die in Fragen der Friedenspolitik konsequente Positionen vertreten, auf die Heuchelei des Westens in Fragen der Menschenrechte aufmerksam gemacht bzw. der öffentlichen Stimmungsmache gegen Länder wie Russland oder China etwas entgegengesetzt haben. Diffamierende Angriffe mit Begriffen wie Putinfreunde, Verschwörungstheoretiker, Antisemiten, Coronaleugner, Rassisten, AFD-nah u.ä. müssen zurückgewiesen werden.

Folgendes fehlt völlig im Fragentableau der Strategiekonferenz:

Allzu oft werden Stellen in Partei, Stiftung und Fraktion nach „Seilschaften“ besetzt. Eine Ausgrenzung marxistisch orientierter Strömungen und die weitere

Vernachlässigung politischer Bildungsangebote kann sich die Partei und darf sich die RLS nicht länger leisten. Vieles was außenpolitisches Grundwissen war, ist der Generation der unter 40 jährigen nicht mehr bekannt. Wir haben seit der Parteigründung 2007 versäumt, hier systematisch Wissen zu vermitteln.

- Bemerkung: die internationale Solidarität und der Kampf gegen den Neokolonialismus sind Schlüsselpositionen emanzipatorischer Politik

Zu 2.Welche Inhalte müssen wir in welcher Weise vorantreiben? Welche Schwerpunkte setzen? Was treibt die Menschen, die wir erreichen wollen und können um? Welchen Gebrauchswert hat DIE LINKE? (WAS?)

und

zu 3. Welches gesellschaftliche Ziel verfolgen wir? Wo wollen wir hin und wie stellen wir uns die emanzipierte Gesellschaft vor? (WOHIN?)

- Bemerkung: Es kommt also darauf an, das allgemeine Wesen des Privateigentums, wie es sich als Resultat der entfremdeten Arbeit ergeben hat, in seinem Verhältnis zum wahrhaft menschlichen und sozialen Eigentum zu bestimmen. Das Privateigentum der Kapitalisten ist o die notwendige Konsequenz der entfremdeten Arbeit, des äußerlichen Verhältnisses des Arbeiters zu der Natur und zu sich selbst.

Tilman Rosenau

Hamburg, den 09.11.2021

Torsten Teichert

Beitrag zur Hamburger Strategiekonferenz am 10. April 2022

Perspektiven für die Zukunft der LINKEN als linke Volkspartei - Wer? Was? Wohin? Wie?

Ein großer Teil des deutschen Vermögens gehört weniger als einem Prozent der Bevölkerung. Seit den 1970er Jahren hat der Neoliberalismus („There is no such thing as society" – Margaret Thatcher) dafür gesorgt, dass nach einigen Nachkriegsjahrzehnten mit einer vergleichsweise geringeren ökonomischen Spaltung die Schere zwischen Arm und Reich wieder weiter aufgegangen ist. Die rasant steigenden Preise machen es für immer mehr Menschen unmöglich, heute noch eigene Immobilien zu erwerben. Dies war die Vorstufe zur jetzt allenthalben sichtbar gewordenen Inflation. Die arme Hälfte der Bevölkerung besitzt nur knapp 3% des Gesamtvermögens. Dabei hat die Ideologie-produktion in Deutschland für erstaunliche Verwirrung gesorgt. Nur 2% der Bevölkerung glauben, dass sie zu den reichsten 20% gehören - und nur 20% glauben, sie gehörten zu der reicheren oberen Hälfte. Ganz offenbar glauben die meisten, das Land sei reicher als es ist.

Längst hat der Neoliberalismus, der einst für die Entstaatlichung und Privatisierung der Gesellschaft angetreten war, ein modernes Bündnis mit dem Staat geschlossen. Wenn heute mit neuen Schulden Banken gerettet oder Unternehmensanleihen gezeichnet werden, fließt das öffentliche Geld in immer weniger private Hände, muss aber von allen SteuerzahlerInnen zurückbezahlt werden. Sollten dann auch noch Wachstum und Gehaltserhöhung ausbleiben, haben die „99%" zwar alle Rechnungen bezahlt, aber ihnen gehört davon so gut wie nichts.

Die Schere mit zwei gleich langen Klingen ist eine denkbar schlechte Metapher für den tatsächlichen Zustand. Es steht in Wahrheit 10 zu 90, eigentlich 1 zu 99. Der Hamburger Ökonom Hans-Werner Hansmann hat berechnet, dass ohne Vermögenssteuer und echte Erbschaftssteuer der Anteil der reichsten 10% am Gesamtvermögen in Deutschland von heute 58% auf 80% im Jahr 2045 steigen würde. Das reichste Prozent in Deutschland besitzt heute schon über 35% des Gesamtvermögens. Derzeit nimmt der Fiskus bei einem jährlichen Volumen von 400 Milliarden an Erbschaften und Verschenkungen nur etwa 6 bis 8 Milliarden ein, weniger als zwei Prozent.

Es geht längst nicht mehr nur um soziale Ungerechtigkeiten. Die groteske Vermögensverteilung ist zu einer Gefahr für die Demokratie geworden. Oligarchen mit besten Verbindungen zur Politik gibt es auch bei uns. Warum nennt eigentlich niemand Warburgs Eigentümer oder den Investor des Elb-towers so? Die zunehmende Kontrollmacht der Reichen (auch mit Hilfe von Medien und Algorith-men) ist die eine Seite des gefährlichen Dreiecks. Parallel dazu bedrohen die die Klimakrise und die wachsende Militarisierung unsere Welt.

Wer?

„We are 99%". Dieser politische Kampfslogan muss die Prämisse einer linken Volkspartei sein. DIE LINKE muss eine Volkspartei werden. Die schon lange vor Einsetzen der aktuellen Inflation wach-senden Sorgen der Mittelschicht markieren eine Zäsur für Deutschland. sein. 2015 glaubten immerhin noch 61% der Menschen an eine grundsätzlich bessere Zukunft. Seitdem sinkt diese Zahl kontinuierlich. Laut der „Vermächtnisstudie" von Jutta Allmendinger fühlten sich 2015 39% arm oder von Armut bedroht. Zukunft hat sich schon seit langem verdunkelt. Oliver Nachtwey spricht von einer „Erschöpfung der sozialen Moderne".

Eine linke Volkspartei vertritt die Interessen der alleinerziehenden Mutter, des prekär lebenden „Gorilla"-Fahrers und der arbeitslosen Familie ebenso wie die eines Krankenpflegers, einer Ange-stellten des Jobcenters oder der Teamleiterin bei Airbus. Alle diese Menschen arbeiten oder wollen arbeiten. Die theoretische Diskussion über die Grenzlinie der „Arbeiter(innen)schaft" sind deshalb müßig. Das Durchschnittsgehalt in Deutschland liegt bei ca. 4.000 Euro brutto im Monat, der Median liegt bei nur ca. 3.500 Euro. Während also 50% aller Beschäftigten weniger als 3.500 Euro brutto im Monat verdienen, sind es weniger als 2%, die mehr als 10.000 Euro Monatseinkommen haben.

DIE LINKE hat -wie immer in der Geschichte- zwei maßgebliche Zielgruppen: Einerseits geht es um diejenigen, die das kapitalistische Glücksversprechen nicht (mehr) erreicht, die nie viel hatten , die abgehängt worden sind oder den Abstieg fürchten. Kaum lässt sich der ökonomische Rahmen dieser Gruppe exakt umschreiben, denn hier kommt es auch auf die Selbsteinschätzung an. Andererseits geht es um diejenigen, die eine gerechtere Gesellschaft anstreben und die unterschiedlichen Formen der sozialen Spaltungen (die nicht immer nur ökonomisch definiert ist) nicht mehr hinnehmen wollen. So wie sich in der ersten Gruppe der Arbeitslose und die seit Jahrzehnten auf befristeten Stellen arbeitende Wissenschaftlerin treffen, so in der zweiten der Lidl-Verkäufer und die Senatsdirektorin im Hamburger Rathaus. Jede gewollte Reduktion dieser riesigen Zielgruppen, die leider (erste Gruppe) und zum Glück (zweite Gruppe) wachsen, wäre kontraproduktiv. Mal konkret in Zahlen: Wir reden über wahrscheinlich 60% bis 70% der Wählenden, an die wir uns wenden.

Was?

Demokratisierung der Wirtschaft, echte Nachhaltigkeit von Produktions- und Lebensprozessen und Entmilitarisierung der Gesellschaften: Das sind die drei zentralen Felder, auf denen Zukunft entschieden wird. Nur wenn DIE LINKE in allen Feldern überzeugende Positionen vertritt, werden wir mehr Wählende erreichen.

a)

Nur mit einem **Systemwandel der Wirtschaft** lässt sich mehr Gerechtigkeit erreichen – und die Macht der wenigen brechen. Wir brauchen eine Tarifpflicht für alle Betriebe und konkrete Unternehmensbeteiligungen der Beschäftigten. Die 4-Tage-Woche mit 32 Arbeitsstunden. Keine Renten unter 1.200 Euro. Die Erbschaftssteuer von 30% ab einem Freibetrag von einer Millionen, von 50% ab 100 Millionen und von 90% ab einer Milliarde muss kommen, und zwar ausnahmslos. Eine Vermögenssteuer von 2% p.a. kommt hinzu. Viele Schuldenaufnahmen würden so überflüssig. Gehälter über drei Millionen Euro müssten mit 90% besteuert werden. Die Spitzengehälter in einem Unternehmen dürften maximal 20mal so hoch sein wie das Durchschnittseinkommen. Anti-Trust-Gesetze werden aktiviert. Kein Unternehmen darf mehr als 10% Marktanteil haben. Die Monopolstellungen großer Internet-Konzerne wie Google, Facebook, Amazon etc. müssen gebrochen werden. Aber vor allem: Unsere Forderungen müssen konkret gemacht werden. Sie müssen glaubhaft sein. Radikalität kann durchaus glaubhaft sein.

In Los Angeles wird es ab 2022 einen Mindestlohn von 15 US-Dollar geben. In Österreich gibt es die Tarifpflicht. Mit der Folge um ca. 40% höherer Renten. Macron kündigt im aktuellen französischen Präsidentschaftswahlkampf gerade an, dass die Mindestrente bei 1.200 Euro liegen soll. In Hamburg gelang es, die Stromnetze zu rekommunalisieren. In Berlin müssen wir den Volksentscheid für die Verstaatlichung von Deutsche Wohnen kompromisslos unterstützen.

b)

Der Traum von **„Green New Deal“** ist ein problematischer. Die Umweltbewegung hatte sich seit den 1960er Jahren aufgemacht, die „Grenzen des Wachstums“ aufzuzeigen. Jetzt möchte der Kapitalismus seine Nachhaltigkeit durch weiterhin grenzenloses Wachstum demonstrieren. Zweifel sind angebracht, ob diese Rechnung aufgeht. Leider wird der Begriff „sozial-ökologisch“ immer mehr zur kleinen Stiefschwester des Green New Deal. Nur wenn wir aber die Grenzen des Kapitalismus definieren und Wachstum anders verstehen als es Elon Musk tut, werden wir Klima, Gesellschaft und Demokratie retten.

Wir wissen, dass die Forderungen nach einer nachhaltigen Wirtschaft und die kapitalistische Logik einer permanenten Wachstumsgesellschaft nicht auf einen Nenner gebracht werden können. Immer bleibt die Frage, wer die Zeche zahlt. Ein bedingungslos auf Wachstum setzendes Wirtschaftssystems tut sich sui generis schwer mit ökologischer Bescheidenheit oder gar mit Wachstumsverzicht. „Grünes Wachstum“ im Kapitalismus, das gibt es nur um den Preis der fortgesetzten Klimakrise.

Nachdem sich das ökonomische Märchen vom Trickle Down des fortgesetzten Wachstums und dem dadurch entstehenden Wohlstand für die ganze Nation erledigt hat, wird nun an einer neuen Story gezimmert, wonach dieses Wachstum nicht nur gerecht, sondern nun auch noch grün und also ökologisch sinnvoll sein könnte. Grenzenloses Wachstum, um die Grenzen des Wachstums nicht zu überschreiten? Gerne wird dann mit der Effizienzrevolution argumentiert, also der Idee, dass alle Autos, Haushaltsgeräte und auch Produktionsprozesse energiesparender werden. Das wäre dann der Zaubertrick: Die Produktionsmaschine läuft schneller und der Energieverbrauch sinkt.

Man muss am „grünen Wachstum“ Zweifel haben. So hat eine Untersuchung in Japan gezeigt, dass mit dem Toyota Hybridmotor ein Jahr nach dessen Kauf gut 1,6mal mehr Kilometer gefahren wurden als vorher. Viel gravierender allerdings dürfte es sein, wenn man weltweit die ungefähr 1,3 Milliarden Kraftfahrfahrzeuge durch neue Fahrzeuge mit Elektromotoren ersetzen würde. Das wäre gewiss ein schönes Geschäft für die Automobilproduzenten, für die Umwelt aber vermutlich eher unverträglich.

Schon vor 150 Jahren stellte John Stuart Mill fest: »Höhere Arbeitseffizienz führt stets zu einer größeren Produktion durch dieselbe Arbeit und nicht zur gleichen Produktion durch weniger Arbeit.« Wachstum ist notorisch. Alle Untersuchungen in der Gegenwart zeigen, dass eine Steigerung der Arbeitsproduktivität sowohl in kurzer als auch in langer Frist eine steigende Energienachfrage zur Folge hat.

Eine Oxfam-Studie belegt, dass die CO_2-Emissionen pro Kopf unter den reichsten 10% in den USA sechsmal und in Deutschland viermal so groß waren wie die der unteren 50% der Vermögenspyramide. Die CO_2-Emissionen pro Kopf im reichsten Hundertstel der US-Bevölkerung lagen 2014 bei 320 Tonnen und waren damit 60 mal höher als im globalen Durchschnitt. Bisher wird in den wachstumskritischen Bewegungen die Ungleichheit oft als »globales Gefälle« bezeichnet, präziser müsste man auch die Differenzen zwischen Arm und Reich beim CO_2-Ausstoß als Ausdruck einer »imperialen Lebensweise« (Raul Zelik) definieren.

Der Green New Deal berührt die Frage nach der Zukunft des Kapitalismus im Kern. Auf der einen Seite wird die expansive Kraft des Kapitalismus mit seinem immanenten Wachstumszwang in Frage gestellt. Dafür will man mit einer neuen Wachstumsvariante die Antwort finden, ohne allerdings die kapitalistische Systemlogik zu gefährden. Auf der anderen Seite bleibt das neoliberale Zuchtinstrument des engeren Gürtels virulent. Während mit diesem Bild in den letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts die Einkommensverzichte der Beschäftigten vor dem Hintergrund der sich ungestüm entfaltenden Konkurrenzkräfte der Globalisierung gefordert und begründet worden waren, ist es nun die universale Gefahr eines Klima-Gaus, mit der man dieselben Bevölkerungsgruppen wie damals zum Verzicht auffordert. Bald werden wir auch wegen der

steigenden Militärausgaben Lohnverzichte hinnehmen sollen.

c)

Der aktuelle Krieg in der Ukraine zwingt alle, eine neue **Sicherheitsarchitektur,** die nicht nur Europa, sondern die gesamte Welt umfasst, zu finden. Je nach Zählung gab es seit 1989/1991 über 50 Kriege weltweit. Betroffen davon waren und sind u.a. das frühere Jugoslawien (200.000 bis 240.000 Tote), Irak (393.000 bis 942.000 Tote), Afghanistan, Syrien und Jemen (über 370.000 Tote). Die Bundeszentrale für politische Bildung zählt in der Zeit von 1946 bis 2017 folgende „Konfliktbeteiligungen“: Frankreichs: 28, Großbritannien: 27, Russland (bzw. die frühere UdSSR): 25, USA: 24, Indien: 17, China: 12.

Zur Entspannungs- und Abrüstungspolitik gibt es keine Alternative. Die parlamentarische Demokratie ist nicht deshalb ein falsches System, weil mit ihrer Hilfe Diktatoren an die Macht kommen können. Eben so wenig können Kriege beweisen, dass Entspannungspolitik grundsätzlich falsch ist. Kriege beweisen nur, dass es zu wenig Entspannung gab.

Die von Willy Brandt eingeleitete Ostpolitik war richtig. Ebenso richtig waren die folgenden Abrüstungsvereinbarungen zwischen den USA und der UdSSR. Die KSZE war sinnvoll, wir brauchen sie heute mehr denn je. Infam sind die aktuellen Diffamierungen, von BILD bis taz. Absurd sind die Entschuldigungen deutscher PolitikerInnen für ihre früheren Entspannungsbemühungen.

Es ist nach der „Zeitenwende“ 1989/1991, also dem Ende des Kalten Kriegs, nicht gelungen, ein dauerhaftes Sicherheitssystem in Europa zu installieren. Dafür tragen alle Seiten Verantwortung, Russland und die NATO. Kein militärisches Bündnis wird von den Ländern, gegen die es sich richtet, als reines Verteidigungsbündnis definiert. Angriffskriege werden von den Angreifern gerne als Verteidigungskriege bezeichnet. So im Irak und in Afghanistan, so auch jetzt wieder in der Ukraine.

Die weltweiten jährlichen Rüstungsausgaben stiegen laut dem Friedensforschungsinstitut SIPRI seit 2005 um 30% auf aktuell knapp 2 Billionen US-Dollar. Die Ausgaben der USA liegen mit 778 Mrd. weit vorn. China folgt mit 252 Mrd. Russland gibt 62 Mrd. aus, Deutschland bisher 53 Mrd., bald sollen es über 70 Mrd. sein, plus 100 Mrd. Sondervermögen. All dies hat keinen Frieden gebracht – und wird keinen Frieden bringen.

Es ist richtig: Der Krieg, den Russland als Angreifer gegen die Ukraine führt, ist furchtbar und grauenhaft. Aber es ist kein Relativismus, wenn man auch sagt: Alle anderen Kriege, in denen unterschiedliche Länder, teils auch aus der NATO, die Angreifer waren, waren auch furchtbar und grauenhaft. Krieg ist immer grauenhaft. Deshalb ist es die zentrale Aufgabe einer internationalen Außenpolitik, alles dafür zu tun, damit Kriege möglichst verhindert werden.

Es ist verständlich, wenn viele jetzt meinen, dass sich ein Land nur mit starkem Militär schützen kann. Diese Logik führt aber zwangsläufig irgendwann zur atomaren Bewaffnung. Wir haben erleben müssen, dass Libyen und die Ukraine nach Abgabe ihrer Atomwaffen angegriffen wurden: Libyen von den USA, die Ukraine von Russland. Die Antwort darauf kann doch nicht allen Ernstes sein, dass alle atomaren Abrüstungsbemühungen aufgegeben werden.

Wir müssen vom Ist-Zustand ausgehen. Mit den USA, China und Russland gibt es mindestens drei Staaten, die als mehr oder minder starke imperiale Mächte agieren. Alle drei agieren in der einen oder anderen Weise aggressiv; alle drei waren und/oder sind -fast immer als Aggressoren- in Kriege verwickelt. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass es weltweit höchst unterschiedliche Interpretationen von Ereignissen und Prozessen gibt. Ist die NATO ein Friedensbündnis? Wollte Russland eine europäische Integration? Die Liste ist sehr lang.

In den letzten 30 Jahren wurden viele Chancen für ein friedliches Miteinander der Staaten in Europa nicht genutzt. Die Angst einiger osteuropäischer Länder vor Russland ist real; die Angst Russlands vor der NATO-Osterweiterung auch. Ob eine andere Politik den Krieg in der Ukraine verhindert hätte, kann heute keiner sagen. Sicher aber ist, dass eine weitere Aufrüstung nur zu neuen Kriegen führen wird.

Putin ist zweifellos jetzt ein Aggressor. Der Krieg in der Ukraine ist unentschuldbar. Aber es wird eine Zeit nach dem Krieg geben. Alle Parolen, wonach Russland über Jahrzehnte aus dem Kreis der Völkergemeinschaft ausgeschlossen werden soll, ignorieren, dass Deutschland nach dem 2. Weltkrieg mit 70 Millionen Toten nach wenigen Jahren wieder in der Völkergemeinschaft war. Das ist kein „Otherism“, das ist historische Wahrheit. Wahrscheinlich werden wir von Ruanda lernen müssen. Nach einem mörderischen Genozid der Hutus an den Tutsis (und dem Versagen der UN) gab es wenige Jahre später im Land ein komplexes System von Friedensgesprächen, das ein Miteinander möglich machte.

Es hat viele Jahrzehnte intensiver Diskussionen gebraucht, bis zuletzt mit dem Pariser Klimaabkommen weltweite Verabredungen über die Reduzierung des CO2-Ausstoßes getroffen wurden. Die Militarisierung der Staaten stellt eine vergleichbare Gefahr für die Welt dar. Wir kennen das aus der Zeit des Kalten Kriegs. Deshalb bedarf es jetzt eines zweiten Pariser Abkommens aller Staaten, diesmal über weltweite Sicherheitssysteme und darauf aufbauend über weltweite Abrüstungen. Dabei werden wir die sehr unterschiedlichen nationalen Interessen akzeptieren müssen. Das ist politischer Realismus. Wir werden verstehen müssen, warum es z.B. in Ungarn und in Polen, beides Staaten des ehemaligen Ostblocks ganz unterschiedliche Auffassungen darüber gibt, wie man sich gegenüber Russland verhalten soll.

Frieden in Europa wird es dauerhaft nur mit Russland geben. Frieden weltweit wird es dauerhaft nur mit China und mit den USA geben. Manche meinen, es sei jetzt der falsche Zeitpunkt, mit weltweiten Friedensverhandlungen zu beginnen. Das ist falsch. Jetzt ist genau der richtige Zeitpunkt.

Wohin?

Jeder linke Gesellschaftsentwurf muss auf der Höhe seiner eigenen Zeit stehen. Die Gesellschaft, die im Erfurter Programm zutreffend beschrieben wird, ist eine von Demokratie, Solidarität und Friedensarbeit geprägte. Dabei ist die Veränderung der wirtschaftlichen Machtverhältnisse und ökonomischen Verteilungen eine unverzichtbare Voraussetzung für echte Demokratie. Wenn Demokratie am Werkstor endet und die Gerechtigkeit in Finanzämtern nichts zu suchen hat, leben wir in falschen Verhältnissen. Demokratie ohne Gerechtigkeit ist nicht möglich; schlimmer noch: sie ist dauernd gefährdet. Das erleben wir aktuell weltweit. Solidarität meint nicht nur das Primat des Gemeinwohls, sondern auch die Überwindung von imperialen Interessen. Friedensarbeit ist das dauerhafte Bemühen um globale Systeme und Absprachen, die Kriege verhindern.

Keines dieser Ziele ist normativ festgelegt. Die Interpretationen verändern sich so wie die Ansprüche. Deshalb müssen wir uns linke Politik wie die Arbeit des Sisyphos vorstellen: unendlich, und doch irgendwie beglückend.

Viele unserer Slogans sind richtig. Natürlich geht es um „soziale Gerechtigkeit“. Und sicherlich auch um einen „ökologischen Umbau“ der Wirtschaftsprozesse mit dem Ziel echter Nachhaltigkeit. Alle diese Pfade lassen sich jedoch der Forderung nach einer umfänglichen, echten gesellschaftlichen Demokratie zuordnen. Der alte Satz von Willy Brandt ist höchst aktuell: „Mehr Demokratie wagen“. Wir definieren den Begriff der Demokratie aber viel weiter. Eine solche Demokratie ist mit dem Kapitalismus, wie wir ihn kennen, nicht vereinbar. Der Begriff des „demokratischen Sozialismus“ ist nach wie vor tauglich.

Wie?

Wir werden uns daran machen müssen, die im Grundgesetz als unantastbar behauptete Würde des Menschen neu mit Sinn aufzuladen. Nachdem der US-Historiker Fukuyama nach 1989 und 1991 irrtümlich das „Ende der Geschichte“ propagiert hatte, fiel ihm neulich ein, dass der Westen seine Legitimation durch ständige Missachtung eben dieser Würde der Menschen zu verlieren droht. Diesmal liegt er richtig.

Höchst ärgerlich, wenn auch historisch und parteipolitisch signifikant ist, dass Olaf Scholz ausgerechnet mit dem Begriff des „Respekts“ seinen Wahlkampf gewann. Das ließe sich so deuten: „Wir haben zwar Deine Würde zerstört, zollen Dir aber gleichwohl gönnerhaft Respekt“. Aber auch hier gilt Vorgesagtes: Wenn der Wählende niemanden ausmacht, der ihm seine Würde behauptet, nimmt er das kleiner Übel. Mindestlohn und Kurzarbeitergeld sind greifbare „Nützlichkeiten“ für Millionen. Wer wollte das links oder rechts liegen lassen?

Apropos Streit in Parteien. Natürlich mögen Wählende keinen Streit in einer Partei. Schließlich wissen sie dann nicht genau, wofür ihr Kreuz steht. Deshalb ist die Fähigkeit der widerspruchsfreien Klarheit eine der elementaren Grundforderungen an linke Politik, die mehrheitsfähig sein will. Und wie gesagt: Will sie es nicht, ist es keine linke Politik. Wer die Diskussionen zwischen den verschiedenen „Flügeln“ der LINKEN zu verstehen versucht, gerät an den Rand des Irrsinns. Dort verliert eine Partei jegliche Nützlichkeit für die Wählenden.

Menschen brauchen -viel mehr als die Kapitalmärkte, denen das laufend in unseren Nachrichten verständnisvoll zugesprochen wird!- Planungssicherheit und Zukunftsperspektiven. Wählerinnen und Wähler wissen genau, um was es bei einer Wahl geht. War es „falsch“, wenn ein depravierter ehemaliger Stahlarbeiter in den USA sich von Hillary Clinton nichts erhoffte – und aus Verzweiflung Trump wählte? Leider stand Bernie Sanders da nicht mehr zur Wahl. Bert Brecht sagte: „Die einzige Pietät dem Publikum gegenüber ist, seinen Verstand möglichst hoch einzuschätzen“. Was für das Theater gilt, gilt auch für jede Wahl.

Wenn DIE LINKE heute nicht von vielen gewählt wird, ist das nicht die „Schuld“ der Wählenden, sondern die der Partei. Wahlen sind keine Liebesbekundungen, sondern im besten Fall genau kalkulierte Abwägungen eigener Lebensverbesserungen; immer aber auch Entscheidungen über das „kleinere Übel“. Realismus in der Politik ist dem von sogenannten RealpolitikerInnen geschmähten Populismus viel näher, als man glaubt. Eine linke Volkspartei will populistisch sein. Sie will für ihre Wählerinnen und Wähler im besten Wortsinn nützlich werden. Man kann in den Leitartikeln von ZEIT und SPIEGEL beobachten, dass Radikalität und Populismus gerne gleichgesetzt werden. Warum auch nicht!? DIE LINKE muss sich zur Radikalität der gesellschaftlichen Veränderung fröhlich und hoffnungsvoll bekennen. Zukunft ist möglich.

Die historische Aufgabe der Linken ist es, einen Entwurf für die Zukunft der Gesellschaft zu machen, der die Lebensverhältnisse der Menschen substantiell verbessert. Die Linke und DIE LINKE haben keine guten Zukunftsaussichten, wenn sie sich nur als „Reparaturinstanz“ der jeweils herrschenden Verhältnisse begreifen und ihren Sinn darin sehen, Schlimmeres zu verhindern. Ohne positiven Zukunftsentwurf verliert die Linke ihre historische Rolle.

Die „taz“ schreibt, es brauche nun keine Partei mehr links von der SPD. Mancher behauptet, die SPD habe wieder eine sozialdemokratische Identität. Das ist ein großer Irrtum. Unter Olaf Scholz findet der ultimative Umbau der SPD in eine

wirtschaftsfreundliche, bürgerliche Partei statt. Wenn die SPD nun nach Hartz IV als sozialpolitischer Bankrotterklärung nun auch noch die Entspannungspolitik in Frage stellt, verliert sie ihre Restidentität. Umso größer die Chancen der LINKEN.

Es muss das Ziel einer linken Volkspartei sein, mehrheitsfähig zu werden. Wer diesem Ziel nicht traut, traut den Wählenden nicht. Jean-Luc Mélenchon liegt immerhin in den Umfragen bei 15% der Stimmen in Frankreich. (Was natürlich angesichts des Stimmenvolumens der Rechten zugleich tieftraurig ist). Jeremy Corbyn und Bernie Sanders haben gezeigt, dass linke Politik breite Kreise der Bevölkerung ansprechen kann. Sie zeigen aber auch, wie erbittert die Gegenwehr von etablierter Politik und Medien ist. Deshalb gehört es zur „linken Pflicht", den Wählenden überzeugende Politikentwürfe vorzustellen. Dazu gehört auch die Fähigkeit der Umsetzung, also der Realitätstest. Dass sich große Teile der Bevölkerung von den Herrschaftsmeinungen „emanzipieren" können, ist längst unter Beweis gestellt. Gehen wir doch einfach einmal von der These aus, dass viele Menschen auf diese überzeugenden, nützlichen Politikentwürfe warten – wir aber nicht liefern.

Es ist ein Privileg in einem Land zu leben, das durch demokratische Wahlen seine Regierungen verändert. Die Diskussion darüber, ob man Regierungsverantwortung haben möchte, versteht niemand, der/die mit einem Kreuz darauf hinwirkt, wer regieren soll – und, vor allem, wer nicht. Von Wittgenstein stammt die Aussage: „Ein Satz sagt das, was er sagt – und was er nicht sagt." So verhält es sich auch bei Wahlentscheidungen.

Also sollten wir intern über die richtigen Antworten auf die aktuellen Krisen (es werden noch viel mehr kommen…) streiten – um uns dann geschlossen zur Wahl zu stellen. Machen wir es konkret: In Hamburg sollten wir den Anspruch haben, bei der nächsten Bürgerschaftswahl 20% der Stimmen zu erreichen. Das soll unmöglich sein? Fragt mal Olaf Scholz, dem das trotz G7, Elbtower, HSH und Warburg-Cum-Ex gelang.

Und die Plakate der LINKEN sollten wieder so rot werden wie die der SPD bei der letzten Bundestagswahl. Aber echtes Rot dieses Mal.

Dr. Torsten Teichert, von 2000 bis 2017 Vorstandsvorsitzender eines börsennotierten Finanzunternehmens, von 2016 bis 2019 Vizepräses der Handelskammer Hamburg. Zusammen mit Annett Nack-Warenycia: *„It's the Future, stupid" – mit oder ohne Kapitalismus*, 2021, VSA-Verlag.

Beschluss des Landesparteitags vom 25./26.3.2022

Aufgaben der LINKEN

Die bisherige Politik hat in der Corona-Pandemie erneut ihre Unfähigkeit zur Lösung gesellschaftlicher Probleme bewiesen. Die „Ampel"-Regierung und ein grün angestrichener Kapitalismus werden daran nichts ändern. Weltweit steigt die Gefahr größerer Kriege.

In der Wirtschaft hat sich der Anstieg der Verbraucherpreise zu einer Inflation ausgewachsen. Der Preisauftrieb hat im November 5,2 Prozent erreicht und er übersteigt damit wirtschaftliche Wachstumsraten. Besonders stark steigen die Energiepreise. Damit wird sich die soziale Ungleichheit weiter zuspitzen. Ein Knackpunkt ist dafür das Vermögen, über das Arme nicht verfügen. Geringe Einkommen gehen für Lebensmittel, Miete und das Heizen drauf. Die Ärmsten der Armen werden immer ärmer. Die Rückkehr zur Austeritätspolitik und die unter Druck geratenen Löhne (und Lohnabschlüsse) befeuern die Gefahr steigender Armut und einer Rezession.

Veränderung beginnt mit Opposition

Als LINKE befinden wir uns in einer herausfordernden Lage. Dass wir nicht stärker aus den Bundestagswahlen hervorgingen, hatte auch mit uns zu tun. Denn gerade in der Pandemie wäre grundsätzlichere Kritik an den herrschenden Verhältnissen und auch an der Politik von SPD und Grünen notwendig gewesen. Das Erfurter Programm mit seiner Orientierung auf radikale Kapitalismus-Reformen, mit seinem strategischen Ziel der gesellschaftlichen Umwälzung in Richtung demokratischen Sozialismus, bietet Grundlagen dafür, um aus Sackgassen wieder heraus zu kommen. Wir sagen: Jetzt erst recht! Sozialer Fortschritt kann durch emanzipatorische Bewegung der Vielen gegen die Reichen und Mächtigen errungen werden.

Wir müssen die Ursachen für das Wahldebakel ergebnisorientiert einschätzen. Dafür setzen wir auf Diskussionen in allen Gliederungen und wir werden noch im ersten Halbjahr 2022 eine Strategiekonferenz durchführen. Ein „Weiter so" kann es nicht geben, denn diese Zeit braucht eine starke linke Opposition, weil der entfesselte Kapitalismus unsere Lebensgrundlagen zerstört. Wir setzen auf eine Politik für radikale Reformen, mit unserem sozialistischen Ziel und im emanzipatorischen Bündnis mit außerparlamentarischen Bewegungen.

Unsere Schwerpunkte

I) Nur Frieden schafft Frieden – und ein gesundes Klima

Mit dem von der NATO ausgegebenen Ziel, die Rüstungsausgaben auf 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts und damit auf 80 Milliarden Euro pro Jahr zu steigern, unterstützt die deutsche Regierung die Vormachtstellung und die Absicherung der Märkte und Ressourcen für das Kapital. Doch die als „Krieg gegen den Terror" benannte Aggression gegen andere Länder führt zu nichts anderem als immer mehr Elend; und dazu, dass in den letzten Jahren rund 60 Millionen Menschen aus ihren Heimatländern vertrieben wurden. Vor allem Afghanistan zeigt: Frieden und Demokratie lassen sich nicht herbeibomben!

Das gilt auch in der Ukraine! Der völkerrechtswidrige russische Angriffskrieg muss sofort beendet werden. Alle militärischen Aktivitäten müssen aufhören und diplomatische Verhandlungen begonnen werden!

Gleichermaßen gestoppt werden muss die Politik der NATO unter Führung der US-Regierung, die das Kriegsbündnis seit 1990 konsequent immer weiter nach Osten ausgeweitet und systematisch russische Sicherheitsinteressen ignoriert hat. Oberstes Ziel muss die Verhinderung einer weiteren Eskalation sein. Statt den Konflikt mit Waffenlieferungen, Sanktionen und der Androhung des Ruins Russlands anzuheizen, haben Europa und insbesondere die Bundesrepublik aus der Geschichte heraus die Verantwortung für die Entwicklung einer gleichberechtigten und verbindlichen Partnerschaft auf kulturellem, wirtschaftlichem und politischem Gebiet. Das allein – gepaart mit allseitigen Schritten der (auch atomaren) Abrüstung bis hin zur strukturellen Nichtangriffsfähigkeit – sichert Frieden, Völkerfreundschaft und ermöglicht sozialen und demokratischen Fortschritt in allen Ländern, einschließlich der Behebung der Kriegsfolgen in der Ukraine!

Mitten in der Corona-Krise wuchs der Militärhaushaushalt auf sein bisher höchstes Niveau und soll – wenn es nach den Waffenlobbyisten im deutschen Bundestag geht – noch weiter steigen und um ein in der Geschichte der BRD beispielloses 100-Milliarden-Aufrüstungs-Programm ergänzt werden. Die EU hat beschlossen milliardenfach in „militärische Innovation“ zu investieren. Die Anschaffung bewaffneter Drohnen – wie im Koalitionsvertrag vorgesehen – und die Absicht, neue Atombomber anzuschaffen sowie am 500 Milliarden-Euro-Projekt FCAS (Future Combat Air System) weiterzuarbeiten, sind eine deutliche Absage an friedenspolitische Positionen. Gleichzeitig schüren die USA und ihre Verbündeten Konflikte mit China, welches sie als Konkurrenten für ihre eigene Weltherrschaft sehen.

Als LINKE kämpfen wir gegen diesen Konfrontations- und Kriegskurs. Wir sagen Nein zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr und zu Waffenexporten! Nein zur NATO! Nein zu einer weiteren Militarisierung der EU! Unser Ziel ist eine nachhaltige, zivile, an den gesellschaftlichen Bedürfnissen aus-gerichtete und dafür demokratisierte Wirtschaft!

Friedenspolitisch setzen wir folgende Schwerpunkte:

- Wir engagieren uns gemeinsam mit der internationalen Friedensbewegung für ein Ende des Kriegs in der Ukraine sowie eine Überwindung der Aufrüstungspolitik und der Militarisierung der Gesellschaft und Forderungen nach einer Wiedereinführung des Kriegsdienstes. Milliarden für die Entwicklung von Bildung, Kultur, Gesundheit, Wohnen und Klimapolitik, statt für das Militär – Nur Frieden schafft Frieden!
- Für die Umwandlung militärischer in zivile Produktion werden wir unsere Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften und der Friedensbewegung ausbauen.
- Wir unterstützen die Volksinitiative für den Stopp von Rüstungsexporten über den Hamburger Hafen und wollen Atomtransporte durch Hamburg beenden.
- Gemeinsam mit unseren Fraktionen entwickeln wir Initiativen dafür, dass die Bundesrepublik dem UN-Vertrag zum Verbot der Atomwaffen beitritt und Hamburg den entsprechenden Bürgerschaftsbeschluss durch eine Bundesratsinitiative umsetzt.
- Wir unterstützen den Hamburger Ostermarsch und andere Aktivitäten der Hamburger Friedensbewegung aktiv.

II) Soziale Grundrechte erkämpfen – die Reichen müssen für die Krise zahlen!

Obwohl mit öffentlichen Mitteln finanziert, können sich Aktionäre der privaten Impfstoffhersteller in der Corona-Krise ungehemmt bereichern. Für Gutbetuchte führte diese Krise aber auch sonst zu einem warmen Regen. Am stärksten leiden indes diejenigen, die in ein prekäres Leben gedrängt wurden. Während Millionen im Lockdown alleingelassen wurden, wuchs die Anzahl von Einkommensmillionären in der Bundesrepublik allein 2020 um 70.000 Personen. Dagegen stehen die Grund- und Menschenrechte. Aus der antifaschistischen Geschichte kommend, bilden sie eine emanzipatorische Einheit von Demokratie und Sozialem.

Folgende Schwerpunkte setzen wir uns:

- Wir unterstützen die Proteste im Pflegebereich, engagieren uns für die Rekommunalisierung der Krankenhäuser samt Mitbestimmung der Beschäftigten und Patient:innen. Wir kämpfen für die Abschaffung der Fallpauschalen und fordern die Freigabe der Impfstoffpatente.
- Das Hartz-IV-Schikanierungssystem muss überwunden werden. Wir kämpfen für eine Vermögenssteuer mit Biss sowie kurzfristig um eine deutliche Erhöhung der Regelsätze für „Hartz-IV“ und der Grundsicherung.
- Wir kämpfen für anständig regulierte Beschäftigungsverhältnisse statt Erwerbslosigkeit und Niedriglohn. Deshalb unterstützen wir den Kampf für Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich, genauso wie den für höhere Löhne.
- Der Mindestlohn muss deutlich erhöht werden, sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse sowie gewerkschaftliche Rechte müssen für alle ohne Ausnahme gelten. Solidarität zählt!

- Wir unterstützen Kämpfe für die Enteignung großer Wohnungsbaugesellschaften. Wir kämpfen für einen allgemeinwohlorientierten kommunalen Wohnungsbau, insbesondere im Rahmen der SAGA. Mieten sollen sich generell an den Bestandsmieten des sozialen Wohnungsbaus orientieren. Wohnungen und Grundstücke in städtischer Hand dürfen nicht verkauft werden. Hamburg benötigt ein Register über alle öffentlichen Flächen, die der Stadt gehören, um dauerhaften sozialen Wohnungsbau zu ermöglichen. Wir fordern: Leerstand zu Wohnraum, damit kein Mensch obdachlos leben muss. Der erfolgreiche Volksentscheid „Deutsche Wohnen und Co enteignen“ in Berlin zeigt, was nötig und möglich ist. Wir unterstützen das Volksbegehren „Keine Profite mit Boden und Miete“.
- Die Schuldenbremse ist eine Investitionsbremse. Um die großen Probleme der Gegenwart zu lösen, muss sie fallen. Schluss mit der Bescheidenheit: Ausbau sozialstaatlicher Absicherungen, Beendigung der strukturellen Unterfinanzierung in Kultur, Bildung, Wissenschaft, sozialem Wohnungsbau und nicht zuletzt: konsequente Maßnahmen gegen den Klimawandel in Wirtschaft und Infrastruktur.

III) Für eine ökosozialistische Wende

Das gestörte Verhältnis der kapitalistischen Gesellschaft zur Natur bedroht mit seinem auf private Profitakkumulation ausgerichteten System in nie dagewesener Weise Mensch und Natur. Im Zentrum unserer Politik steht daher die Forderung nach Konversion der sozialökologisch gefährlichsten und zugleich profitträchtigsten industriellen Kapitale (Energie-, Automobil-, Agrar-, Fleisch-, Pharma- und Rüstungsproduktion). Das geht nicht ohne Eigentums- und Verfügungsfragen aufzuwerfen. Um zu klären, wie wir diesbezüglich vorankommen, streben wir einen Dialog mit Bewegungen sowie den Kolleginnen und Kollegen in diesen Bereichen an. CO2-Steuern und Emissionszertifikate, wie sie nun auch die Ampel plant, befördern indes soziale Ungleichheit, während sie diejenigen, die unser Klima und die Umwelt beschädigen, weitgehend ungeschoren lassen.

In Hamburg unterstützen wir Initiativen …

- für eine Entflechtung der Energiekonzerne zu Gunsten lokaler Stadtwerke,
- für die Stärkung lokaler Wirtschaftskreisläufe, statt globaler Handelsketten,
- für eine Senkung der Mietpreise, so dass sich Pendlerströme reduzieren,
- gegen die weitere Flächenversiegelung,
- für den Ausbau eines günstigen Öffentlichen Nahverkehrs für alle,
- für den Ausbau des Schienennetzes im Fernverkehr, im Hafen, im regionalen Nahverkehr,
- die das Militär einschränken, denn es gehört zu den größten Klima-Killern des Planeten.

IV) Gegen Rechts

Wir kämpfen für Gleichheit und lassen nicht zu, dass Menschen degradiert und gegeneinander aufgehetzt werden. Als Antifaschistinnen und Antifaschisten arbeiten wir daran, neofaschistischen und rassistischen Kräften die gesellschaftliche Grundlage zu entziehen. Neoliberale Politik schürt Abstiegsängste und eine Verrohung der Gesellschaft. Sie bereitet so den Nährboden, auf dem Rassismus und andere Ideologien der Diskriminierung gedeihen können. Für uns gilt: Keinen Fußbreit den Hetzern, den Rassisten und Faschisten! Rassismus und Diskriminierung können wir überwinden, wenn wir ihre gesellschaftlichen Ursachen beseitigen: Wenn wir Ausbeutung, auch neokoloniale Ausbeutung, die dazu führt, dass immer mehr Menschen flüchten müssen, wenn wir die soziale Spaltung auch hierzulande überwinden.

Wir unterstützen Initiativen …

- die das historische Gedenken für eine bessere Zukunft ermöglichen. Der 8. Mai muss Feiertag werden!
- für antifaschistische Gedenk- und Begegnungsstätten, z.B. im Stadthaus, am Hannoverschen Bahnhof und am Dessauer Ufer (Lagerhaus G).
- für Frieden und soziale Gerechtigkeit, denn sie zielen auch auf die Fluchtursachen. Gleichzeitig fordern wir die Wiederherstellung des Asylrechts, den Ausbau des Bleiberechts

und das aktive und passive Wahlrecht für alle, die hier leben. Abschiebungen treffen auf unseren Widerstand.

- für das Verbot aller faschistischen Organisationen. Die NSU-Morde in Hamburg müssen aufgeklärt werden. Der Verfassungsschutz und die anderen Geheimdienste sind antidemokratisch und müssen aufgelöst werden.
- die sich gegen die rassistische oder die geschlechtliche Diskriminierung wenden. Wir kämpfen gegen die Ausgrenzung von Menschen mit Behinderungen sowie die Abwertung und Bedrohung von Menschen wegen ihrer sexuellen Orientierung. Alle Menschen müssen die gleichen Rechte haben.

Der notwendige Aufbruch

Die neue Ampelregierung knüpft nahtlos an das NATO-Glaubensbekenntnis, die transatlantische Bindung, die Frontstellung zu China und Russland und die nukleare Teilhabe der Großen Koalition an. Neoliberale Politik soll mit der Schuldenbremse und sozialem Kahlschlag, mit Privatisierungen (wie bei der Bahn oder im Bereich der Rentenkasse) fortgesetzt werden. Auch im Gesundheitssystem setzen sich Privatisierungen, Klinikschließungen und Fallpauschalen fort. Für die Lohnabhängigen und die auf Ersatzleistungen Angewiesenen bedeutet dies alles einen weiteren Abbau von sozialen Rechten, bei gleichzeitig steigenden Preisen.

Der Koalitionsvertrag von SPD, Grünen und FDP ist für die Mehrheit der Menschen eine Kampfansage. Für uns als LINKE entsteht daraus ein Auftrag, unseren Beitrag zur Organisierung von Widerstand und gesellschaftspolitischer Opposition zu verstärken. Der Offensive des Kapitals setzen wir eine soziale Offensive von unten entgegen.

DIE LINKE muss für konkrete Verbesserungen, für die Rettung lebenswichtiger Ökosysteme und die Vermeidung von Kriegen im Hier und Jetzt streiten! Doch reale Fortschritte lassen sich nur erkämpfen, wenn wir diese Kämpfe mit der Perspektive einer besseren, einer sozialistischen Welt verbinden.

Dafür muss es mehr Kooperation und mehr Transparenz auch in der Zusammenarbeit zwischen Partei und Fraktionen geben.

Gegen die gesteigerte „Jede*r für sich“-Propaganda bei gleichzeitiger Verschärfung der sozialen Ungleichheit wollen wir überzeugen: Raus auf die Straße, rein in solidarische Assoziation und gemeinsam aufbegehrt für alle Menschen!

Statt auf Rot-rot-grün zu hoffen, setzen wir auf gesellschaftliche Bündnisse. Wir legen den Fokus auf das Außerparlamentarische. Die gesamte Partei muss zum Zuge kommen! Das „Ende der Geschichte“ war gestern: aus passivem Unmut werden aktiver Widerstand und ein solidarischer Kampf für eine grundlegende Verbesserung unserer Lebensbedingungen.